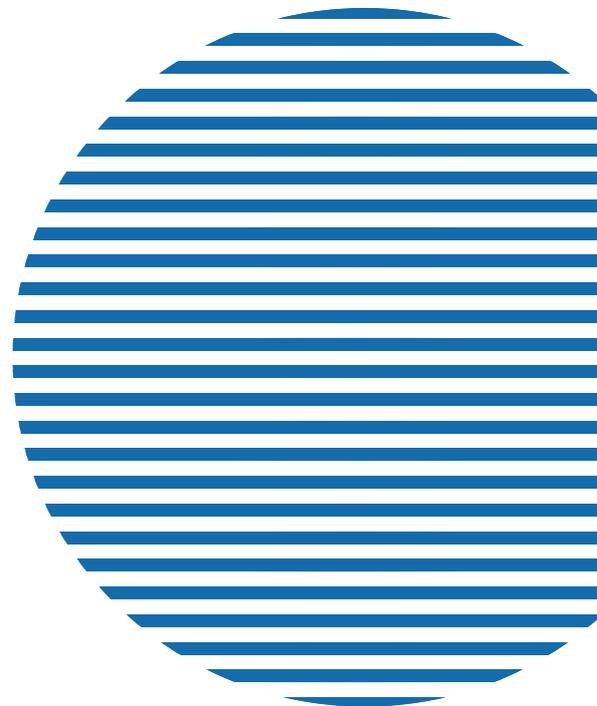


Partizipation in Trier

Ergebnisse eines Lehrforschungsprojekts aus dem SS 2019



Inhalt

Einleitung	3
I Interessensrepräsentation und Parteien in Trier	
Junge Politik in der ältesten Stadt Deutschlands Junge WählerInnen im Kommunalwahlkampf 2019 <i>Simon Brixius, Kristin Brück, Jonas Scheunig</i>	9
Prostitution in Trier Die Relevanz des Rotlichtgewerbes im Trierer Kommunalwahlkampf <i>Katja Kapfer, Selina Schellheimer, Ulrike Simon</i>	23
II Politische Partizipation in Trier – von Demonstrationen und Protestkultur bis hin zu Bürgerinitiativen und Wahlen	
Der Beteiligungshaushalt im Trier 2019 Ein Rettungsversuch für die Demokratie? <i>Johanna Henkel, Hannah Schmitz, Annalea Schröder, Lukas Schauer</i>	34
Inklusion durch Online-Partizipation? Eine Analyse des „Aktionsplans Inklusion“ mit Hilfe der Plattform „trier-mitgestalten.de“ <i>Frederik Jacques Illy, Melanie Neckerauer, Cécile Schöneberger</i>	49
1. Mai-Demonstrationen in Trier: Von 1989 bis heute <i>Lukas Helf, Anna Lehmkühler, Malte Möhlig</i>	58
Fridays for Future in Trier im Sommer 2019 <i>Greta Gilles, Sarah Bartel, Larissa Krass, Laura Portz, Sarah Özbostanci</i>	66

Das Für und Wider bei Verkehrsprojekten

Eine Untersuchung der Einflussnahme von Bürgerinitiativen bei
Straßenbauprojekten in der Region Trier

Lorenz Boßmann, Mauritius Antonius Maria te Dorsthorst, Iven Matthias Burg.....76

Unistadt als Lebensort

Die Relevanz der Kommunalwahl in den Augen der Studierenden

*Alina Hecker, Lydia Mischke, Judith Massong, Oksana Melynk,
Amrei Pfeiffer.....89*

Politik in Trier

Ergebnisse eines Lehrforschungsprojekts an der Universität Trier

Prof. Dr. Claudia Ritzi

Politik ist vielfältig – das gilt nicht nur auf der europäischen und Bundesbene, sondern auch für jede einzelne Kommune in Deutschland. Nur auf den ersten Blick ist Kommunalpolitik vor allem die Sache der Stadt- und Gemeinderäte, wer genauer hinsieht bemerkt, dass sich zahlreiche Bürgerinnen und Bürger in Verbänden, Initiativen, Parteien oder auch in Alltagsgesprächen mit der politischen Gestaltung ihres Lebensumfeldes befassen. All diese politischen Handlungen zählen zum Forschungsfeld der Politikwissenschaft.

Der Vielfalt kommunalpolitischer Themen, Akteure und Arenen haben sich deshalb 29 Master-Studierende der Universität Trier im Sommersemester 2019 aus verschiedenen politikwissenschaftlichen Studiengängen gewidmet. In einem Lehrforschungsprojekt hatten sie die Aufgabe, verschiedene Aspekte des politischen Lebens und Wettbewerbs in Trier zu identifizieren und – gemäß ihrer persönlichen Interessen – einzelne Aspekte unter die Lupe zu nehmen und in Gruppen wissenschaftlich zu analysieren.

Die einzelnen Projekte und Methoden der acht Forschungsgruppen wurden regelmäßig in der Übung diskutiert, auch eine Ergebnispräsentation fand im Kreis der Kursteilnehmerinnen und -teilnehmer statt. Um die Ergebnisse zu sichern und einer breiteren Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen, wurde darüber hinaus diese Publikation erstellt. Auf jeweils rund zehn Seiten präsentieren die Forschungsteams hier ihre Fragestellungen, Analysestrategien und zentrale Ergebnisse ihrer Erhebung.

Die Leserinnen und Leser dieser Publikation erhalten somit fundierte Einblicke in verschiedene Aspekte des politischen Lebens in Deutschlands ältester Stadt, die teilweise auch mit anderen

Kommunen verglichen werden. Dieses Kaleidoskop des kommunalpolitischen Lebens erhebt keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit – auch ging es bei der Themenwahl explizit nicht darum, Relevanzen abzubilden oder zu verdeutlichen. Stattdessen belegen die Analysen, dass Trier – nicht zuletzt aufgrund der hohen Zahl von Studierenden, der spezifischen Bedürfnisse der wachsenden Zahl von Luxemburg-Pendlern, und des politischen Bemühens um Integration verschiedener Bevölkerungsgruppen – eine Stadt mit einem lebendigen und vielfältigen politischen Leben ist. Dass der finanzielle Handlungsspielraum der hoch verschuldeten Stadt Trier vergleichsweise gering ist, erschwert nicht nur die Umsetzung mancher Planung oder Idee, sondern teilweise auch die umfassende Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger mit modernen Instrumenten. Dennoch weisen die verschiedenen Lehrforschungsteams nach, dass das Bemühen verschiedener Akteure, das politische Leben in der Stadt so weit als möglich zu unterstützen, nicht in Frage steht. So untersuchen *Simon Brixius*, *Kristin Brück* und *Jonas Scheuning* das Bemühen der Trierer Parteien im Kommunalwahlkampf 2019, jungen Bürgerinnen und Bürgern ein gutes Repräsentationsangebot zu machen. Ihre Studie zeigt auch, dass fast alle Parteien junge Kandidatinnen und Kandidaten auf aussichtsreichen Platzierungen ihrer Listen aufgestellt haben. Dies kann nicht nur dazu beitragen, dass junge Erwachsene ihr Wahlrecht nutzen, sondern trägt mit Sicherheit auch dazu bei, dass die lokalen Parteien auch in Zukunft auf das Engagement ihrer Mitglieder zählen können.

Auch *Katja Kapfer*, *Selina Schellheimer* und *Ulrike Simon* haben den jüngsten Trierer Kommunalwahlkampf unter die Lupe genommen. Angesichts der vergleichsweise großen Zahl von Prostituierten, die in Trier Sexarbeit verrichten untersuchen Sie die Relevanz des Themas Prostitution im Wahlkampf. Dass Trierer Kandidatinnen und Kandidaten kaum öffentlich über die Regulierung der Prostitution im Wahlkampf sprechen, führen sie auf den geringen Handlungsspielraum der Kommunen zurück und darauf, dass viele Bürgerinnen und Bürger wenig Interesse an diesem Themenfeld haben.

Eine innovative Form der Bürgerbeteiligung stellen so genannten Beteiligungshaushalte dar, in deren Rahmen Bürgerinnen und Bürger mit Hilfe von Online-Tools und anderen Kommunikationsformen ihren Prioritäten in der Vergabe bestimmter Teile des kommunalen Haushaltes artikulieren können. Auch die Stadt Trier nutzt dieses Instrument, zuletzt zeigten Evaluationen jedoch, dass viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer nicht zufrieden mit der Umsetzung des Beteiligungshaushaltes waren. Mit Hilfe eines Vergleichs der Städte Stuttgart, Darmstadt, Frankfurt, Freiburg und Trier identifizieren *Johanna Henkel*, *Hannah Schmitz*, *Annalea Schröder* und *Lukas Schauer* die Merkmale einer „best practices“ von Beteiligungshaushalten. Sie kommen zu dem Schluss, dass es in Trier vor allem ein Defizit an Öffentlichkeitsarbeit und eine mangelnde Finanzierung des Projekts gab.

Online-Partizipation spielt auch in der Umsetzung des „Aktionsplans Inklusion“ in Trier eine wichtige Rolle. *Frederik Jacques Illy*, *Melanie Neckerauer* und *Cécile Schöneberger* haben untersucht, ob die Plattform „trier-mitgestalten“ ein gutes Instrument ist, um die Inklusion in der Stadt zu verbessern. Zwar attestieren sie der Stadt ein klares Engagement in der Umsetzung des Aktionsplans, dennoch warnen sie auf der Basis ihrer Untersuchungsergebnisse vor möglichen exkludierenden Wirkungen von Online-Partizipation: Zu häufig findet sich hier ein Sprachniveau, dem nicht alle Menschen mit Behinderung folgen können und auch die Verfügbarkeit digitaler Technologien und Kompetenzen könne bei der relevanten Zielgruppe nicht einfach vorausgesetzt werden.

Im Kontrast zu diesen partizipativen Innovationen, die von immer mehr Menschen genutzt werden, stehen die Ergebnisse der Analysen einer weiteren Forschungsgruppe: *Lukas Helf*, *Anna Lehmkuhler* und *Malte Möhlig* haben ihr Augenmerk auf die Demonstrationen zum 1. Mai in Trier gerichtet. Sie zeigen auf, dass diese – zumindest in der medialen Berichterstattung – an Bedeutung eingebüßt haben. Zudem belegen die Studierenden ei-

nen Wandel der thematischen Orientierung der Demonstrationen: an die Stelle einer nationalen Perspektive ist im Zeitverlauf eine klare Orientierung an europäischen Themen nachzuweisen.

Dass Demonstrationen nicht generell an Bedeutung in der Partizipationslandschaft verlieren, belegt das Beispiel von Fridays for Future. Zahlreiche Schülerinnen und Schüler haben sich 2019 an den Protesten gegen den Klimawandel beteiligt, u.a. auch in Trier. Ihre Motive sind der Gegenstand der Untersuchung von *Greta Gilles*, *Sarah Bartel*, *Larissa Krass*, *Laura Portz* und *Sarah Özbostanci*. Nicht um die Schule zu schwänzen geht das Gros der beteiligten Jugendlichen in Trier auf die Straße, sondern aus ernsthaften Engagement für den Umweltschutz, so zeigt die Befragung der Gruppe von Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Trierer Fridays for Future-Bewegung.

Umwelt- und Artenschutz spielt auch häufig in Protesten gegen neue Straßenbauprojekte eine zentrale Rolle. *Lorenz Boßmann*, *Mauritius Antonius Maria te Dorsthorst* und *Iven Matthias Burg* stellen in ihrer Untersuchung die Frage, wovon die Erfolgsaussichten solcher Proteste abhängen. Häufig sind Bürgerinitiativen nicht die zentralen Akteure in politischen Entscheidungsprozessen über Straßenbaumaßnahmen, so folgert die Gruppe. Einfluss können die Initiativen aber immer nehmen – mindestens auf das Agenda-Setting.

Die Publikation endet mit einem erneuten Blick auf die Wahlbeteiligung. In dem Beitrag von *Alina Hecker*, *Judith Massong*, *Oksana Melnyk*, *Lydia Mischke* und *Amrei Pfeiffer* geht es jedoch nicht um Repräsentations-, sondern um Beteiligungsfragen. In einer Universitätsstadt wie Trier bleibt ein nicht unwesentlicher Teil der Bevölkerung, nämlich die Studierenden, nur für einige Jahre wohnhaft. Deshalb stellt die Forschungsgruppe die Frage, welche Relevanz Studierende der Kommunalwahl zusprechen. Trotz der Mobilität dieser Wählergruppe, so die Autorinnen des Beitrags, zeigt sich ein großes politisches Interesse und eine vergleichsweise hohe berichtete Wahlbeteiligung. Die Bereitschaft der Trierer Studierenden, sich in die Kommunalpolitik einzubringen, ist durchaus gegeben.

Auch das Engagement der Kursteilnehmerinnen und -teilnehmer spiegelt das politische Interesse der Trierer (Politik-) Studierenden. Mit großem Engagement und Eigenständigkeit haben die Gruppen diskutiert, geplant, Gesprächspartner rekrutiert und über passende Forschungsmethoden reflektiert. Damit konnten sie hoffentlich wertvolle Erfahrungen für ihre Haus- und Abschlussarbeiten sammeln, aber auch erlernen, in „offizieller Mission“ nach außen zu treten und Kooperationspartner zu finden.

All denjenigen, die die einzelnen Forschungsprojekte durch persönliche Interviews, das Ausfüllen von Fragebögen, Materialien oder anderweitig unterstützt haben, möchten wir an dieser Stelle herzlich danken. Der Kurs hätte ohne die Unterstützung von Vertretern der Politik, Zivilgesellschaft und Medien nicht gelingen können! Ein Dank gilt außerdem Sabrina Görisch, die die Erstellung der Publikation redaktionell unterstützt hat.

I Interessensrepräsentation und Parteien in Trier

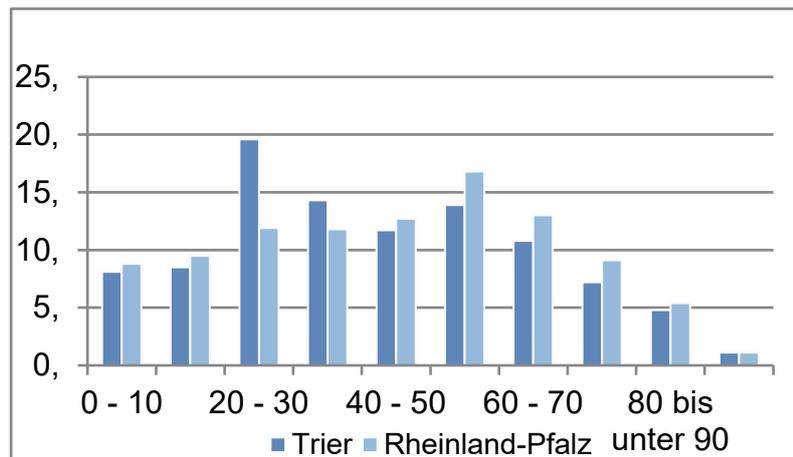
Junge Politik in der ältesten Stadt Deutschlands

Junge WählerInnen im Kommunalwahlkampf 2019

Simon Brixius, Kristin Brück, Jonas Scheunig

Ob Fridays for Future oder die Debatte um Artikel 13 der EU-Datenschutzgrundverordnung, ob das Rezo-Video oder die Proteste um den Hambacher Wald, die letzten Jahre zeigten vermehrt unkonventionelle Partizipationsmuster von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Im gleichen Moment nehmen die Mitgliederzahlen der Parteien mit Ausnahme der Grünen seit 1990 rapide ab und eine überalterte Struktur bleibt zurück (Niedermaier 2018: 6ff.). Gerade die beiden Volksparteien stellten sich, zuletzt bei den Europawahlen, als besonders unattraktiv für junge Menschen heraus (Forschungsgruppe Wahlen 2019: 3). Während die Repräsentation junger Menschen auf Bundes- und Europaebene gerade im Jahr 2019 Bestandteil umfassender Diskussionen ist, scheint die Bedeutung der Kommunalpolitik als „Wurzel der Demokratie“ (Friedrich 1953: 272 ff.) stärker in den Hintergrund gerückt zu sein. Diese Arbeit will daher bewusst den Fokus auf die Repräsentation junger Menschen bei Kommunalwahlen richten. Als Untersuchungsgebiet wurde die Stadt Trier ausgewählt. Als Universitätsstadt ist der Anteil von Menschen unter 35 in der Stadt deutlich über dem Landesdurchschnitt: So sind in Trier im Jahr 2017 19,6 Prozent der Bevölkerung zwischen 20 und 30 Jahren alt, während diese Alterskohorte im rheinland-pfälzischen Landesdurchschnitt nur 11,9 Prozent der Gesamtbevölkerung beträgt.

Abb. 1: Altersstruktur der Bevölkerung in der Stadt Trier



Quelle: eigene Darstellung (Stadt Trier 2019a)

Man könnte also annehmen, dass Parteien schon aus dem Eigeninteresse der Stimmenmaximierung daran gelegen ist, die Repräsentation junger Menschen sicherzustellen.

Aber was ist Repräsentation? Hannah Pitkin definiert Repräsentation als „the making present in some sense of something which is nevertheless not present literally or in fact“ (1967: 8f.). In ihrem Werk *The Concept of Representation* verfolgt Pitkin das Ziel, verschiedene Formen der Repräsentationsbeziehungen zwischen Repräsentanten und Repräsentierten idealtypisch zu charakterisieren. Sie unterscheidet dafür zunächst zwei Bedeutungsperspektiven von Repräsentation untereinander - die *Standing-for* und die *Acting-for-Representation*. Bei der ersten Form erfolgt Repräsentation dadurch, dass der Repräsentant durch seine Eigenschaften für eine bestimmte Gruppe steht. Die *Acting-for*-Perspektive hingegen sieht die Funktion des Repräsentanten stärker in der Durchsetzung bestimmter Interessen im politisch administrativen Apparat (Pitkin 1967). Während die Repräsentation von Gruppen in erster Linie die Präsenz junger Menschen auf aussichtsreichen Listenplätzen für die Stadtratswahl darstellt, wird die Repräsentation von Interessen durch die Präsenz jugendpolitischer Inhalte innerhalb der Wahlprogramme untersucht. Die Grundüberlegungen führen zur Forschungsfrage: *Versuchen die Parteien in Trier mit ihrem Wahlprogramm und ihren Kandidaten junge Menschen zu repräsentieren?*

Dabei gehen die Autoren von folgenden Hypothesen aus: Eine zentrale Strategie der Parteien zur Ansprache junger Altersgruppen müsste die Besetzung der Listen mit jungen Menschen sein (H1), die durch ihr Alter ein entsprechendes Identifikationspotential für Gleichaltrige aufweisen. Eine weitere Strategie ist die gezielte Besetzung von jugendpolitischen Themen im Wahlprogramm, um diese Altersgruppe thematisch anzusprechen (H2). Und schließlich wird angenommen, dass Parteien, die in der Repräsentation junger Menschen auf den Wahllisten erfolgreich sind, auch mehr jugendpolitische Aspekte im Wahlprogramm aufzeigen, da die Kandidierenden der Parteien einen nicht unerheblichen Einfluss auf die Ausgestaltung des Wahlprogramms nehmen dürften.

Um H1 zu überprüfen, werden die Listen der Trierer Partei zur Stadtratswahl auf junge Kandidierende untersucht. Für die zweite Untersuchungsdimension der Repräsentation junger Menschen durch ein entsprechendes Themensetting in den jeweiligen Wahlprogrammen stellen sich auch methodische Fragen im Hinblick auf die Eingrenzung von Themen mit eindeutig jugendpolitischem Bezug. Die Autoren haben sich für eine breite Eingrenzung relevanter Themen entschieden. So dürften sowohl für Auszubildende und Studierende, als auch junge Eltern die Themenkomplexe Bildung und Familie eine relevante Rolle für die Wahlentscheidung darstellen. Selbiges dürfte für den Themenkomplex „Mieten“ gelten, da vergleichbar viele Wählerinnen und Wähler zur Miete wohnen dürften, wie für den Themenkomplex Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) und Kultur. Die im Vorfeld ausgewählten Themenkomplexe sollen dann im Rahmen einer Qualitativen Inhaltsanalyse nach dem Modell von Gläser und Laudel (2013) analysiert werden. Am Ende der Arbeit soll eruiert werden, inwieweit junge Menschen unter 36 Jahren bei der Kommunalwahl in Trier durch die Parteien im Rahmen der Listenaufstellung und der Erstellung des Wahlprogramms repräsentiert worden sind, sowie die eine gezielte strategische Repräsentation stattfand.

1. Formen der Repräsentation

Zunächst muss der Begriff der Repräsentation eingegrenzt, differenziert und erklärt werden.

Für die beiden Oberbegriffe der Repräsentation definiert Hanna Pitkin in ihrem Opus Magnum jeweils zwei idealtypische Spielarten, die formale und substantielle Repräsentation als Unterbegriffe für die *Standing-for*-Perspektive und deskriptive und symbolische Repräsentation für die *Acting-for*-Perspektive.

Die Struktur der formalen Repräsentation entspricht dem Prinzipal-Agent-Ansatz: Der Repräsentierte als Prinzipal autorisiert den Repräsentanten als Agent in seinem Namen verbindlich zu handeln, selbst wenn der Repräsentierte die Entscheidungen des Repräsentanten im Nachhinein als falsch erachtet. Da eine inhaltliche Kontrolle nicht stattfindet, nennt Pitkin diesen Ansatz auch „authorization theory“, die sie ideengeschichtlich bei Thomas Hobbes verwirklicht sieht (Lembcke 2016: 31). Dem gegenüber steht das Accountability Model, in denen die inhaltliche Anbindung des Repräsentanten an die Repräsentierten durch Wahlen erfolgen soll. Dazu grenzt Pitkin die deskriptive Repräsentation von der *Standing-for*-Perspektive ab. Hier definiert sich der Repräsentant durch eine besondere Ähnlichkeit zur Gruppe der Repräsentierten. Repräsentativität wird durch eine möglichst hohe Übereinstimmung zwischen Repräsentant und Repräsentierten, z.B. im Alter, Hautfarbe, sexueller Orientierung, Status etc., erzeugt. Für die vorliegende Arbeit könnte diese Perspektive Ausgangspunkt für die Messung der Übereinstimmung von Repräsentant und Repräsentierten unter Berücksichtigung der Qualität „Alter“ sein. Daneben steht die zweite Spielart der symbolischen Repräsentation. Hier ist Identität nicht durch das tatsächliche Sein, sondern wird symbolisch durch das „ideative Sein“ geschaffen, etwa durch Identifikationsmomente, wie das Singen einer Nationalhymne oder das Betrachten der Nationalflagge (Lembcke 2016: 34). Als Quintessenz der bereits genannten Spielarten von Repräsentation beschreibt Pitkin die

Substanzielle Repräsentation aus Sicht der *Acting-for*-Perspektive. Dort stellt sie, orientiert an den Theorien von Edmund Burke, dem Interessenpluralismus ein aktives, gemeinwohlorientiertes Verständnis von Repräsentation gegenüber, bei dem der Repräsentant seine „Urteilkraft in den Dienst der Allgemeinheit stellt“ (Lembcke 2016: 35).

Pitkins Repräsentationstheorie kann in dieser Arbeit Grundlage für eine Abgrenzung verschiedener Repräsentationsmodi sein: Zunächst soll die deskriptive Repräsentation der *Standing-for*-Perspektive theoretischer Anknüpfungspunkt für die Repräsentation junger Menschen auf den Wahllisten zur Kommunalwahl in Trier sein. So würden junge Menschen allein durch ihre Qualität des jungen Alters eine Repräsentation der Repräsentierten – also gleichaltrige, junge Menschen– sicherstellen. Dem gegenüber kann in die substanzielle Repräsentation im Rahmen der *Acting-for*-Perspektive stehen. So wäre zu prüfen, ob Repräsentation junger Menschen wirklich nur von der Präsenz der Gleichaltrigen auf den Wahllisten abhängt oder aber, ob auch ältere Menschen durchaus im Stande sind, eine für junge Menschen relevante inhaltliche Agenda umzusetzen. Im Hinblick auf den begrenzten Umfang der Arbeit könnte letzteres der Fall sein, wenn eine Partei zwar wenige oder keine jungen Menschen auf aussichtsreiche Listenplätze gewählt hätte, jedoch das entsprechende Wahlprogramm für junge Menschen eine relevante, inhaltliche Agenda beinhalten würde. Gleichwohl könnte es sein, dass eine Partei sowohl die Merkmale der deskriptiven als auch der substanziellen Repräsentation erfüllt – oder eben keine von beiden.

2. Die Listenaufstellung der Trierer Parteien

In folgendem Kapitel werden die aufgestellten Listen der Trierer Parteien auf die Anzahl der jungen Kandidierenden zur Stadtratswahl untersucht, um H1 zu überprüfen. Als junge Personen werden an dieser Stelle alle Personen unter 36 Jahre definiert,

als Referenz wird sich an der Altersobergrenze der Jugendorganisationen der größten Parteien Junge Union, Jusos, Junge Liberale und Linksjugend solid orientiert.¹ Die Altersuntergrenze ergibt sich mit 18 Jahren aus dem Wahlrecht. Die Listenplätze werden unterschieden in „Sichere Plätze“, diese sind strategisch bei der Listenaufstellung als sichere Mandate definiert, und „aussichtsreiche Plätze“, diese sind als mögliche, einziehende Mandate definiert. Dabei ist die Spannweite der aussichtsreichen Plätze abhängig vom letzten Kommunalwahlergebnis der Parteien. Da es keine Umfragewerte auf kommunaler Ebene gibt, auf welche sich bezogen werden könnte, muss das letzte Ergebnis als Benchmark definiert werden mit der Möglichkeit der Schwankungen um fünf Prozentpunkte. Bei der letzten Wahl bedeutete ca. 1,7 Prozent der Stimmen ein Mandat, daraus ergeben sich anschließend die potentiellen und aussichtsreichen Listenplätze der Parteien. Die Parteien, die zuletzt nicht im Stadtrat saßen, nun aber antreten, können mit dieser Methodik nicht untersucht werden und fallen deswegen aus dem Analyseraster heraus². Ein weiteres Problem für das Design ergibt sich aus dem Datenschutzrecht der Personen auf den Listen. So veröffentlicht zwar die Trierer Rathaus Zeitung in ihrem Printformat alle Personen der aufgestellten Listen, geben aber bei der Altersangabe nur das Geburtsjahr an. Hieraus entsteht die Problematik der nicht genauen Altersangabe von höchstens 35 Jahren zum Stichtag der Wahl. Dies wird in dieser Untersuchung so gelöst, dass alle Personen, die im Jahr 1984 geboren wurden und damit bis zum Wahltag, den 26. Mai 2019, auf jeden Fall maximal 35 Jahre alt sind, als junge Person auf der Liste gezählt werden. Dabei entsteht jedoch ein blinder Fleck für alle Personen, die im Jahr 1983 geboren wurden, zum Wahltag noch 35 Jahre alt sind und erst im Laufe des Jahres

¹ Einzig die Grüne Jugend sieht eine Mitgliedschaft nur bis zur Vervollendung des 28. Lebensjahres vor (Probst 2017: 217).

² Hiervon betroffen ist die Satire-Partei „Die Partei“, deren Untersuchung in diesem Forschungsdesign sowieso fragwürdig wäre, und die Freien Wähler.

2019 36 Jahre alt wurden. Insgesamt sind davon möglicherweise drei Personen betroffen, jeweils eine Person auf der Liste der Union, der SPD und der FDP, welche nicht als junge Personen definiert werden, aber eventuell zum Stichtag noch 35 Jahre alt waren.

Diese Problematik und die Grenzziehung beim Alter vom 35 Jahren soll durch die Angabe des Medians des Alters der Listen eingefangen werden. Somit kann gezeigt werden, dass die Hälfte der Menschen auf der Liste jünger als der Mittelwert sind und die Möglichkeit der mobilisierenden Wirkung einer allgemein jüngeren Liste kann berücksichtigt werden. Ebenso wird in der Analyse beachtet, dass die Parteien unterschiedlich viele potentielle und sichere Listenplätze besitzen, weswegen die Angaben der jungen Personen immer im Verhältnis zur Gesamtzahl interpretiert werden.

Abbildung 2: Junge Menschen auf den Listenplätzen

Partei	SPD	CDU	FDP	AfD	Die Linke	Grünen	UBT
Sichere Plätze	3/12	3/17	1/1	-/1	-/1	3/9	-/2
Aussichtsreiche Plätze	1/5	1/6	2/4	1/4	4/5	1/3	-/6
Median	42	56	35	62	29	46	60

Quelle: eigene Darstellung (Daten der Stadt Trier 2019b)

Die SPD vergab ein Viertel der Listenplätze und nur einen der potentiellen Plätze an unter 36-Jährige Personen. Der Median der Partei war mit 42 Jahren jedoch relativ jung und damit kann durchaus im Verhältnis des Altersdurchschnitts der Partei von 62 Jahren (Decker 2017: 29) der Versuch einer strukturellen Verjüngung angenommen werden. Die CDU hatte mit 56 Jahren ebenfalls im Parteiverhältnis (ebd.) eine jüngere Liste, jedoch weniger eindeutig als es bei der SPD der Fall ist. Außerdem besetzte sie nur knapp ein Sechstel der sicheren Listenplätze mit

unter 36-Jährigen und vergab ebenfalls nur ein Sechstel der potentiellen Plätze an junge Personen. Die FDP hingegen ging mit einer sehr jungen Liste in den Wahlkampf, stellte sie lediglich zwei Personen über 35 auf und hatte demnach mit 35 Jahren auch einen sehr niedrigen Median. Die AfD setzte nur eine junge Person auf einen potentiellen und keine Person auf einen sicheren Platz, auch der Median ist mit 62 Jahren sehr hoch und im Vergleich der höchste aller Parteien in Trier. Die Linke hingegen tritt mit der jüngsten Liste an: Vier von fünf Personen auf den potentiellen Plätzen sind junge Menschen, auf dem sicheren Listenplatz wurde keine junge Person gesetzt, aber der Median liegt mit 29 Jahren im Vergleich am niedrigsten. Die Grünen sind ähnlich wie die SPD einzuordnen, vergeben sie jeweils ein Drittel der sicheren und aussichtsreichen Plätze an unter 36-jährige Personen, haben aber mit 46 Jahren einen etwas höheren Median als die SPD. Die Unabhängige Bürgervertretung Trier (UBT) hat den zweithöchsten Median mit 60 Jahren und keine einzige Person unter 36 Jahren auf einen sicheren oder aussichtsreichen Listenplatz gewählt.

Es ist davon auszugehen, dass vermehrt Die Linke und die FDP, in Teilen auch die SPD und die Grünen, auf jüngere Themen im Wahlkampf setzten. Die Union müsste sich eher neutral verhalten, während AfD und UBT junge Wahlkampfthemen aussparen müssten, wenn die Personen auf den Listen und die inhaltlichen Themensetzungen ein kongruentes Bild ergeben sollen. Das soll nun im folgenden Kapitel untersucht werden.

3. Die Wahlprogramme der Trierer Parteien mit Blick auf Jugendpolitik

Zur Prüfung der Hypothese H2 werden im Folgenden die Wahlprogramme der Trierer Parteien mit Blick auf jugendpolitische Aspekte und Themen analysiert. Fast alle Parteien bieten eine Version ihres Kommunalwahlprogramms 2019 an, einzig die UBT hat kein Wahlprogramm veröffentlicht, weshalb diese in

der weiteren Analyse keine Berücksichtigung findet. Als Themen, die für Jugendliche und junge Menschen besonders wichtig sind, werden von den Autoren, wie eingangs bereits erläutert, die Aspekte Bildung, Mieten, ÖPNV und Kultur angesehen.

Die Analyse orientiert sich am Modell der Makrokonstruktion von Gläser und Laudel (2013). Dieses bietet den Vorteil, dass die Extraktion der Information immer den theoretischen Vorüberlegungen folgt. Zur Analyse der vorhandenen Wahlprogramme wurde das von Gläser und Laudel online zur Verfügung gestellte Auswertungsprogramm MIA („Makrosammlung für die qualitative Inhaltsanalyse“) (Gläser/ Laudel 2013: 211) genutzt, mit dessen Hilfe Extraktionsmakros erstellt wurden, die letztlich der Auswertung dienen. Diese Auswertung der Makrokonstruktion wird im Folgenden für jede Partei dargestellt.

Bei der CDU finden sich im Wahlprogramm zur Kommunalwahl ein eigener Absatz zur Jugendpolitik und Positionen zu den Kriterien, die nach Ansicht der Autoren junge Menschen ansprechen. So fordert sie unter anderem die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für Studierende in Zusammenarbeit mit dem Studentenwerk, eine bessere Linienführung und Bustaktung im ÖPNV, eine engere Kooperation der Stadt mit ansässigen Unternehmen zwecks langfristiger Bindung der Studierenden an die Stadt und eine vermehrte Förderung der freien Kulturszene (CDU Trier 2019). Auch im Kommunalwahlprogramm der SPD finden sich alle von den Autoren erachteten wichtigen Themenkomplexe für junge Menschen wieder. So soll die Stadt als Hochschulstadt weiterentwickelt werden (SPD Trier 2019: 9), ein eigenes Kunsthaus mit kostenlosen Proberäumen und Ateliers soll geschaffen werden (SPD Trier 2019: 11), das Wohnen soll vergünstigt werden (ebd. 8) und der Rad- und Fußverkehr sollen attraktiver gestaltet werden (ebd. 20). Bei den Grünen findet sich – anders als erwartet – kein eigener Absatz zur Hochschule. Dennoch sprechen die Grünen Studierende gezielt an, indem sie günstige Mieten, ein attraktives Freizeitangebot sowie eine Verbesserung der digitalen Infrastruktur (Bündnis 90/Die Grünen Trier 2019: S. 37) fordern. Zudem findet sich bei den Grünen die Forderung nach einem kostenlosen ÖPNV für alle

Schüler*innen und Auszubildenden (Bündnis 90/Die Grünen Trier 2019: 39). Ebenso wie die SPD wollen die Grünen Probe-räume und Werkstätten für Jugendliche kostenlos errichten las-sen (ebd. 42). Auch bei der Linken findet sich kein Absatz, der sich explizit an junge Studierende richtet. Der Fokus im Wahl-programm der Linken liegt auf der Schaffung jugendfreundlicher Räume innerhalb der Stadt (Die Linke Trier 2019: 6). In den Be-reichen Mieten und ÖPNV vertritt die Linke traditionell eine et-was radikalere Position als die übrigen Parteien – so findet sich im Programm die Forderung nach einem kostenlosen ÖPNV für Alle (Die Linke Trier 2019: 24) sowie die Einführung einer Miet-preisbremse in Trier (ebd. 10). Unterdessen findet sich bei der AfD im Bereich Wohnen/Miete keine Forderung nach günstige-ren Mietpreisen. Sie fordert lediglich, junge Familien bei der Vergabe von Bauland zu bevorzugen (AfD Trier 2019: 6). Im Bereich ÖPNV soll der Nahverkehr preisgünstiger und attrakti-ver gestaltet werden, zugleich soll jedoch der Ausbau von Rad-wegen gestoppt werden (AfD Trier 2019: 3). Bei der Bildung fin-det sich auch hier die Forderung nach einer Sicherung der Uni-versität und des Ausbaus der Stadt als Wissenschaftsstandort (ebd. 6). Im Bereich Kultur will die AfD auf der einen Seite die freie Jugendarbeit stärker fördern (ebd. 7), auf der anderen Seite fordert sie zugleich eine wirtschaftlich rentable Führung kultureller Einrichtungen wie beispielsweise dem Trierer Exhaus (ebd. 5). Bei der FDP finden sich weder im Bereich Bildung noch in den Kriterien Familie und ÖPNV explizite Bezüge zu Jugend-lichen. Lediglich im Bereich Miete und Kultur finden sich jugend-politische Aspekte: So will die FDP in Trier Mieten senken, in-dem verstärkt neue Gebäude gebaut werden. Außerdem fordert sie eine Weiterführung der Angebote des Trierer Exhauses auch über dessen Schließung hinweg (FDP Trier 2019).

Wie im vorangegangenen Kapitel bereits vermutet scheint sich der Einfluss der jungen Kandidaten beim Wahlprogramm von SPD, Grünen und Linken bemerkbar zu machen. Dort finden sich viele Bezüge zum Leben junger Menschen in Trier und zu Themen, mit denen sich gerade Jüngere identifizieren können.

Auch bei der CDU findet sich eine starke Bezugnahme zu jungen Themen, was alleine schon dadurch verdeutlicht wird, dass sich im Kommunalwahlprogramm eigens ein Absatz zu Jugendpolitik wiederfindet. Überraschend erscheinen bei dieser Analyse vor allem das Programm der Trierer FDP zur Kommunalwahl und das Programm der AfD: Während sich bei der FDP – anders als erwartet – kaum jugendpolitische Themen finden, finden sich im Programm der AfD viele Forderungen wieder, die denen der anderen Parteien sehr ähnlich sind.

4. Fazit

Ziel dieser Arbeit war es, herauszufinden, ob Parteien in Trier mit ihrem Kommunalwahlprogramm und ihren Kandidierenden junge Menschen gezielt anzusprechen versuchen. Dazu wurden zum einen die Listen hinsichtlich des Alters der Kandidierenden analysiert, zum anderen erfolgte eine umfassende Analyse der Kommunalwahlprogramme mit Blick auf Themen, die besonders die Lebensrealität junger Menschen betreffen.

Ausgehend von Hanna F. Pitkins Repräsentationstheorie lassen sich abschließend bei der *Standing-for*-Perspektive der Repräsentation vor allem die Linke und die FDP, aber auch die SPD und die Grünen einordnen. Diese Parteien haben gezielt junge Menschen auf aussichtsreiche Listenplätze zur Kommunalwahl gestellt und garantieren der Jugend Triers damit eine Stimme im Stadtrat.

Mit Blick auf die Wahlprogramme dieser vier Parteien findet sich bei der *Acting-for*-Perspektive ein interessanter Befund: Während sich die Linke, die SPD und die Grünen auch in ihren Wahlprogrammen verstärkt mit jugendpolitischen Themen auseinandersetzen, finden sich bei der FDP keine Hinweise auf eine solche Form der Repräsentation. Vielmehr findet sich die *Acting-for*-Repräsentation bei der AfD und bei der CDU. Beide Parteien bauen bei ihrer Listenaufstellung zwar weniger auf junge Kandidaten, sprechen dafür in ihren Wahlprogrammen gezielt Themen an, die junge Menschen aus und in Trier beschäftigen. Da

die UBT kein Wahlprogramm zur Kommunalwahl veröffentlicht hat, kann die Bewegung keinem Repräsentationstypus zugeordnet werden. Eine *Standing-for*-Repräsentation findet sich bei der UBT nicht, da keine jungen Kandidierenden Platz auf der Liste zur Kommunalwahl gefunden haben. Ob sich bei der UBT jedoch Hinweise auf eine *Standing-for*-Repräsentation finden lassen, muss an dieser Stelle offenbleiben.

Insgesamt zeigt sich, dass alle Parteien mit Ausnahme der UBT auf die ein oder andere Art und Weise versuchen, junge Menschen in Trier bei der Kommunalwahl anzusprechen. Bei der FDP erfolgt die Ansprache ausschließlich über die Liste, bei der CDU erfolgt sie fast ausschließlich über das Programm und bei SPD, Linke und Grüne wird versucht, sowohl über Personen als auch Inhalte junge Trierer anzusprechen. Diese Arbeit bietet somit einen ersten Überblick über die jugendpolitische Ausrichtung Trierer Parteien im Stadtrat bildet einen guten Ausgangspunkt für weiterführende Untersuchungen. So wäre es beispielsweise interessant zu wissen, auf welchem Wege die jungen Kandidierenden Einzug in die Listen gefunden haben. Auch eine Untersuchung hinsichtlich des exakten Einflusses der jungen Kandidierenden auf das Wahlprogramm würde sich in einer weiterführenden Untersuchung anbieten.

5. Quellen- und Literaturverzeichnis

AfD Trier (2019): Damit unser Trier l(i)ebenswert bleibt! Wahlprogramm der AfD Trier zur Kommunalwahl am 26. Mai 2019. Online verfügbar unter: <http://www.afdtrier.de/wp-content/uploads/2019/03/Kommunalwahlprogramm-2019.pdf> (zuletzt geprüft am 10.06.2019).

Bündnis 90/Die Grünen Trier (2019): Grünes Trier. Weltoffen, nachhaltig, lebenswert. Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen Trier zur Kommunalwahl am 26.5.2019. Online verfü-

bar unter: https://uns-gruener-trier.de/uploads/media/Kommunalwahlprogramm_2019_Endstand_online.pdf (zuletzt geprüft am 10.06.2019).

CDU Trier (2019): Gemeinsam. Trier. Gestalten. Unsere Kandidaten – unser Programm. Online verfügbar unter: <https://www.cdu-trier.de/upload/dokumente/10047.PDF> (zuletzt geprüft am 28.05.2019).

Decker, Frank (2017): Parteiendemokratie im Wandel. In: Decker, Frank; Neu, Viola: Handbuch der Deutschen Parteien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Die Linke Trier (2019): Wahlprogramm zur Kommunalwahl in Trier am 26.Mai 2019. Online verfügbar unter: https://www.die-linke-trier.de/fileadmin/lcmskvtrier/20190526_Wahlprogramm_LINKE_Trier_barrierefrei.pdf (zuletzt geprüft am 10.06.2019).

FDP Trier (2019): Unsere Agenda Trier 2030. Programm der FDP Trier zur Kommunalwahl 2019. Online verfügbar unter: <http://fdp-trier.de/programm/> (zuletzt geprüft am 10.06.2019).

Forschungsgruppe Wahlen (2019): Wahlanalyse zur Europawahl. Online verfügbar unter: https://www.forschungsgruppe.de/Aktuelles/Wahlanalyse_Europa/News/Euro190527.pdf (zuletzt geprüft am 26.07.2019).

Friedrich, Carl (1953): Die lokale Selbstverwaltung als Wurzel der Demokratie. In: Der Verfassungsstaat der Neuzeit. Berlin: Springer Verlag.

Gläser, Jochen/ Laudel, Grit (2013): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse, 4. Auflage. Wiesbaden: Springer VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Lembcke, Oliver (2016): Theorie demokratischer Repräsentation. In: Lembcke, Oliver; Ritzi, Claudia; Schaal, Gary (Hg.): Zeitgenössische Demokratietheorie. Band 2: Empirische

Demokratietheorien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Niedermayer, Oskar (2018): Parteimitglieder in Deutschland. Online verfügbar unter: https://refubium.fu-berlin.de/bitstream/handle/fub188/22698/P-PMIT18_Nr_29.pdf?sequence=1&isAllowed=y (zuletzt geprüft am 26.07.2019).

Pitkin, Hannah (1967): The Concept of Representation. Berkley: University of California Press.

Probst, Lothar (2017): Bündnis 90/Die Grünen (Grüne). In: Decker, Frank; Neu, Viola: Handbuch der Deutschen Parteien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

SPD Trier (2019): Trier zählt. Wahlprogramm 2019. Online verfügbar unter: https://fuer-trierzaehlt.de/wp-content/uploads/2019/05/Wahlprogramm_2019_final_3.pdf (zuletzt geprüft am 28.05.2019).

Stadt Trier (2019a): Strukturdaten. Online verfügbar unter: <https://www.trier.de/File/bevoelkerungsstruktur-der-stadt-trier-2018.pdf> (zuletzt geprüft am 26.07.2019).

Stadt Trier (2019b): Amtliche Bekanntmachung. In: Rathaus Zeitung Trier, 24. Jahrgang, Nummer 17/18.

Prostitution in Trier

Die Relevanz des Rotlichtgewerbes im Trierer Kommunalwahlkampf

Katja Kapfer, Selina Schellheimer, Ulrike Simon

Die vorliegende Arbeit geht der Frage nach, wieso die Thematik des überproportional großen Prostitutionsgewerbes auffallend wenig im Trierer Kommunalwahlkampf diskutiert wird. Untersucht man die antagonistische Beziehung zwischen Prostitution und Politik werden diverse Fragen aufgeworfen. Dieser Forschungsbericht möchte, unter Bezugnahme der Theorie der Moralpolitik, die durch die qualitative Online-Befragung der Hauptakteure gewonnenen Erkenntnisse, einordnen.

Durch vermehrte öffentliche Diskussionen insbesondere aufgrund des „Appells gegen Prostitution“ und der Gegenbewegung „Appell FÜR Prostitution“, gewann das Thema Prostitution ab 2010 an Relevanz und wurde zum Teil der politischen Agenda in der Bundesrepublik (Schwartz 2018: 60). Das Thema Prostitution polarisiert, da es ethische Grundpositionen und persönliche Wertevorstellungen tangiert, und das Individuum zur Positionierung auffordert. Obwohl Prostitution unter dem Schutz der Berufsfreiheit nach Art. 12 GG (BVerfG 2009) steht, wird dies oft pauschal mit Tatbeständen wie Menschenhandel gleichgesetzt (Schwartz 2018: S. 58).

Das hohe Prostitutionsangebot in Trier lässt sich aufgrund der Grenzlage der Stadt erklären, da in den anderen Ländern die Prostitutionsgesetzgebung, weniger liberal als in Deutschland sind (Steinborn-Heinrich: 2013). Bei dem Thema Prostitution kristallisieren sich auf Kommunalen Ebene verschiedene Konfliktlinien heraus. So thematisieren regionale Zeitungen in Trier nicht nur die Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes, Werbeverbote, Sperrbezirksverordnungen für den Straßenstrich (Winter 2019), sondern unter anderem auch Steuerhinterziehungen von Bordellbetreiber*innen (O.V 2019).

Dieser Forschungsbericht thematisiert im zweiten Kapitel inwiefern Prostitutionsgesetzgebungen als Gegenstand der Moralpolitik verstanden werden können. Anschließend wird im dritten Kapitel auf die Methode, eine qualitative Online-Befragung der Hauptakteure, eingegangen um darauf folgend auf die Ergebnisse der Umfrage eingehen zu können. Diese Ergebnisse werden in Kapitel vier reflektiert und ausgewertet. Das letzte Kapitel beinhaltet das Fazit, indem die Teilkomponenten noch einmal zusammengetragen werden um die Forschungsfrage, „Wieso wird die Thematik des überproportional großen Prostitutionsgewerbes auffallend wenig im Trierer Kommunalwahlkampf diskutiert?“, zu beantworten.

1. Prostitutionsgesetze als Moralpolitik

Die Regulierung von Prostitutionsgesetzen ist Gegenstand der „Moralpolitik“. Als Antwort auf gesellschaftliche Diskurse über konflikthafte Themen, ist die Moralpolitik abseits von herkömmlichen politischen Trennlinien zu verorten. Fragen nach Abtreibungen, Pornografie und Verhütung gelten als typisch für moralpolitische Regulierungen (Zimmermann-Schwartz 2018: 58). Die Regulierung im Bereich der Prostitution lassen sich, Adam, Heichel und Knill (2015: 709) zufolge, in vier Regulierungsparadigmen unterscheiden. Das erste Paradigma, welches das restriktivste ist, ist das Totalverbot. Hierbei steht Angebot- und Nachfrageseite sexueller Dienstleistungen unter Strafe. Bei dem abolitionistischen Modell ist das Anbieten von Prostitutionsdienstleistungen erlaubt, im Gegensatz zu der Nachfrageseite, welche unter Strafe steht. Der dritte Ansatz erlaubt sexuelle Dienstleistungen, erkennt diese jedoch nicht als reguläres Gewerbe an, weshalb Prostitution bei solchen Regulierungen nicht sanktioniert werden kann. Gleichzeitig gibt es keine Strafandrohung an die Nachfragenden. Das vierte und liberalste Modell erkennt sexuelle Dienstleistungen als ein Gewerbe an, und verzichtet auf die Bestrafung von Anbietern und derjenigen

die solche Dienstleistungen wahrnehmen (Adam/ Heichel/ Knill 2015: 709).

Abbildung 1. Erfassung der Restriktivität der Regulierung von Prostitution

Paradigmen	Persönliche Hürden	Prozedurale Hürden
Totalverbot		
Abolitionismus	Ortswahl sehr stark eingeschränkt	Profitorientierte Aktivität Dritter ist verboten
	Ortswahl stark eingeschränkt	Profitorientierte Aktivitäten Dritter sind erlaubt.
	Ortswahl eingeschränkt	
	Ortswahl kaum eingeschränkt	
Erlaubnis ohne Anerkennung		
Erlaubnis mit Anerkennung		

Anmerkung: die persönlichen Hürden werden innerhalb aller Paradigmen unterschieden (außer beim Totalverbot). Genauso werden die prozeduralen Hürden innerhalb aller persönlichen Hürden unterschieden. Die gewählte Art der Darstellung soll die Übersichtlichkeit der Tabelle erhalten.

Quelle: Adam/ Heichel/ Knill 2015: 710

Der Wertekonflikt innerhalb der Gesellschaft steht, bei der Aus- handlung im Fokus. Um sich durchzusetzen, neigen Akteure dazu, in diesen Politikbereichen moralische Argumente zu ver- wenden (Knill/ Preidel/ Nebel 2015).

Folgend wird eine Methode, wie man Moralpolitiken ermitteln kann, aufgezeigt. Die Methode beschäftigt sich nicht mit dem thematischen Gegenstand an sich, sondern sieht die Art und Weise, wie moralpolitisch argumentiert wird, als entschei- denden Faktor. Die argumentative Auseinandersetzung erfolgt auf Grundlage von kategorischen Werturteilen oder religiösen An- sichten darüber, was falsch oder richtig ist. Demnach hängt die Beantwortung der Frage, ob es sich um eine moralpolitische De- batte handelt, von den verwendeten Argumenten ab (Adam/ Heichel/ Knill 2015: 700). Charakteristika der Moralpolitik sind breite gesellschaftliche Debatten über grundlegende, oft religi- öse oder ethische Fragen, nach dem Wert des Lebens oder ei- ner guten Lebensführung (Meidert/ Nebel 2013: 79). Da diese

Bereiche mit der Frage nach eigener Identität und Existenz zusammenhängen, sind Moralpolitiken zumeist durch erschwerte Kompromissbildung gekennzeichnet (Adam/ Heichel/ Knill 2015: 700). Bei den Diskursen, die sich mit moralpolitischen Themen beschäftigen, wird der Ankündigung einer politischen Maßnahme oftmals mehr Aufmerksamkeit, als ihrer letztendlichen Umsetzung, geschenkt. Aufgrund dessen braucht die Moralpolitik eine gewisse Polarisierung und verheißt einfache Lösungen (Zimmermann-Schwartz, 2018, S.58). Der Grund dafür ist, dass verschiedene Ansichten konkurrieren, jedoch nur ein Wertepaket legitimiert werden kann (Knill/ Preidel/ Nebel 2015: 18). Moralpolitische Themen erreichen nur einen gesellschaftspolitischen Wandel, wenn sich ein Lager gegen das andere durchsetzen kann (Knill/ Preidel/ Nebel 2015: 19).

Ein Beispiel für eine vereinfachte Lösung im Zuge von Diskussionen, in Bezug auf „das Gesetz zum Schutz von in der Prostitution tätigen Personen“ ist die dort beschlossene Kondompflicht. Diese Kondompflicht kann durch den Gesetzgeber nicht kontrolliert werden, dennoch ist sie mit einem Bußgeld von bis zu 50.000 Euro belegt (Zimmermann-Schwartz 2018: 65).

2. Methode

Zur Beantwortung der Forschungsfrage, „Wieso wird die Thematik des überproportional großen Prostitutionsgewerbes auffallend wenig im Trierer Kommunalwahlkampf diskutiert?“, hat sich das Forscherteam für eine qualitative Online-Befragung zentraler Akteure entschieden. Diese Online-Befragung entspricht der Charakteristik eines nichtstandardisierten Interviews, bei welchem die Befragten eine Liste mit offenen Fragen nach einem zuvor erstellten Leitfaden zur Beantwortung vorgelegt bekommen (Gläser/ Laudel 2009: 111). Der große Vorteil einer Online-Befragung liegt in der Asynchronität der Befragungssituation. Das bedeutet, dass die Adressaten die Möglichkeit haben, den Fragebogen zu einem für sie günstigen Zeitpunkt durchzuführen. Dadurch wird auch vermieden, dass die

Befragten unter Zeitdruck, bzw. in einer Situation die Fragen beantworten, die für sie unangenehm ist, weshalb intuitiv eine Ablehnung gegen die Befragung aufgebaut werden könnte. Bei der Online-Befragung können sich die Adressat*innen selbstbestimmt für die Beantwortung der Fragen entscheiden (Hollaus 2007: 31f.).

Um wissenschaftlichen Standards gerecht zu werden, wurde die Bestimmung der Grundgesamtheit eindeutig räumlich, zeitlich und sachlich abgegrenzt (Hollaus 2007: 31). Für die vorliegende Forschung wurden gezielt Adressaten gesucht, die aktiv am Kommunalwahl-kampf teilnehmen (Parteien im Stadtrat), sowie Akteure, die durch ihre Arbeit den Diskurs mitbestimmen (Kulturreferent, Ortsvorsteher, Bordellbesitzer). Die erste Kontaktaufnahme mit den potentiellen Befragten geschah via Email. Dabei wurde der ethische Grundsatz der informierten Einwilligung beachtet: Die Teilnehmer*innen, welche die Umfrage beantworten sollen, werden vor der Befragung über die Ziele der Forschung, die Art und Weise der Mitwirkung und die Verwendung der abgegebenen Antworten in Kenntnis gesetzt (Gläser/Laudel 2007: 159). Anschließend wurde ein Link zur Online-Umfrage verschickt, der direkt zum online generierten Fragebogen führt. Mithilfe der Website SurveyMonkey konnte der Fragebogen bearbeitet und die Antworten eingesehen werden. Nach zwei Wochen wurde eine Erinnerungsemail verschickt, die den Rücklauf noch einmal steigern sollte.

Auf Bitte eines Teilnehmers, wurde das nichtstandardisierte Leitfadenterview in diesem Fall nicht online, sondern persönlich durchgeführt. Zudem wurde gewünscht, die Fragen zuerst zugeschickt zu bekommen, um sich auf das Gespräch vorbereiten zu können. Dies konnte berücksichtigt werden, da nicht zu befürchten war, dass vorbereitete Antworten die getroffenen Aussagen verfälschen würden. Schließlich besteht bei einer Online-Befragung auch die Möglichkeit besteht, sich längere Zeit Gedanken über die Beantwortung der Fragen zu machen und ggf. mit Dritten Rücksprache zu halten. Für die Gesprächssituation wurden zwei Interviewer gewählt. Eine zweite Person aus

dem Forscherteam fungierte entlastend, da sie sich um die Bedienung und Überwachung der Technik kümmern konnte, ohne dabei den Gesprächsfluss unterbrechen zu müssen (Gläser/Laudel 2009: 157). Das gesamte Interview wurde nach vorheriger Einwilligung auf Tonband aufgenommen, um es anschließend transkribieren zu können (Gläser/ Laudel 2009: 159).

3. Auswertung der Ergebnisse

Bevor es um die Darstellung der Ergebnisse geht, ist es zunächst wichtig zu klären welche Akteure in den Ergebnissen vertreten sind. Insgesamt liegen uns von sechs Akteuren Beantwortungen auf die jeweiligen Fragen vor. Dazu gehören die Partei Die Linke, der ehemalige Ortsbeirat von Ruwer, zwei Bordellbetreiber, ein Kulturdezernent der Stadt Trier und ein Mitglied des Stadtrates. Hierbei muss angemerkt werden, dass leider nicht jede Kontaktaufnahme zu Parteien erfolgreich gewesen ist.

Die erste Frage lautet, ob Prostitution ein Thema ist, das Bewohner*innen der Stadt Trier bewegt. Das Stimmungsbild fast aller Akteure gibt wieder, dass vor allem die Thematik der Straßenprostitution und der öffentlichen Werbung ein Sachverhalt ist, das Bürger*innen stark interessiert. Nur einer der beiden Bordellbetreiber widerspricht der Aussage, dass es sich um eine Thematik handele, die Bürger*innen bewegt. Vom Kulturdezernenten wird aufgeführt, dass dies vor allem in der Vergangenheit diskutiert wurde, die Brisanz der Thematik allerdings aktuell abnehme, seitdem die Werbung für Bordelle eingeschränkt worden ist und die Sperrgebietsverordnung in Kraft getreten ist. Sowohl der ehemalige Ortsbeirat Ruwers, als auch die Partei Die Linke haben zudem mit Bewohner*innen die Erfahrung gemacht, dass beispielsweise aus dem Grund der Schutzbedürftigkeit von Kindern gegen die Straßenprostitution protestiert werde.

Mit der zweiten Frage soll geklärt werden, weshalb sich Prostitution kaum im Kommunalwahlkampf wiedergefunden hat. Dabei sind der Kulturdezernent und das Stadtratsmitglied der Auffassung, dass in der Vergangenheit Entscheidungen und Regelungen mit meist großem Konsens getroffen worden seien, weshalb dies nicht mehr unbedingt im Wahlkampf thematisiert werden müsse. Bordellbetreiber erklären dies damit, dass Bürger*innen nicht gerne darüber sprechen und die Stadtverwaltung versuche, Prostitution einzudämmen. Die Partei Die Linke vertreten die Ansicht, dass zum einen diese Thematik ein Tabuthema darstelle und somit von einigen Kommunalpolitiker*innen gemieden werde und zum anderen, dass der Rückzug einer ehemaligen Ortsvorsteherin Ruwers dazu beigetragen habe, dass Straßenprostitution nicht mehr auf der politischen Agenda stehe. Der ehemalige Ortsvorsteher Ruwers führte in seiner Antwort auf, dass es im Wahlkampf 2014 thematisiert worden ist, im jetzigen Wahlkampf nach Ansicht der Kommunalpolitiker*innen aber andere Themen Vorrang hätten.

Die dritte Frage bezieht sich darauf, ob die jeweiligen Interessen hinreichend vertreten werden. Der ehemalige Ortsbeirat von Trier-Ruwer merkt an, dass man als Stadtrat mit Bebauungsplänen beispielsweise gewisse Einflussmöglichkeiten habe und das Bürger*innen über Stadtratsmitglieder Einfluss ausüben können. Der Kulturdezernent erklärt dabei, dass sich an alle Gesetze gehalten werde und es den Arbeitskreis „Sexarbeit“ gebe, bei dem sich Vertreter*innen von Prostituierten beteiligen. Die Bordellbetreiber sind sich bei dieser Frage nicht einig. Die Partei Die Linke vertreten die Ansicht, dass das Beratungsangebot ausgebaut werden müsse und die Thematik bezüglich männlicher Prostitution und Prostitution von Geflüchteten mehr in die Kommunalpolitik aufgenommen werden müsse.

In Bezug auf die Frage ob es an die Lokalpolitik Forderungen gebe, ergibt sich ein vielfältiges Stimmungsbild. Dabei wird von den Linken, dem Kulturdezernenten und dem Ortsbeirat die Schutzbedürftigkeit von Prostituierten betont und eine Versorgung mit Sanitäreinrichtungen gefordert. Die Partei Die Linke fordert zusätzlich eine stärkere finanzielle und personelle Ausstattung

der Koordinationsstellen. Ein Stadtratsmitglied fordert, dass die Bundespolitik die Thematik des Menschenhandels behandeln müsse, da die Lokalpolitik oftmals an ihre Grenzen gerate. Ein Bordellbetreiber wünsche sich mehr Mitspracherecht, bevor Gesetze erlassen werden, wohingegen der andere Bordellbetreiber keine Forderungen an die Lokalpolitik habe.

Bei der letzten Frage geht es um den Handlungsspielraum, den die jeweiligen Akteure nutzen können. Die befragten Bordellbetreiber erwähnen hierbei, dass man sich auf politischer Ebene einbringen könne oder ein Zusammenschluss von Bordellbetreibern den Handlungsspielraum erweitern könne. Vom Kulturdezernenten wird aufgeführt, dass grundsätzlich gesetzliche Vorschriften den Handlungsrahmen definieren und man darüber hinaus Präventionsarbeit leisten könne. Die Linke nennt als Handlungsspielraum Ausschüsse und das Forum Gleichstellung, in dem man sich einbringen könne um auch andere Fraktionen für diese Thematik zu sensibilisieren. Der Ortsbeirat von Trier-Ruwer erläutert dabei den Einfluss auf Bebauungspläne, um Prostitution so wenig wie möglich zuzulassen. Der befragte Stadtrat erwähnt als Anlaufstelle zusätzlich die Frauenbeauftragten der Stadt Trier und den Arbeitskreis Prostitution, mit denen sich in Verbindung gesetzt werden könne um etwas zu bewirken.

4. Fazit

Dass die Thematik des erhöhten Prostitutionsaufkommens die Menschen in Trier bewegt, wird durch die Ergebnisse der Umfrage bestätigt. Da es sich jedoch um ein moralisch negativ geprägtes Themenfeld handelt, scheint es für Parteien und Politiker*innen unattraktiv, dieses im Wahlkampf zur Stimmenakquise zu verwenden. Bei akutem Bedarf erkennen die befragten Akteure eine Vielzahl an Möglichkeiten, sich in das kommunalpolitische Geschehen einzubringen. Dies hat sich in der Vergangenheit wohl schon als gewinnbringend herausgestellt. Die Lokalpolitik untersteht der Bundesgesetzgebung, weshalb ihr

Handlungsrahmen enorm eingeschränkt ist. Jedoch hat sie einen gewissen Spielraum, wie Richtlinien und Maßnahmen ausgelegt und umgesetzt werden. Zudem steht es ihnen frei, innerhalb des rechtlichen Rahmens Verordnungen zu erlassen, die sich auf konkrete Probleme in ihrem Regierungsbezirk beziehen (Bsp. Bannmeile). Einige der genannten Forderungen an die Politik sind an die Bundesebene gerichtet, jedoch wurden auch Verbesserungsvorschläge und Problemsituationen genannt, die durchaus von der Kommunalpolitik in Trier angegangen werden können.

Das Geschäft mit dem ältesten Gewerbe der Welt bleibt lukrativ, vor allem in einer Grenzstadt wie Trier. Eine Auseinandersetzung mit dieser Thematik wird deshalb auch in Zukunft nicht ausbleiben.

5. Literatur- und Quellenverzeichnis

Adam, C./ Heichel, S./ Knill, C. (2015). Moralpolitik. In: G. Wenzelburger/ R. Zohlnhöfer, Handbuch Policy-Forschung (S. 699-722). Wiesbaden: Springer Verlag.

Gläser, L. /Laudel, G. (2009). Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialforschung.

Hollaus, M. (2007). Der Einsatz von Onlinebefragungen in der empirischen Sozialforschung. Aachen: Shaker Verlag.

Knill, C./ Preidel, C./ Nebel, K. (2015). Einleitung: Moralpolitik als Analysegegenstand. In C. Knill, S. Heichel, C. Preidel, K. Nebel, Moralpolitik in Deutschland: Staatliche Regulierung gesellschaftlicher Wertekonflikte im historischen und internationalen Vergleich (S. 15-24). Wiesbaden: Springer.

Meidert, N./ Nebel, K. (2013). Moralpolitik am Beispiel von Einstellungen zum Schwangerschaftsabbruch in Deutschland. Eine vergleichende Längsschnittstudie von Gesellschaft und

politischen Akteuren. Zeitschrift für Politikwissenschaft, 23(1), 77-102.

O.V. (2019). Prostitution: Trier will Bordelle schließen. SWR Aktuell. Online verfügbar unter <https://www.swr.de/swraktuell/rheinland-pfalz/trier/Genehmigung-entzogen-Trier-will-Bordelle-schliessen-lassen,bordelle-in-trier-sollen-schliessen-100.html>.

Steinborn-Heinrich, M. (2013): Prostitution. Volksfreund. Trier. Online verfügbar unter https://www.volksfreund.de/region/trier-trierer-land/prostitution_aid-6738296.

Winter, A. (2019): Illegale Prostitution stärker im Kontroll-Fokus. Rathaus Trier Zeitung- Wochenzeitung der Stadt Trier. Online verfügbar unter <https://www.trier.de/rathaus-buerger-in/aktuelles/rathaus-zeitung/illegale-prostitution-staerker-im-kontroll-fokus/>.

Zimmermann-Schwartz, C. (2018). Schädliche Moralpolitik- das neue Prostituiertenschutzgesetz. Zeitschrift für Sexualforschung, 31. Jg., Nr. 01, S. 57-67.

II Politische Partizipation in Trier – von Demonstrationen und Protestkultur bis hin zu Bürgerinitiativen und Wahlen

Der Beteiligungshaushalt in Trier 2019

Ein Rettungsversuch für die Demokratie?

Johanna Henkel, Hannah Schmitz, Annalea Schröder, Lukas Schauer

Sinkende Wahlbeteiligung(en), wenig Vertrauen in Politikerinnen und “die Politik” im Allgemeinen oder das Gefühl, nicht mehr repräsentiert zu werden: In westlichen Demokratien stellt die Partei- und Partizipationsforschung auf kommunaler, Landes- und Bundesebene ähnliche Phänomene fest (vgl. Sintomer et al. 2010: 16f.). Das politische System reagiert auf derlei Symptome: Die Frage, wie BürgerInnen mehr und besser an Politik beteiligt werden können, wird vor allem auf kommunaler Ebene oft mit einem sogenannten Beteiligungshaushalt¹ beantwortet - einem Instrument also, mit dem der Souverän über das höchste Gut (mit-)entscheiden kann, welches Handlungsspielräume ermöglicht: den Haushalt der entsprechenden Verwaltungseinheit.

Die Ausgestaltung dieser Beteiligungshaushalte variiert freilich ebenso wie die Erfolge, die damit erzielt werden. Auch das “Wie” ist unterschiedlich: Nur online, analog und digital oder etwa auch per Postkarte oder mit ausgedruckten Listen - die Methoden und Mittel sind keineswegs standardisiert. Dabei ist gerade der Zugang zu und das Bekanntmachen der Möglichkeiten ein wichtiger Erfolgsfaktor für Beteiligungshaushalte. In Trier etwa hat die Evaluation des ersten Beteiligungshaushaltes gezeigt, dass es vor allem an der Kommunikation zwischen BürgerInnen, Verwaltung und Politik hapert. Damit ist Trier nicht jedoch alleine. Wie im Laufe der Forschungsarbeit sichtbar wurde, haben fast alle untersuchten Kommunen die Kommunikation rund

¹ Auch wenn einige Städte und Kommunen das Verfahren „Bürgerhaushalt“ nennen, bezeichnen die Autoren es im Folgenden aus geschlechtsneutralen Gründen als Beteiligungshaushalt.

um den Beteiligungshaushalt als ein zentrales Problem identifiziert. Gelöst wird es höchst unterschiedlich.

Die Forschungsgruppe wollte in diesem Studienprojekt herausfinden, warum die BürgerInnen der Stadt Trier den Beteiligungshaushalt überwiegend negativ wahrgenommen haben und welche Lehren die Verantwortlichen daraus ziehen können. Konkret lautete die Forschungsfrage: *Wie lässt sich das vorwiegend negative Feedback der TeilnehmerInnen des Trierer Beteiligungshaushalts erklären und wo kann die Stadt ansetzen, um zukünftig die Akzeptanz und Effektivität des Beteiligungshaushalts zu erhöhen?*

Um Gründe für die negative Wahrnehmung durch die BürgerInnen Triers herauszufinden, wurden mittels einer Vergleichsstudie mit anderen Städten (Stuttgart, Freiburg, Darmstadt und Frankfurt a. M.) Kriterien herausgearbeitet, die zu einem erfolgreichen Beteiligungshaushalt beitragen. Zusätzlich führten die Autoren für die wissenschaftliche Bearbeitung der Frage ein Experteninterview mit dem Verantwortlichen des Trierer Beteiligungshaushalts, Herrn Toni Loosen-Bach, welches im Nachgang qualitativ ausgewertet wurde. Im Folgenden soll kurz definiert und beschrieben werden, was unter einem Beteiligungshaushalt zu verstehen ist. Zudem wird beschrieben, welche analytischen Dimensionen ausgemacht wurden, die einen Beteiligungshaushalt in der Theorie erfolgreich machen. Anschließend werden die Ergebnisse der einzelnen Städte präsentiert. Abschließend werden die Erkenntnisse unter Berücksichtigung der eingangs vorgestellten Forschungsfrage diskutiert.

1. Was ist ein (erfolgreicher) Beteiligungshaushalt?

Erstmals angewendet wurde der Beteiligungshaushalt als partizipatives Element in den 1980er Jahren in Porto Alegre (Brasilien). Seitdem hat sich das Instrument global verbreitet und findet vor allem auch in Europa viele BefürworterInnen (vgl. Sintomer et al. 2010: 31ff.). Eine einheitliche Definition für einen Beteiligungshaushalt ist in der Forschung umstritten. Sintomer et

al. benennen fünf Minimalkriterien, die für diese Vergleichsstudie als Grundlage dienen (ebd. S. 42):

1. explizit finanzielle Inhalte: Wird über die Verteilung von Haushaltsgeldern diskutiert?
2. Gesamtheit: Werden alle BürgerInnen der Verwaltungseinheit befragt?
3. Kontinuität: Wird das Verfahren regelmäßig durchgeführt?
4. Öffentlichkeit: Gibt es öffentliche Diskussionen, bei denen sich jeder beteiligen kann?
5. Rechenschaft: Werden die Ergebnisse aufgearbeitet? Ist zu erkennen welche Vorschläge, wie und warum umgesetzt wurden?

Ein Beteiligungshaushalt ist immer ein kompetitives Verfahren, d.h., dass nicht alle Vorschläge umgesetzt werden. Es geht darum, dass BürgerInnen „Relevanz und Dringlichkeit ihrer Forderungen miteinander vergleichen“ (Sintomer et al. 2010:19). Des Weiteren ist ein Beteiligungshaushalt ein auf Konsultation angelegtes Verfahren. Beteiligungshaushalte beispielsweise sollten nur mit realistischen Erwartungen durchgeführt werden (ebd. 238). Dies setzt voraus, dass Verwaltungen klar den Nutzen und die Grenzen dieses Teilnahmeverfahrens kommunizieren. Die durch die Auseinandersetzung mit der Literatur herausgearbeiteten Analysemerkmale dieser Vergleichsstudie lauten: *Information* (K1), *Konsultation* (K2) und *Rechenschaft* (K3) (vgl. auch Geissel/Newton 2012, sowie Geissel et al. 2013).

2. Vergleich mit weiteren Städten

Um die gewonnenen Erkenntnisse aus der Literatur mit der Realität abzugleichen, wurden vier weitere Städte untersucht, in denen es ebenfalls Beteiligungshaushalte gibt. Die Städte Stuttgart, Frankfurt, Darmstadt und Freiburg wurden ausgewählt, da diese jeweils unterschiedlichen Herangehensweisen für den Be-

teiligungshaushalt hatten. Aus dem Vergleich mit diesen Städten hat die Arbeitsgruppe im Nachgang die Ergebnisse der Untersuchung von Trier evaluieren und daraus Handlungsempfehlungen ableiten können. Im Folgenden werden die Ergebnisse der Städte dargestellt.

2.1 Stuttgart

Seit 2011 findet der Beteiligungshaushalt in Stuttgart alle zwei Jahre statt. 2019 nahmen rund 40.620 BürgerInnen am Beteiligungshaushalt teil und reichten insgesamt 3.753 Vorschläge ein, was etwa 12 % der Wahlberechtigten in Stuttgart entspricht. Mit diesen Beteiligungszahlen gehört das Stuttgarter Modell zu den erfolgreichsten Beteiligungshaushalten überhaupt in Deutschland (vgl.: Stadt Stuttgart (2019a: o. S.). Der Erfolg des Stuttgarter Beteiligungshaushalts ist sicherlich unter anderem auf die aufwändige Öffentlichkeitsarbeit bzw. Information der BürgerInnen über den Beteiligungshaushalt zurückzuführen. Diese umfasste neben herkömmlichen Werbemitteln wie Plakaten, Flyern, Haushaltsbroschüren und Pick-Ups (Postkarten zum Verteilen in der Gastronomie) auch ein großes Banner vor dem Rathaus, sowie Werbung auf den Info-Screens in den U- und S-Bahnen und auf City-Light-Postern im gesamten Stadtgebiet (vgl.: Stadt Stuttgart (2019b): o. S.). Hinzu kamen Infoveranstaltungen in den einzelnen Stadtbezirken sowie extra geschultes, ehrenamtliches Personal (sogenannte „MultiplikatorInnen“), welches gezielt Schulen, Jugendhäuser, Altenheime etc. aufsuchte, um eine möglichst breite Beteiligung aus unterschiedlichen Stadtteilen und unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen zur Teilnahme am Beteiligungshaushalt zu erreichen (vgl.: Stadt Stuttgart 2018: S. 5). Diese sehr breit angelegte und aufwändige Öffentlichkeitsarbeit ist jedoch nur möglich, da die Stadt Stuttgart für die Umsetzung des gesamten Beteiligungshaushalts letztlich in Summe ein Budget von rund 160.000 € zur Verfügung stellte – eine Summe, die „auskömmlich“ war. (vgl.: ebd.).

Die Durchführung des Beteiligungshaushalts erfolgt in drei Schritten: Zunächst haben die BürgerInnen drei Wochen Zeit,

Vorschläge für den kommenden Haushalt einzureichen und zu kommentieren (1), anschließend werden diese von der Stadtverwaltung sortiert und zusammengefasst und jene Vorschläge aussortiert, die nicht den städtischen Haushalt betreffen (2). Die sortierten Vorschläge wiederum können anschließend in einem Zeitraum von drei Wochen von den BürgerInnen bewertet werden (3).

Bereits bei der Einreichung der Vorschläge zeigt sich eine weitere Besonderheit des Stuttgarter Beteiligungshaushaltes: Die Vielzahl an Möglichkeiten, Vorschläge einzureichen. Sowohl online auf der Plattform selbst, offline per Postkarte oder Formular, telefonisch, oder per Mail - durch diese große Bandbreite ist es theoretisch nahezu allen BürgerInnen möglich, ihre Vorschläge zu unterbreiten. Dieses sehr breite Konsultationsangebot ist neben dem großen finanziellen Budget ein weiteres Argument für den Erfolg des Stuttgarter Beteiligungshaushaltes.

Auf Basis der abgegebenen Bewertungen wird ein Ranking der beliebtesten 100 Vorschläge erstellt. Zusätzlich zu diesen 100 bestbewerteten Vorschlägen kommen die zwei beliebtesten Vorschläge aus jedem Stadtbezirk. Dieses Verfahren stellt sicher, dass es eine ausgewogene Beteiligung aller Stadtbezirke gibt und einwohnerstarke Bezirke ihre Interessen nicht stärker durchsetzen können (vgl.: Stadt Stuttgart (2019a): o. S.). Die Rechenschaft der Stadtverwaltung, was mit den Vorschlägen passiert, wie die Entscheidungen getroffen werden etc. erfolgt in erster Linie über die Webseite www.buergerhaushalt-stuttgart.de und über den Gemeinderat (vgl. Stadt Stuttgart 2018).

2.2 Darmstadt

Der Beteiligungshaushalt wurde in Darmstadt im Jahr 2012 eingeführt und seitdem bislang sechs Mal durchgeführt. Die Information über den Haushalt erfolgt durch Flyer, Online und durch Infoveranstaltungen. BürgerInnen haben die Möglichkeit, Ideen und Vorschläge für die Stadtpolitik auf einer Beteiligungsplattform einzureichen und zu kommentieren. Auch eine Offline-Beteiligung in Form einer Postkarte ist möglich. Anschließend prüfen die Fachämter der Stadt die Umsetzbarkeit der Vorschläge.

Ist diese gegeben, wird über die acht beliebtesten Vorschläge in den politischen Gremien beraten und abgestimmt. o. S.). Alle Ergebnisse werden auf der Beteiligungsplattform zusammen mit einem Rechenschaftsbericht veröffentlicht (vgl. Stadt Darmstadt 2019).

Der Punkt Konsultation wurde in Darmstadt sehr erfolgreich erfüllt: Im Jahr 2018 wurde ein Workshop im Sommer dafür genutzt, den Beteiligungshaushalt und das Angebot der Bürgerbeteiligung für und mit den BürgerInnen weiterzuentwickeln und zu erweitern. Ergebnis ist ein "Beteiligungshaushalt 2.0". Dieser soll nun zweimal jährlich durchgeführt werden: einmal im Frühjahr und einmal im Herbst. Dieses Jahr (2019) wird das neue Konzept erstmals angewendet. Es zeigt sich, dass auch dieses neue Konzept sehr gut ankommt. Die Top-8-Vorschläge wurden bereits ermittelt, insgesamt wurden 10.800 Stimmen gesammelt (Stand 19.07.19). Neben dem Beteiligungshaushalt wird künftig auch ein zweiter Strang der Bürgerbeteiligung umgesetzt: ein festes Bürgerbudget mit dem Namen "Unser Projekt für die Stadt" (vgl. Stadt Darmstadt 2019: o. S.).

2.3 Freiburg

Der Beteiligungshaushalt in Freiburg behandelt im Kern die Allokation von Haushaltsmitteln der Stadt. Seit 2009/10 können die BürgerInnen alle zwei Jahre parallel zu den Haushaltsberatungen im Gemeinderat über die Internetplattform „mitmachen.freiburg.de“ partizipieren. Sie können selbst Vorschläge einreichen sowie Ideen bewerten und kommentieren. Die Stadtverwaltung arbeitet nach Abschluss des Verfahrens die Vorschläge ab und veröffentlicht einen Rechenschaftsbericht (vgl. Stadt Freiburg o.J.).

Die Zahl der TeilnehmerInnen hat sich über die letzten zehn Jahre positiv entwickelt. Von 1.683 gemeldeten TeilnehmerInnen 2013/14 zeigen die aktuellsten Zahlen für den Doppelhaushalt 2017/18 einen Anstieg der TeilnehmerInnenzahl auf 5.021 (Stadt Freiburg o. J.: 25). Gründe für diese positive Entwicklung lassen sich primär in der offensiven Kommunikationsstrategie verorten. Die Stadt Freiburg hat in den letzten Jahren massiv in

die Informationspolitik und Mobilisierungsstrategie des Beteiligungshaushalts investiert (z. B. durch Plakatkampagnen). Sie informiert auf ihrer Internetseite über Inhalte und Grenzen bei der Erstellung eines städtischen Haushalts sowie über die Chancen und Funktionsweise eines Beteiligungshaushalts. Dadurch wird den TeilnehmerInnen ex ante ihr Handlungsspielraum und die Wahrscheinlichkeit der Umsetzung ihrer Vorschläge klar erläutert.

Allerdings stagniert im gleichen Zeitraum die Anzahl der Vorschläge. Im Vergleich zu 2017/18 (404 Vorschläge) ging die Anzahl für den Doppelhaushalt 2019/20 auf 322 zurück (Stadt Freiburg 2019a.). Des Weiteren ist anzumerken, dass die Verwaltung selbst Vorschläge in das System einspeist und diese dort zur Debatte stellt. Aus diesen Beobachtungen lässt sich schließen, dass viele BürgerInnen die Plattform primär als Bewertungsmechanismus nutzen. Die Konsultation der BürgerInnen besteht folglich maßgeblich aus der Abfrage von thematischen Präferenzen und der Priorisierung von Vorschlägen. Eine Besonderheit des Beteiligungshaushalts in Freiburg ist eine BürgerInnenbefragung, die parallel postalisch an knapp 6000 zufällig ausgewählte Haushalte verschickt wird. Diese werden gebeten, kommunale Themenschwerpunkte zu priorisieren (Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung Freiburg 2018: 4). So erreicht die Stadt auch Menschen, die aufgrund mangelnder Information, mangelnden technischen Möglichkeiten oder Desinteresse nicht freiwillig an dem Beteiligungshaushalt teilnehmen. Außerdem vereinfacht diese Methode die Beteiligung von Menschen aus allen soziodemographischen Bereichen. Die Beteiligungsrate bei dieser Umfrage lag für den Beteiligungshaushalt 2019/20 bei 40,5% - sprich ca. 2.700 Menschen (ebd.5).

Freiburg nutzt eigene Informationskanäle (online und offline), um Rechenschaft abzulegen: Nach Beendigung des Verfahrens wird ein eindeutiger Zeitplan unter der Rubrik "So geht es weiter" veröffentlicht, der die BürgerInnen informiert, wann welche Schritte im Hinblick auf die Vorschläge unternommen werden (z. B. Termine der betroffenen Ausschusssitzungen) (vgl.: Stadt Freiburg 2019b: o. S.). Auf der Webseite wird außerdem erklärt,

was mit den Vorschlägen der vorangegangenen Beteiligungshaushalte passiert ist und wie sie umgesetzt wurden bzw. werden (vgl.: Stadt Freiburg 2019c: o. S.). Somit können nicht nur die TeilnehmerInnen, sondern alle Interessierte die Bilanz der Bürgerbeteiligung einsehen. Für die BürgerInnenumfrage wird ein zusätzlicher Ergebnisbericht veröffentlicht.

2.4 Frankfurt

Der Frankfurter Beteiligungshaushalt ist ein besonderer Fall. Er gilt als gescheitert (sowohl in der öffentlichen/veröffentlichten Meinung als auch in der wissenschaftlichen Evaluation, etwa durch Geissel 2013) - und das, obwohl die Stadt ein enormes Budget von ca. 800.000 Euro zur Verfügung gestellt hatte. Er steht für ein Negativbeispiel, aus dem aber in einer wissenschaftlichen Evaluation Handlungsempfehlungen entwickelt wurden, die auch für diese Arbeit von Belang waren. Der Beteiligungshaushalt wurde zwischen Herbst 2011 und Frühjahr 2012 in zwei Phasen durchgeführt (für das Haushaltsjahr 2013). Die erste Partizipations-Phase fand im Herbst 2011 über die Internetplattform „www.ffm.de“ statt. Die zweite Phase (März 2012) fand in Gestalt eines Bürgerforums statt. Hier wurden rund 100 vorher zufällig ausgeloste BürgerInnen eingeladen, mit ExpertInnen aus der Verwaltung die am besten bewerteten Vorschläge aus der Onlinephase zu diskutieren und zu beraten. Abschließend wurden diese Ergebnisse dann dem Stadtkämmerer übergeben (Geissel et al. 2013: 9ff.).

Einen Grund für das Scheitern sehen Geissel et al. vor allem darin, dass die Beteiligungsquote enorm niedrig war: Von 700.000 Teilnahmeberechtigten nahmen nur ca. 2.800 BürgerInnen teil – dies entspricht einer Beteiligungsquote von 0,4% (vgl. ebd.). Dabei handelte es sich außerdem um BürgerInnen, die auch sonst politisch aktiv waren.

Als Konsequenz wurde aus der Website für den Beteiligungshaushalt eine dauerhafte Beteiligungsplattform, auf der inzwischen „nur“ noch projektbezogene Partizipationsmöglichkeiten angeboten werden – ähnlich wie in Trier. Im Vordergrund steht der permanente Austausch mit der Stadtverwaltung. Problem

auch hierbei: Es gibt viele Partikularinteressen, d. h., es werden Wünsche formuliert, die keinerlei Chance auf ernsthafte Umsetzung haben, aber dennoch von der Verwaltung bearbeitet werden müssen.

In der ausführlichen Evaluation des Frankfurter Beteiligungshaushaltes wird deutlich, was besser werden muss. So solle sich die Politik etwa "öffentlich für den Beteiligungshaushalt stark machen", um dadurch die (politische) Sichtbarkeit zu erhöhen. Durch "*gezielte Presseinformationen*" könne zudem klargemacht werden, "*dass die Bürgervorschläge von der Politik wahrgenommen*" werden (Geissel et al. 2013: S. 12) (Information). Auch die Konsultation ist in Frankfurt schlecht. Nicht nur, dass die Plattform benutzerunfreundlich ist; die Möglichkeit, auch via Brief oder Telefon partizipieren zu können, könne die Teilnahmequoten erhöhen. Gleichzeitig müsse die Verwaltung besser und schneller an die BürgerInnen kommunizieren, was mit ihren Vorschlägen passiert - auch und gerade im politischen Prozess. Dies geht bereits einher mit der Rechenschaft: "Versinken" die Vorschläge in den Mühlen der Verwaltung, bekommt der Absender also keinerlei Rückmeldung, ist die Teilnahme aus Sicht der BürgerInnen bedeutungslos. Zudem muss klar erkennbar sein und kommuniziert werden, warum manche Vorschläge ihren Weg bis in die politische Abstimmung finden und andere nicht.

3. Ergebnisse für Trier

Wie eingangs beschrieben, wurde für die Bearbeitung des Themas der Beauftragte der Stadt Trier für den Beteiligungshaushalt, Herr Toni Loosen-Bach, interviewt. Das Interview wurde vor allem unter den Aspekten der oben beschriebenen drei Kriterien für einen erfolgreichen Beteiligungshaushalt geführt. Aus Platzgründen sind im Folgenden die wichtigsten Erkenntnisse kurz zusammengefasst.

- *Breitere Öffentlichkeitsarbeit:* Es hat sich gezeigt, dass die Stadt Trier weder über ausreichend Personal und Mittel verfügt, um den Beteiligungshaushalt bekannt zu machen. Im Nachgang der Beteiligungsphase fehlte es an einer strukturierten, transparenten und zeitnahen Übermittlung der Ergebnisse. Auch die Politik selbst bestritt wenig öffentlichkeitswirksame Aktionen, die dem Beteiligungshaushalt (mehr) politische Relevanz zugeschrieben hätten.
- *Mehr Möglichkeiten der Beteiligung:* Mit der Online-Plattform erreicht(e) die Stadt nicht alle BürgerInnen und potentiellen Teilnehmer. Laut Loosen-Bach (2019) wäre für einen etwaigen folgenden Beteiligungshaushalt auch eine Teilnahme mit 'analogen' Mitteln anzudenken. Vor allem ältere BürgerInnen sind mit der Homepage überfordert. Die technische Infrastruktur und der Aufbau der Seite selbst bedürften außerdem einer Verbesserung.
- *Festes Bürgerbudget:* Im Interview kristallisierte sich heraus, dass oftmals zu viele Vorschläge eingereicht werden, die nicht zu realisieren sind - weil sie entweder realitätsfremd und/oder zu teuer sind. Jedoch kam es vor, dass aus Bürgervorschlägen Teilaspekte umgesetzt wurden. Abhilfe könnten hier im Vorfeld festgelegte Bürgerbudgets schaffen: Wird klar kommuniziert, über wie viel Euro die Bürger selbst entscheiden können, erhöht dies womöglich die Ernsthaftigkeit der Debatte.
- *Themenfelder clustern:* Da viele Anregungen ähnliche Themenkomplexe behandeln (etwa Verkehr, Infrastruktur, Bauwesen), jedoch alle einzeln eingereicht werden, bietet sich möglicherweise eine Clusterung der Einsendungen an, ehe die Vorschläge dann in die Abstimmung gehen. So können priorisierte Themenfelder früh erkannt und weniger beliebte schon in einer frühen Phase des Beteiligungshaushaltes aussortiert und als nicht realisierbar gekennzeichnet werden.

- *Rechenschaft und Kommunikation der Ergebnisse:* Vor allem die Umsetzung der Ergebnisse ist in Trier nicht optimal. Da der Beteiligungshaushalt generell keine Verbindlichkeit aufweist, gibt es wenig "Druck" bei den Stadtratssitzungen, die BürgerInnenvorschläge adäquat umzusetzen. Die Verwaltung ihrerseits informiert die BürgerInnen zwar, was passiert, jedoch oft deutlich zeitversetzt.

4. Fazit

Aus den Beispielen der Städte Stuttgart, Darmstadt, Freiburg und Frankfurt lassen sich folgende Ergebnisse für Trier ableiten: Das Positivbeispiel Stuttgart hat gezeigt, dass mit flächendeckender Öffentlichkeitsarbeit für ausreichende Information für die BürgerInnen gesorgt werden kann und somit auch viele TeilnehmerInnen motiviert werden können, an einem Beteiligungshaushalt teilzunehmen. Jedoch ist diese breit angelegte Kampagne auch nur möglich, da die Stadt Stuttgart für die Durchführung und alle damit anfallenden Kosten ein Budget von rund 160.000 € zur Verfügung stellt (vgl.: Beschlussvorlage Verwaltungsausschuss und Gemeinderat Stuttgart vom 26.06.2018). Das Budget in Trier betrug für den letzten Beteiligungshaushalt 12.800 €.

Besonders positiv wurde die Konsultation der Stadt Darmstadt bewertet. Die Stadt zeigt, dass es möglich ist, mehrmals im Jahr die BürgerInnen an städtischen Themen teilhaben zu lassen. Zusätzlich zu den zweimal jährlich stattfindenden Beteiligungshaushalten wird es in Darmstadt zukünftig ein festgelegtes BürgerInnenbudget geben, über das die BürgerInnen quasi frei entscheiden können. Dieses zusätzliche Element der BürgerInnenbeteiligung wurde eingeführt, da bereits der Beteiligungshaushalt in Darmstadt sehr erfolgreich war.

Die Rechenschaft der Ergebnisse wird in Freiburg besonders gut praktiziert. So wird etwa nach Beendigung der Beteiligungsphase auf der Webseite der Stadt unter der Rubrik "So geht es

weiter“ ein aktueller Zeitplan veröffentlicht, der die BürgerInnen genau darüber informiert, wann welche Schritte im Hinblick auf die Vorschläge unternommen werden (z. B. Termine der betroffenen Ausschusssitzungen). Auf der Webseite wird außerdem erklärt, was mit den Vorschlägen der vorangegangenen Beteiligungshaushalte passiert ist und wie diese umgesetzt wurden bzw. werden. Somit können nicht nur die TeilnehmerInnen, sondern alle Interessierten eine Rückmeldung bzw. eine Bilanz der BürgerInnenbeteiligung einsehen. Für die BürgerInnenumfrage wird ein zusätzlicher Ergebnisbericht veröffentlicht.

Zu guter Letzt zeigt das Beispiel Frankfurt, dass auch größere Städte mit deutlich höherem Etat (800.000 Euro!) nicht automatisch erfolgreiche Beteiligungshaushalte durchführen. Ähnlich wie in Trier scheiterte der Beteiligungshaushalt in der hessischen Metropole vor allem an der Akzeptanz, der Langwierigkeit des Prozesses und mangelnder Öffentlichkeitsarbeit.

Generell zeigt(e) sich: Fehlt der politische Wille, derlei Partizipationselemente zu forcieren, zu fördern und vor allem weiterzuentwickeln, sind Beteiligungshaushalte zum Scheitern verurteilt.

5. Literatur- und Quellenverzeichnis

Alenitskaya, Svetlana; Vorwerk, Volker; Gonçalves, Maria (2018): 9. Statusbericht. Beteiligungshaushalt in Deutschland (2014 - 2017). Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.). Berlin. Online verfügbar unter: http://www.buergerhaushalt.de/sites/default/files/downloads/9._Statusbericht_Buergerhaushalt.pdf (zuletzt geprüft am 25.07.2019).

Geissel, Brigitte; Kollack, Alma; Neunecker, Martina (2013): Projektbericht „Wissenschaftliche Begleitung und Evaluation des Frankfurter Beteiligungshaushaltes 2013“. Goethe-Universität Frankfurt am Main. Frankfurt am Main. Online verfügbar

unter: [http://www.fb03.uni-frankfurt.de/46461594/Buergerhaushalt-Frankfurt---Evaluations bericht_Final.pdf](http://www.fb03.uni-frankfurt.de/46461594/Buergerhaushalt-Frankfurt---Evaluations%20bericht_Final.pdf) (zuletzt geprüft am 25.07.2019).

Geissel, Brigitte; Newton, Kenneth (2012): Evaluating democratic innovations. Curing the democratic malaise? New York: Routledge.

Kolleck, Alma (2014): Kommunale Online-Beteiligung: Stand und Herausforderungen kommunaler Bürgerbeteiligung, In: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hg.): Der Bürger im Staat Nr. 4, S. 238-245.

Sintomer, Yves; Herzberg, Carsten; Röcke, Anja (Hg.) (2010): Der Beteiligungshaushalt in Europa - eine realistische Utopie? Zwischen partizipativer Demokratie, Verwaltungsmodernisierung und sozialer Gerechtigkeit. 1. Aufl. Wiesbaden: VS (Bürgergesellschaft und Demokratie, 33).

Stadt Darmstadt (2018): Beteiligungshaushalt 2.0 | Unser Vorschlag für die Politik: Spielregeln. Darmstadt. Online verfügbar unter https://da-bei.darmstadt.de/page/vorschlag2019_spielregeln (zuletzt geprüft am 25.07.2019).

Stadt Darmstadt (2019): Wissenschaftsstadt Darmstadt erweitert Beteiligungshaushalt 2019 um ein ‚Bürgerbudget‘ von 32.000 Euro. Darmstadt. Online verfügbar unter: https://www.darmstadt.de/nachrichten/darmstadt-aktuell/news/wissenschaftsstadt-darmstadt-erweitert-buergerhaushalt-2019-um-ein-buergerbudget-von-32000euro/?tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pi1%5Baction%5D=detail&cHash=da7f94901ad536873652cac4d80ce9b5 (zuletzt geprüft am 25.07.2019).

Stadt Freiburg (o.J.): Beteiligungshaushalt 2017/18 Abschlussbericht. Online verfügbar unter: https://www.freiburg.de/pb/site/Freiburg/get/params_E-

1238118885/1276844/Bericht%20BHH%201718.pdf (zuletzt geprüft am 25.07.2019).

Stadt Freiburg (2019): Online-Beteiligung Stadt Freiburg. Online verfügbar unter: <https://mitmachen.freiburg.de/stadt-freiburg/de/home/beteiligen> (zuletzt geprüft am 25.07.2019).

Stadt Freiburg (2019b): Beteiligungshaushalt: So geht's weiter. Online verfügbar unter: <https://www.freiburg.de/pb/,Lde/1336082.html> (zuletzt geprüft am 25.07.2019).

Stadt Freiburg (2019c): Erfolgreiche Vorschläge: Rückblick Beteiligungshaushalt 2017/18. Online verfügbar unter: <https://www.freiburg.de/pb/site/Freiburg/node/1303362/1303362.html?zm.sid=zm3i45jampz1> (zuletzt geprüft am: 25.07.2019).

Stadt Stuttgart (2019a): Beteiligungsphase abgeschlossen. Erneut hohe Beteiligung. Online verfügbar unter: <https://www.buergerhaushalt-stuttgart.de/seite/53820> (zuletzt geprüft am: 25.07.2019).

Stadt Stuttgart (2019b): Mitteilungsvorlage. Beteiligungshaushalt Stuttgart. Verfahren zur Beteiligung der Bürger an der Aufstellung des Doppelhaushaltes 2019/20. Online verfügbar unter: https://www.buergerhaushalt-stuttgart.de/d/grdrs_591_2019_ergebnis_bhh_2019_0.pdf (zuletzt geprüft am: 30.07.2019).

Stadt Stuttgart (2018): Beschlussvorlage Verwaltungsausschuss und Gemeinderat Stuttgart. Online verfügbar unter: https://www.buergerhaushalt-stuttgart.de/d/grdrs_574_2018_verfahren_zur_beteiligung_der_buerger_an_der_aufstellung_des_dhh_2020_2021_2.pdf (zuletzt geprüft am 25.07.2019).

Stadt Stuttgart (2019b): Beteiligungshaushalt Stuttgart. Online verfügbar unter: <https://www.buergerhaushalt-stuttgart.de/seite/53820> (zuletzt geprüft am 18.07.2019).

Inklusion durch Online-Partizipation?

Eine Analyse des „Aktionsplans Inklusion“ mit Hilfe der Plattform „trier-mitgestalten.de“

*Frederik Jacques Illy, Melanie Neckerauer,
Cécile Schöneberger*

Im Rahmen des Seminars „Krise oder Wandel? Partizipation in Trier“ beschäftigten wir uns in diesem Semester mit diversen politischen Partizipationsmöglichkeiten rund um die Universitätsstadt. Unsere Arbeitsgruppe untersuchte hierfür die Homepage „www.trier-mitgestalten.de“, die den Trierer Bürgern eine Online Plattform zur politischen Teilhabe an lokalen Entscheidungen und Umgestaltungsmaßnahmen bietet. Dieses Portal wurde in den Entstehungsprozess des „Aktionsplans Inklusion“ mit einbezogen. Es bestand auch die Möglichkeit, eigene Vorschläge über die Plattform einzubringen. Von Arbeitsgruppen erarbeitete Vorschläge konnten so direkt diskutiert und nach Wichtigkeit gerankt werden. Dieser besondere Arbeitsprozess und das Resultat sollen die Grundlage unseres Forschungsprojekts darstellen. Insgesamt bezieht sich die Untersuchung somit auf folgende Fragestellung: *Hat sich die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention unter Zuhilfenahme von Online-Bürgerbeteiligung und Arbeitsgruppen bewährt?*

Hierzu werden im Folgenden die Fragestellung zunächst theoretisch eingebettet und zentrale Begriffe wie „Teilhabe“ definiert. Außerdem wird die konkrete Vorgehensweise des Beteiligungsprozesses ausgeführt, um diesen letztlich auch beurteilen zu können. Um hier einen Einblick zu erhalten, haben wir uns als Methode für ein Experteninterview mit dem Assistenten des Vorstandes der Lebenshilfe entschieden. Dieser konnte nicht nur seine eigene Sichtweise auf das Projekt mit uns teilen, sondern durch die tägliche Zusammenarbeit mit Betroffenen auch

aus deren Perspektive sprechen. Er hat einen Einblick in konkrete Maßnahmen und den aktuellen Stand der Umsetzung. Im empirischen Teil der Arbeit werden die Ergebnisse dieser Befragung zusammengefasst und auf die theoretischen Kategorien von Iris Young für deliberative Kommunikation in demokratischen Prozessen bezogen.

1. Teilhabe

Als Basis unseres Forschungsprojekts wählten wir eine Definition von Frank Nullmeier, der Inklusion wie folgt beschreibt: „Inklusion kann verstanden werden als ein alle Menschen betreffendes Konzept, das generell dazu verpflichtet, für jede Art von 'Besonderung' von Personen und Personengruppen, die im Zusammenspiel mit gesellschaftlichen Strukturen dazu führt, dass die volle und wirksame Teilhabe an und in allen gesellschaftlichen Teilsystemen verhindert wird, Ausgleich zu schaffen“ (Nullmeier 2015: 93). Eine Teilhabe sei also ihm zufolge genau dann gegeben, wenn bei dem Aufeinandertreffen von gesellschaftlichen Feldern und sogenannten 'Besonderungen' keine Nachteile entstünden (vgl. ebd.). Leider zeigt sich der Fortschritt der Inklusion noch immer eher rückständig, beziehungsweise als nicht ausreichend umgesetzt: Betrachtet man die Lebenssituation von Menschen mit Beeinträchtigungen, so fällt es schnell auf, dass sie in den Kategorien soziale Kontakte, Bildung und Ausbildung, persönliches Einkommen, alltägliche Lebensführung, Gesundheit, Freizeit und Kultur sowie letztlich auch bei der politischen und allgemein bei der gesellschaftlichen Partizipation benachteiligt werden. Auf dieser Grundlage lässt sich verallgemeinern, dass Menschen mit Beeinträchtigungen häufiger alleine leben, in der Regel einen geringeren Bildungsabschluss erlangen und häufiger von Armut und Arbeitslosigkeit bedroht sind, sich aufgrund ihrer Einschränkungen nur unbefriedigend einer Freizeitgestaltung widmen können und ihnen der Zugang zu (politischen) Entscheidungsmöglichkeiten oftmals

erschwert wird (Barrierefreiheit in den Wahllokalen) (BMAS: 2016: 54-55).

Zur Beantwortung der Forschungsfrage soll die Demokratietheorie von Iris Marion Young zu Grunde gelegt werden. Auf Grundlage der Deliberation von Habermas entwickelt sie ein Modell, das den Fokus auf demokratische Entscheidungsprozesse legt. Es zeigt wie inklusive demokratische Kommunikation aussehen kann. Dabei definiert sie die normative Legitimität einer demokratischen Entscheidung dadurch, dass alle Betroffenen einer Entscheidung in dem Prozess und der Diskussion über das Thema beteiligt sein sollen (Young 2000: 23). Young spricht hier von Inklusion. Um den Aktionsplan zu untersuchen, muss man zum einen den Prozess um die Online-Plattform „Trier-mitgestalten.de“ betrachten, beziehungsweise ob tatsächlich alle Beteiligten des Inklusionsplans die Möglichkeit hatten zu partizipieren. Zum anderen soll die Zusammensetzung der Arbeitsgruppen in den Blick genommen werden.

Weiterhin heißt es bei Young, dass politische Gleichheit gegeben sein soll. Gleichheit bedeute, dass jeder die gleichen Möglichkeiten hat, während des Prozesses seine Bedenken und Interessen zu äußern (Young 2000: 24). Auch hier ist die Zusammensetzung der Gremien zu betrachten. Da keine Protokolle o.ä. der Sitzungen vorhanden sind, wird betrachtet, wie einige Akteure in den Gremien organisiert sind und ob es aufgrund der Zusammensetzung zu einer Dominanz von Akteuren kommen kann.

Ein weiteres Kriterium, die Vernünftigkeit der Debatte, soll beleuchten, inwiefern die einzelnen Mitglieder eines Entscheidungsprozesses gewillt sind, auf die Ideen anderer einzugehen (Young 2000: 24). „Verantwortungsvolle“ Teilnehmer eines Prozesses seien häufig gewillt, eine Diskussion mit dem Ziel einer Vereinbarung zu führen (Young 2000: 24).

Als letztes Kriterium gibt Young die Öffentlichkeit an. Darunter ist zu verstehen, dass eine Öffentlichkeit gebildet wird, in der die Menschen füreinander rechenschaftspflichtig sind (Young 2000:

25). Zu dieser sollen im besten Fall Menschen mit verschiedenen Erfahrungen, verschiedenen Geschichten und verschiedenen Idealen gehören (Young 2000: 24).

2. Aktionsplan Inklusion

Um die Fragestellung zu beantworten, soll zunächst das „Outcome“ betrachtet werden, also festgestellt werden, wer von dem Aktionsplan profitiert. Auch soll in diesem Kapitel mit Hilfe des Experteninterviews versucht werden, die Kriterien von Young zu beantworten.

Der Aktionsplan Inklusion wurde im September 2014, auf den Beschluss des Stadtrats Trier hin, mit dem Auftrag ins Leben gerufen, ein Handlungskonzept zu entwickeln, das sich an den Zielen und Grundsätzen der UN Behindertenrechtskonvention orientiert. In Artikel 1 dieser Übereinkunft heißt es: *„Zweck dieses Übereinkommens ist es, den vollen und gleichberechtigten Genuss aller Menschenrechte und Grundfreiheiten durch alle Menschen mit Behinderungen zu fördern, zu schützen und zu gewährleisten und die Achtung der ihnen innewohnenden Würde zu fördern“* (Artikel 1). Weiter: *„Zu den Menschen mit Behinderungen zählen Menschen, die langfristige körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, welche sie in Wechselwirkung mit verschiedenen Barrieren an der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft hindern können“* (ebd.). Die Leitlinien des Aktionsplans Inklusion der Stadt Trier stützen sich auf eben diesen Artikel 1 und 3 der UN Behindertenrechtskonvention. Exemplarisch sind hier die volle Teilhabe und Einbeziehung in die Gesellschaft, Achtung der Unterschiedlichkeit und Akzeptanz der Vielfalt, Chancengleichheit sowie Barrierefreiheit zu nennen. Der Aktionsplan verfolgt somit als oberste Ziele die Beseitigung von Barrieren, die bessere Gestaltung des Zusammenlebens in der Stadt Trier sowie die Anerkennung der Vielfalt als Bereicherung

statt als Hindernis. Als Projektkoordinatoren werden unter anderem Uta Hemmerich- Bujowski, Gerd Dahm, Heike Unterrainer und Daniel Palussek genannt.

Für einen effektiven Arbeitsprozess wurden sieben Arbeitsgruppen ins Leben gerufen, die sich mit 12 Handlungsfeldern aus unterschiedlichen Lebensbereichen beschäftigten. Die mitwirkenden Arbeitsgruppen teilen sich in folgende Bereiche auf: Erziehung und außerschulische Bildung, schulische Bildung, barrierefreie Kommunikation Information und Öffentlichkeitsarbeit, Gesundheit und Pflege, Bauen, Wohnen, Barrierefreiheit, Mobilität und Verkehr, Kultur, Tourismus, Freizeit und Sport, Arbeit, Personalentwicklung sowie Interessenvertretung. An den Arbeitsgruppen beteiligten sich 300 Personen mit und ohne Behinderung. Sie formulierten Maßnahmen zum Erreichen der angestrebten Ziele. Es handelt sich somit u.a. auch um Menschen, die Interessen von Schwächeren advokatorisch vertreten (Willem 2000: 61). Advokatorische Vertretungen im Bereich der Wohlfahrtsverbände, die in den Arbeitsgruppen vertreten sind, zeichnen sich vor allem dadurch aus, dass sie Interessen von Gruppen vertreten, die nicht Mitglied ihrer Organisation sind (Pabst 1996: 20). Strünck (2000: 191) weist darüber hinaus noch auf die Dienstleistungstätigkeit von Wohlfahrtsverbänden hin, wodurch ein Konflikt zwischen Ökonomie und ihrem politischen Anspruch deutlich wird. Die Lebenshilfe in Trier ist in den Arbeitsgruppen advokatorisch vertreten. Herr Palussek gab im Interview an, dass die Arbeitsgruppen intern gespiegelt wurden. Diese waren auch mit Betroffenen besetzt, die gemeinsam mit Mitarbeitern Überlegungen angestellt haben, wie man selbst am Projekt Aktionsplan mitwirken kann. Somit lässt sich für Youngs Inklusionsbegriff sagen: Zwar waren Betroffene am Prozess beteiligt, jedoch nicht alle im gleichen Maße. Geistig behinderte Menschen in der Lebenshilfe, erhielten laut Daniel Palussek zwar Coachings, trotzdem waren sie in den Arbeitsgruppen nicht direkt beteiligt. Allerdings wird der Ausschließungseffekt durch die Spiegelgruppen in der Lebenshilfe relativiert, da dort Betroffene beteiligt waren. Die Interessen der Lebenshilfe kann man somit als politisch bezeichnen.

Politische Gleichheit, wie sie Young versteht, kann im Prozess nur schwerlich bewertet werden. Es kann hier nur darauf hingewiesen werden, dass einige Beteiligten in den Arbeitsgruppen ehrenamtlich tätig sind, andere dies als Aufgabenfeld ihres Berufes betreiben. Somit kann es, je nach Engagement der Beteiligten, zu einer Schieflage der Gleichheit kommen, die an dieser Stelle jedoch nicht abschließend bewertet werden kann, wodurch die Vernünftigkeit der Debatte leidet.

Im Bereich der Angemessenheit der Debatte, kritisiert Palussek das vielfach angemerkte Argument, dass Politik häufig zu kompliziert für viele Bevölkerungsgruppen sei, was dazu führe, dass fast nur noch Experten sich auf einem Gebiet unterhielten und Menschen mit niedrigem Intelligenzquotienten ausgeschlossen würden. Solche Argumente sind es, die Young als wenig angemessen und problematisch für inklusive Kommunikation bezeichnen würde.

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen wurden anschließend für einen offenen Beteiligungsprozess über die Plattform „www.trier-mitgestalten.de“ veröffentlicht. In einem dreiwöchigen Zeitraum konnten alle Trierer Bürgerinnen und Bürger in Form eines Ranking-Systems darüber abstimmen, welche Maßnahmen sie als besonders oder aber als weniger wichtig erachten. Hieran beteiligten sich rund 500 Personen, wobei die einzelnen Maßnahmen auch kommentiert oder auch Verbesserungsvorschläge eingereicht werden konnten. Insgesamt wurden 13.964 Bewertungen abgegeben. Die Ergebnisse wurden anschließend von den Arbeitsgruppen nach Themen und Wichtigkeit sortiert und erneut veröffentlicht, was de facto einen Aktionsplan mit 119 Maßnahmen hervorbrachte. Die Plattform kann unter dem Gesichtspunkt der Inklusion sehr kritisch betrachtet werden. Palussek gab an, dass die Plattform für seine Klienten schwierig zu bedienen sei, da sie nicht in „leichter Sprache“ verfasst sei. Außerdem sind bei digitalen Vorhaben häufig sozial schwache Menschen exkludiert (Rudolph 2019:151).

Hinsichtlich der Themenfelder zeigten die Ergebnisse des Online Dialogs aus Sicht der Bürger großen Handlungsbedarf vor

allem in den Bereichen Mobilität (Barrierefreiheit, ÖPNV), Tourismus (behindertengerechte Toiletten), Kultur- Freizeit- Sportangebote, Bildung (Erziehung, Fortbildung von Pflegekräften, inklusiver Stellenmarkt) und Gesundheit (Infomaterial, Ausbau von Arztpraxen). Die meisten und am höchsten bewerteten Kategorien beinhalten die Beseitigung von Barrieren für körperlich behinderte Menschen.

Der Aktionsplan Inklusion wurde letztlich im Juli 2016 abgeschlossen und in schriftlicher Form auf der Homepage veröffentlicht. Als Folge des Plans, wurde der Behindertenbeirat ins Leben gerufen, der nun auch Politiker beinhaltet und viele Mitglieder, die mitarbeiten, ohne ein Stimmrecht zu besitzen. Somit wäre die Öffentlichkeit nach Young, die eine große Diversität und andere kollektive Erfahrungen voraussetzt, gegeben.

3. Fazit

Bevor die Frage, inwiefern sich der besondere Weg der Stadt Trier bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention gelohnt hat, beantwortet werden soll, werden zunächst die Ergebnisse rekapituliert. Der Inklusionsplan bezieht betroffene Menschen in den Prozess ein. Dies kommt dem Inklusionsbegriff von Young sehr nahe. Das „Outcome“ des Prozesses beschränkt sich – bis auf wenige Ausnahmen – auf die Beseitigung von Barrieren für körperlich eingeschränkte Menschen. Geistig behinderte Menschen werden im Prozess lediglich advokatorisch vertreten. Damit diese auch direkt teilnehmen könnten, müssten alle Dokumente in „leichter Sprache“ verfasst werden. Wahrscheinlich könnte so in den Arbeitsgruppen ein größerer Fokus auf die Barrieren für geistig Behinderte gelegt werden. Auf der Online-Plattform gab es nur eine geringe Beteiligung hinsichtlich der Einsendung von Vorschlägen. Auch auf dieser Plattform sind geistig Behinderte benachteiligt, da auch hier die „leichte Sprache“ nicht vorhanden ist. Sozial schwächere Menschen mit einer Behinderung sind hier auch im Nachteil, weil sie

für eine Online-Partizipation generell wenig Engagement zeigen. Zur politischen Gleichheit kann keine konkrete Aussage getroffen werden, da an dieser Stelle die Materialien für eine Analyse fehlen.

Die Angemessenheit der Debatte ist aufgrund des „Outcomes“ mit vielen Punkten gegeben. Das Ziel, einen Aktionsplan zu erstellen, ist erreicht worden. Das liegt auch daran, dass das Ziel von Anfang an formuliert war und es nur um die Umsetzung ging. Lediglich das „Komplexitätsargument“, das angeführt wurde, lässt Kritik übrig. Die Öffentlichkeit kann wie folgt bewertet werden: Im Behindertenbeirat, der aus den Arbeitsgruppen folgte, sind viele verschiedene Menschen vertreten, die alle unterschiedliche Lebenswege und Funktionen innehaben.

Somit kann festgehalten werden, dass sich der Weg, den Trier eingeschlagen hat, teilweise gelohnt hat, da beim Thema Inklusion Betroffene beteiligt waren, jedoch andere Betroffene exkludiert wurden. Die Online-Plattform hat sich weniger gelohnt, da dort nur wenige Vorschläge zustande kamen und die Plattform unter starken Ausschließungseffekten leidet.

4. Literatur- und Quellenverzeichnis

Aktionsplan Inklusion. Trier wird inklusiv. Online verfügbar unter: <https://www.trier.de/File/aktionsplan-inklusion.pdf> (zuletzt geprüft am 21.07.2019).

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2016): Zweiter Teilhabebericht der Bundesregierung über die Lebenslagen von Menschen mit Beeinträchtigungen.

Nullmeier, Frank (2015): Inklusive Sozialpolitik und die Entwicklung des Teilhabegedankens. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Inklusion: Wege in die Teilhabegesellschaft. Frankfurt u.a.: Campus-Verlag, S. 92-106.

Pabst, Stefan (1996): Sozialanwälte: Wohlfahrtsverbände zwischen Interessen und Ideen. Augsburg: Maro-Verlag.

Rudolph, Steffen (2019): Digitale Medien, Partizipation und Ungleichheit. Eine Studie zum sozialen Gebrauch des Internets. Wiesbaden: Springer-VS.

Strünck, Christoph (2000): Das Honorar der Advokaten. Der Wandel der Wohlfahrtsverbände zwischen Interessenvertretung und Dienstleistungsproduktion. In: Willems, Ulrich; von Winter, Thomas (Hg.): Politische Repräsentation schwacher Interessen. Opladen: Leske und Budrich, S. 185-206.

Willems, Ulrich (2000): Probleme, Bedingungen und Strategien der Organisation moralischer Forderungen. Elemente einer Theorie der Repräsentation allgemeiner sowie advokatorisch verfochtener Interessen. In: Willems, Ulrich; von Winter, Thomas (Hg.): Politische Repräsentation schwacher Interessen. Opladen: Leske und Budrich, S. 61- 92.

Young, Iris Marion (2000): Inclusion and Democracy. Oxford University Press: Oxford.

1. Mai-Demonstrationen in Trier: Von 1989 bis heute

Lukas Helf, Anna Lehmkühler, Malte Möhlig

In der jüngsten Vergangenheit wird in Deutschland wieder vermehrt unkonventionell partizipiert. Durch Demonstrationsveranstaltungen, wie Fridays for Future zeigt sich, dass diese Form der Partizipation immer noch genutzt wird. Unser Projekt befasst sich mit Partizipationsformen in Trier und aufgrund des vermehrten Aufkommens von Demonstrationen entschieden wir uns, die Demonstrationskultur in Trier zu untersuchen. Um diese exemplarisch zu erfassen, wurden die 1. Mai-Protteste des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) ausgewählt, da diese jährlich stattfinden und daher besser ermöglichen, Entwicklungstendenzen festzustellen.

Angefangen hatte die Tradition des 1. Mai in den Vereinigten Staaten von Amerika im Jahr 1886 (vgl. Boll 1992: 429). In Gedenken an die Haymarket-Demonstrationen, die als Symbol des Arbeiterkampfes für den 8-Stunden-Tag und internationale Arbeitersolidarität in die Geschichte einging, gehen die Arbeiter traditionell an diesem Tag auf die Straße (vgl. ebd.). Im Jahr 1919 wird der 1. Mai einmalig zum Feiertag der Weimarer Republik, was als ein Zeichen der mangelnden Schlagkraft der Arbeiterbewegung und Inkorporierung gesehen werden kann (vgl. hierzu und im Folgenden Rucht 2001: 151ff.). Im Zuge dessen verändert sich auch der Charakter der Veranstaltung eher hin zu einem Volksfest, wodurch sich konkurrierende Veranstaltungen entwickeln. In der Zeit des Nationalsozialismus wird der Arbeiterkampftag zum klassenkampflosen „Festtag der nationalen Arbeit“ und damit seiner ursprünglichen Idee beraubt. In der Nachkriegszeit bleibt der Feiertag als „Tag der Arbeit“ ein Feiertag. Die Hochphase der DGB-1.Mai-Protteste am Beispiel von

Westberlin, lässt sich Anfang bis Mitte der 1960er Jahre verorten, wohingegen ab da die Teilnehmerzahlen nicht mehr annähernd dieses Niveau erreichen (vgl. ebd.:156).

In Westdeutschland werden auf den Mai-Demonstrationen vor allem gewerkschaftliche Themen angesprochen (vgl. hierzu und im Folgenden ebd.:162). Während in den 1950er die Friedens-thematik miteinflusst, wurden in den 1960er Jahren die Themen außerparlamentarische Opposition, Studentenbewegung und neue soziale Bewegungen miteingebracht. Anfang der 1970er werden Umweltaspekte mitbehandelt und in den 1980ern erneut das Thema Frieden. In den 1990ern werden vermehrt auch Rassismus und Rechtsextremismus in den Blick genommen.

Dieter Rucht fasst die wechselvolle Geschichte des 1. Mai wie folgt zusammen: „Versucht man über alle Einzelheiten hinweg die große Linie im Auge zu behalten, so zeigt sich am Ende doch ein Trend zur Trivialisierung des Geschehens, das zunehmend sinnentleert erscheint“ (Rucht 2001: 170).

Anschließend an die Geschichte des 1. Mails und den von Rucht bescheinigten „Trend zur Trivialisierung“ lautet die hier zu behandelnde Frage: „Wie entwickelten sich die 1.Mai-Demonstrationen in Trier von 1989 bis heute?“

Zur Beantwortung selbiger wird im Folgenden die Forschungsmethode vorgestellt und die Ergebnisse der Forschung präsentiert. Im Anschluss daran erfolgt ein kurzes Fazit.

1. Methode

Zur Untersuchung der Forschungsfrage werden die Demonstrationen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) ausgewählt, da dieser die größte und regelmäßigste Organisationsgruppe ist. Der Zeitraum von 1989-2019 erscheint interessant, da die jüngsten Entwicklungen berücksichtigt werden, die 30 Jahre aber auch eine Entwicklung zeigen können.

Die Datenlage zur Beantwortung der Forschungsfrage ist schlechter als zunächst angenommen. Da Demonstrationen bei

der jeweiligen Stadtverwaltung bzw. beim Ordnungsamt angemeldet werden müssen, liegt die Vermutung nahe, dass diese die Daten erhebt. Auf Rückfrage wurde uns mitgeteilt, dass die Daten zwar vorhanden seien, dass die Zusammentragung jedoch eine höhere Aufwandsentschädigung erfordert. Daher entschied sich das Forschungsteam auf die Tageszeitung „Trierischer Volksfreund“ zurückzugreifen, da diese über den gesamten Forschungszeitraum und darüber hinaus erschienen ist.

Zur Sichtung der Berichterstattung werden alle Ausgaben von Anfang Mai des jeweiligen Jahres als Mikrofilmaufnahme gesichtet. Um die Ergebnisse der quantitativen Inhaltsanalyse zu schematisieren, werden induktive Kategorien gebildet und erfasst:

Neben den bibliografischen Informationen, wie Autor*In, Erscheinungsdatum, Seitenzahl und Titel des Artikels, werden die jeweiligen thematischen Schwerpunkte, die Teilnehmer*innenanzahl und etwaige erwähnte Besonderheiten wie prominente Redner*innen aufgenommen. Die thematischen Schwerpunkte sollen zeigen, ob die Themen der Gewerkschaften sich in den letzten Jahrzehnten veränderten und welche Akzente sie im Konfliktfeld Arbeit und Kapital setzten. Um die Intensität der Demonstrationen und ihre Unterstützung in der trierischen Bevölkerung zu messen, werden die Teilnehmer*innenanzahl erhoben. Zur Klärung von Ausreißern nach oben und unten werden die Besonderheiten erfasst, da diese möglichen Erklärungsansätze für sie bereitstellen könnten.

Diese Vorgehensweise hat den Vorteil, nur die Demonstrationen zu untersuchen, die eine gewisse Relevanz für die Öffentlichkeit hatten, sodass über sie medial berichtet wurde. Jedoch ist dies auch die Schwäche der Methode, da für einige Jahre keine Artikel über die Demonstrationen in Trier erschienen sind, wodurch nicht für den gesamten Forschungszeitraum alle Daten vorliegen. Dadurch, dass die Informationen bereits durch den/die Autor*in bearbeitet sind und keine wissenschaftlichen erhobenen Daten sind, werden sie teilweise ungenau wiedergegeben. Vor allem bei der Teilnehmer*innenanzahl erfolgt entwe-

der keine Nennung oder nur eine ungefähre Angabe („hundert“). Hier wäre ein Abgleich mit den Anmeldungen bei der städtischen Behörde und dem späteren Polizeibericht von Interesse gewesen, konnte aber aufgrund der zeitlichen und finanziellen Beschränkungen nicht erfolgen.

2. Vorstellung der Ergebnisse

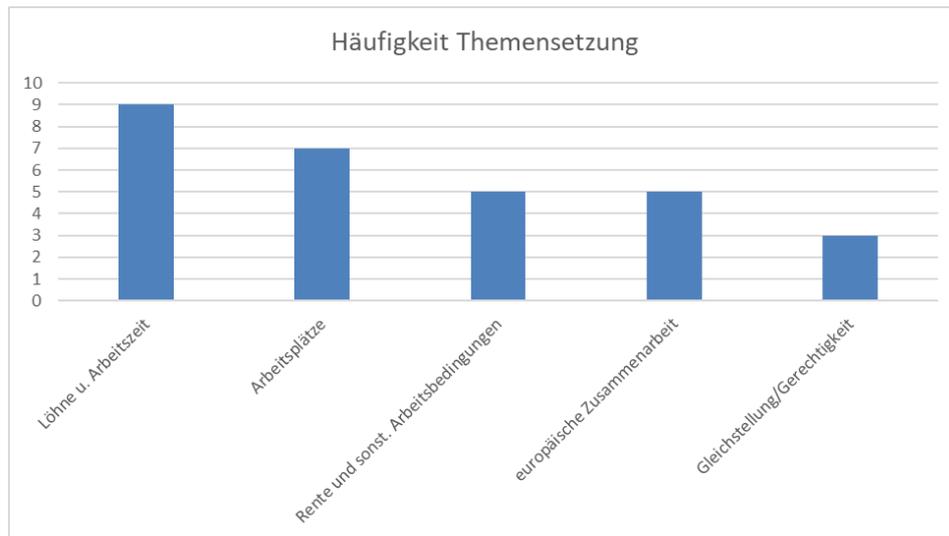
Die im Folgenden vorgestellten Ergebnisse lassen trotz der erwähnten methodischen Schwäche einige Interpretationen zu. Zunächst sei aber erwähnt, dass nur in der Hälfte der untersuchten Zeitungen eine konkrete Teilnehmerzahl zur jeweiligen Maidemonstration zu finden ist. Dabei fällt auf, dass nur dreimal (20%) keine präzise Nennung der Teilnehmerzahl in der jüngeren zeitlichen Hälfte des Untersuchungszeitraums liegt, also bis 2003. In dem weiter zurückliegenden Zeitabschnitt von 2002-1989 ist hingegen in 79% der Fälle keine exakte Teilnehmerzahl im Trierischen Volksfreund angegeben. In beiden Hälften trat zweimal der Fall ein, dass überhaupt keine Berichterstattung hinsichtlich der Maidemonstrationen stattfand. Offenbar hat sich also die Motivation der Zeitung über diese prinzipiell zu berichten im Zeitverlauf nicht verändert. Der deutliche Anstieg präziserer Berichterstattung hinsichtlich der Teilnehmerzahl kann aufgrund fehlender anderweitiger Quellenlage nicht abschließend beantwortet werden. Als Ursache liegt aber nahe, dass die Teilnehmerzahl aufgrund ihrer Größe nicht von den Behörden oder dem Veranstalter erfasst wurde und somit den lokalen Medien nicht zugänglich war. Dass dies von einer außerordentlich hohen Teilnehmerzahl herrührt kann durch das daraus resultierende öffentliche und mediale Interesse, das eine ausbleibende Berichterstattung über die ungewöhnliche Beteiligung kaum zulässt, ausgeschlossen werden. Es wird daher von einer so geringen Teilnehmerzahl ausgegangen, dass die Demonstration in der öffentlichen Präsenz der lokalen (Polizei-)behörden nicht aufzufinden ist. Ein derartiges Verhalten bei Kleinveranstaltungen ist bei Sichtung der polizeilichen Pressemitteilungen

Triers auch heute noch festzustellen. Auch seitens des Veranstalters ergibt die unterlassene Veröffentlichung geringer Teilnehmerzahlen durchaus Sinn. Diese gelten als Gradmesser des Erfolgs von Demonstrationen und sind auch der stärkste Faktor beim Generieren von Druck, über den die politische Entscheidungsfindung beeinflusst werden soll (vgl. Landkammer 2012: S. 156). Berichte über die Demonstration bei Nichtnennung der Teilnehmerzahl sind somit für den Veranstalter zweckdienlicher, als würde diese in Artikeln oder ähnlichem auftauchen.

Die Aussagekraft der konkret erhobenen Zahlen ist bei nur 50%iger Erhebungsquote sehr gering. Die Teilnehmerzahlen bewegen sich pro Jahr durchschnittlich im niedrigen dreistelligen Bereich, wenn man die Ausreißerjahre 2001 und 2004 herausrechnet. In diesen sind aufgrund überregionaler Mobilisierung mehrere Tausend Menschen erschienen. Wie diese Zahlen einzuordnen sind, müsste über einen Vergleich mit anderen Städten ähnlicher Größe erfolgen, der an dieser Stelle nicht vorgenommen wurde. Des Weiteren lässt sich eine Korrelation zwischen der Anwesenheit von Persönlichkeiten mit gewisser (lokaler) Prominenz und erhöhter Teilnehmerzahlen feststellen. Deren potenzielle Kausalität müsste über eine Teilnehmerbefragung zu den Beweggründen ihrer Partizipation nachgewiesen werden, dieses Unterfangen ist für vergangene Veranstaltungen jedoch kaum mehr umzusetzen.

Thematisch wurden die Demonstrationen mehrheitlich mit klassischem arbeits- und sozialpolitischem Hintergrund abgehalten, wie für Maidemonstrationen typisch. Für die Einschätzung wurden aus dem jeweils gewählten Motto der Kundgebung Themenblöcke gebildet, um die häufigsten Anliegen inhaltlich zusammenzufassen. Die untenstehende Tabelle zeigt, welche Themen wie häufig durch Demonstrationen besetzt wurden. Mottos, die mehreren Kategorien zugeordnet werden können, sind auf mehrfach gelistet, was dazu führt, dass die Summe der Themensetzungen in der Tabelle nicht mit der Gesamtzahl der insgesamt erfassten Demonstrationen übereinstimmt.

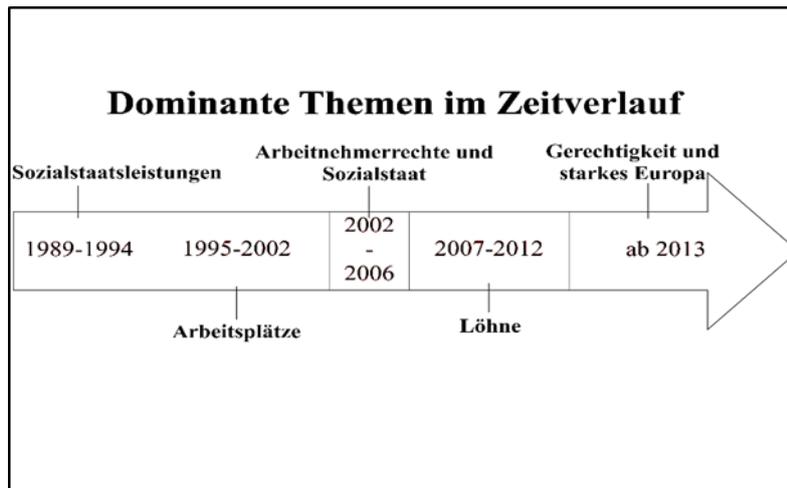
Abbildung 1: Themenschwerpunkte der Demonstrationen am 1. Mai



Quelle: eigene Darstellung

Beachtenswert ist hier die relativ große Bedeutung der europäischen Zusammenarbeit und Solidarität, die auf sachpolitischer Ebene wiederum von den anderen, deutlich homogeneren, Forderungen abgegrenzt werden kann. Abbildung 2 verdeutlicht, dass eine Europäisierung der Themensetzung bei Maidemonstrationen die jüngste Vergangenheit betrifft und bis heute andauert. Auch bezüglich dieses Sachverhalts gilt, dass weiterer Erkenntnisgewinn über den Vergleich mit der thematischen Schwerpunktsetzung von Maikundgebungen in anderen Städten möglich ist. Eventuell ließe sich bei intensiver Betrachtung auch größerer Städte gar ein bundesweiter Trend der Arbeiterbewegung feststellen.

Abbildung 2: Wandel der Themen im Zeitverlauf



Quelle: eigene Darstellung

3. Fazit

Im Rückblick auf die Forschungsarbeit zu diesem Projekt scheint das eingangs erwähnte Zitat von Dieter Rucht: „Versucht man über alle Einzelheiten hinweg die große Linie im Auge zu behalten, so zeigt sich am Ende doch ein Trend zur Trivialisierung des Geschehens, das zunehmend sinnentleert erscheint“ nicht nur die wechselvolle Geschichte des 1. Mai zu erklären, sondern auch die Schwierigkeiten bei der Beantwortung der hier gestellten Forschungsfrage.

Geschuldet ist dies sicherlich der Tatsache, dass wir lediglich auf die Berichterstattung des „Trierischen Volksfreund“ zurückgreifen konnten, der den 1. Mai-Demonstrationen in Trier – und auch das ist eine Erkenntnis unserer Arbeit – nicht die Relevanz einräumt, die die Demonstrationen beispielsweise in Berlin oder Hamburg für sich beanspruchen können.

Trotz der relativ dünnen Datenlage und den damit zusammenhängenden Schwierigkeiten eine solche überhaupt zu generieren, konnte insbesondere eine thematische Entwicklung der 1. Mai-Demonstrationen in Trier von 1989 bis heute festgestellt werden. Während bis 2013 eher für klassische Arbeitnehmerthemen wie Arbeitsplätze, Arbeitnehmerrechte und Löhne

demonstriert wurde, werden diese Themen seit 2013 auch explizit in einen europäischen Kontext gesetzt. Wir haben darauf hingewiesen, dass hier ein Anknüpfungspunkt für mögliche empirische Vergleiche mit anderen Städten liegt, der ggf. eine (thematische) Europäisierung der 1. Mai-Demonstrationen in der Bundesrepublik offenbaren könnte.

4. Literatur- und Quellenverzeichnis

Boll, Friedhelm (1992): Arbeitskämpfe und Gewerkschaften in Deutschland, England und Frankreich: ihre Entwicklung vom 19. zum 20. Jahrhundert. Bonn: J.H.W. Dietz Nachf. GmbH.

Landkammer, Joachim (2012): Fred Kasulzke 2.0 oder: Apfelkuchen mit Sahne für den Berufs demonstranten. In: Jansen, Stephan A., Eckhard Schröter, Nico Stehr (Hg.): Bürger. Macht. Staat? Neue Formen gesellschaftlicher Teilhabe, Teilnahme und Arbeitsteilung. Wiesbaden: Springer, S. 149–179.

Rucht, Dieter (2001): „Heraus zum 1. Mai!“ – Ein Protestritual im Wandel. In: Rucht, Dieter (Hg.): Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen. Frankfurt/New York: Campus Verlag, S. 143-172.

Fridays For Future in Trier

*Greta Gilles, Sarah Bartel, Larissa Krass,
Laura Portz, Sarah Özbostanci*

Seit dem Protest der schwedischen Schülerin Greta Thunberg am 20. August 2018, ihrem ersten Schultag nach den Sommerferien, vor dem Parlamentsgebäude in Schweden genießen die „Fridays for Future“ Demonstrationen weltweit hohe mediale Aufmerksamkeit (Neubauer/ Thunberg 2019).

Einher mit der steigenden Aufmerksamkeit ging auch der Vorwurf seitens Lehrkräften und Medien, viele Schülerinnen und Schüler, gerade solche die vorher kaum politisch aktiv waren, beteiligten sich an den Freitagsdemonstrationen, um dem Unterricht fernzubleiben und weniger aus umwelttechnischen Gründen und dem tatsächlichen Interesse an der Demonstrationsteilnahme (ebd.).

Ziel des Projektes ist es herauszustellen, aus welchen Gründen sich Schüler und Schülerinnen der Stadt Trier tatsächlich an den Protestaktionen „Fridays for Future“ beteiligen. Angenommen wurde hierbei, dass Schüler*innen entweder daran teilnehmen, um dem Unterricht fernzubleiben oder aber aus tatsächlichem Interesse an dem Protest aufgrund ihres Umweltinteresses.

Die zu untersuchende Forschungsfrage lautet daher wie folgt:
Welche Gründe gibt es, dass sich Schüler/Schülerinnen in Trier bei der Protestaktion „Fridays for Future“ engagieren?

Zur Beantwortung der Forschungsfrage werden drei Hypothesen theoretisch hergeleitet, die mit Hilfe eines qualitativen Fragebogens getestet werden. Somit ist abschließend die Herausarbeitung der tatsächlichen Protestteilnahme, sowie die Beantwortung der Forschungsfrage möglich.

1. Theoretischer Hintergrund & Hypothesen

Es gibt zahlreiche Ansätze zur Erklärung von Protestbewegungen. Einer dieser Ansätze zur Erklärung der Teilnahme an Protestbewegungen, wie den Fridays for Future Demonstrationen, ist der identitätsorientierte Ansatz, auf dem der Fokus dieses Projektes liegt. Dieser theoretische Ansatz ist zurückzuführen auf Alberto Melucci (1988). Die Hauptannahme dieses Ansatzes ist, dass Identität und ein daraus entstehendes Wir-Gefühl letztlich zur Teilnahme an Protesten führt. Es wird davon ausgegangen, dass Identität ein kollektives Merkmal ist, das sich aus dem Merkmal von Individuen konstruiert. Dabei ist Identität nicht als individuelles Merkmal zu sehen, sondern vielmehr als Identifikation mit einer Gruppe. Kollektive Identität ist dann eine tatsächliche oder lediglich wahrgenommene Gruppenmitgliedschaft (vgl. Melucci 1988). Personen müssen also eine gemeinsame Definition teilen damit eine gemeinsame kollektive Identität vorliegen kann. Aus dem entstehenden Wir-Gefühl, das über die kollektive Identität hergestellt wird, entsteht dann eine erhöhte Wahrscheinlichkeit der Teilnahme an Protestaktionen, wie Fridays for Future.

Da bei anderen Studien zum Politikinteresse und zur politischen Partizipation bereits bewiesen wurde, dass Menschen mit einem höheren Bildungsstand häufiger partizipieren, wird auch hier außerdem angenommen, dass ein höherer Bildungsstatus die Wahrscheinlichkeit der Teilnahme an den "Fridays for Future" Demonstrationen erhöht (Bödecker 2011: 27; Weßels 2018: 253).

Aus dem skizzierten theoretischen Hintergrund lassen sich daher die folgenden drei Hypothesen ableiten:

H1: Je eher ein Schüler/eine Schülerin sich mit Umweltbewusstseinsbelangen identifiziert, desto eher engagiert er/sie sich bei der Protestaktion "Fridays for Future". Die erste Hypothese umfasst die Annahme, dass eine Identifikation mit der Umwelt die Wahrscheinlichkeit der Teilnahme an der Protestaktion erhöht. Die zweite zu untersuchende Hypothese umfasst die theoretische Annahme, dass eine Identifikation mit einer Gruppe und

das dadurch entstehende Gruppenzugehörigkeitsgefühl in einem positiven Zusammenhang mit der Wahrscheinlichkeit der Teilnahme an Protestaktionen steht und lautet daher wie folgt:

H2: "Je höher das Gruppenzugehörigkeitsgefühl, desto eher engagiert sich der Schüler/die Schülerin bei der Protestaktion "Fridays for Future".

Die dritte Hypothese, "Je höher der Bildungsstand, desto eher engagiert sich der Schüler/die Schülerin bei der Protestaktion "Fridays for Future", ist aus der Annahme eines Zusammenhangs zwischen Bildung und Protestteilnahme abgeleitet.

2. Methode

Das Forschungsdesign ist ein wichtiger Bestandteil der empirischen Forschung. Bei der Entwicklung des Forschungsdesigns müssen einige Faktoren beachtet werden, die Einfluss auf die Durchführung und Auswertung der Erhebung nehmen können. Es sollte daher vor Beginn der Erhebung ein solides Erhebungskonzept erstellt werden.

Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung wurde sich für eine quantitative Onlineumfrage auf Unipark entschieden, da dieses System allen Studierenden der Universität Trier für wissenschaftliche Erhebungen zur Verfügung steht und bereits Grundkenntnisse dieses Systems bekannt waren.

Der Fragebogen wurde von uns konzipiert und am 22. Mai 2019 online gestellt. Bei der Fragebogengestaltung wurde auf ein ansprechendes Format geachtet und es wurden größtenteils geschlossene Fragetypen verwendet, um die Bearbeitung für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu erleichtern und die Bearbeitungszeit gering zu halten. Am 24. Mai 2019 wurde der Link sowie der QR-Code zu der Umfrage an der "Fridays For Future" Protestaktion in Trier verteilt und zusätzlich sendeten wir den Link in die Facebook- und WhatsApp-Gruppe der FFF-Anhänger in Trier. Die Umfrage endete schließlich zwei Wochen später, am 08. Juni 2019. Insgesamt haben 113 Personen den Link

aktiviert und 81 Teilnehmer die Befragung komplett durchgeführt.

Die Onlinebefragung bestand aus 12 Items, welche sich in 9 inhaltliche Fragen und 3 Fragen zur Statistik unterteilen. Der Großteil der Items bezog sich auf die Zustimmung bestimmter Thesen oder die Bewertung verschiedener Aussagen. Dadurch sollte die allgemeine Interessenlage der Teilnehmer*innen eingeschätzt werden können.

Der Onlinefragebogen wurde als Umfragemethode herangezogen, um die Wahrscheinlichkeit zu erhöhen, dass die Teilnehmer*innen sich ehrlich äußern, auch wenn die Antworten als eher sozial unerwünscht wahrgenommen werden könnten. Dennoch kann kritisch betrachtet werden, dass eher Schüler und Schülerinnen angesprochen wurden, die bereits Teil der Community von "Fridays for Future" sind. Daher ist es möglich, dass Personen die ein geringes Interesse an den Zielen der Aktion zeigen, entweder nicht auf die Umfrage aufmerksam geworden sind oder sie keinen Bedarf gesehen haben, den Fragebogen zu bearbeiten. Es muss also davon ausgegangen werden, dass die Stichprobe verzerrt ist. Trotzdem liefern die Ergebnisse Einblicke in die Motive der Schüler und Schülerinnen.

3. Ergebnisse der Umfrage

Die Umfrage hatte ungefähr zwei Drittel weibliche (63%), ein Drittel männliche (35%) und drei Prozent diverse Teilnehmer*innen, sodass die weiblichen Teilnehmer*innen klar dominieren. Die Altersgruppen der Teilnehmer*innen variieren: 14- bis 15-Jährigen kommt mit 33 Prozent die größte Gruppe zu, was sich jedoch mit den 16- bis 17-Jährigen (27%) und 18- bis 20-Jährigen (22%) die Waage hält. Des Weiteren haben siebzehn Prozent der Teilnehmer*innen die Antwortmöglichkeit „sonstiges“ ausgewählt, sodass hier kein bestimmtes Alter angegeben werden kann.

Bei der Abfrage der Schulform der Partizipierenden waren die Ergebnisse sehr eindeutig. Es haben keine Grundschüler teilgenommen; die Anzahl der Teilnehmer der berufsbildenden Schule (1%) und der Realschule+ (3%) ist sehr gering. Mit 16 Prozent wurden sonstige Schulformen benannt, sodass hier nicht gesagt werden kann, warum ein (im Vergleich zu zum Beispiel Realschule+ und berufsbildender Schule) recht hoher Anteil dies angegeben hat. Es lässt sich hypothetisch damit erklären, dass der Link zur Umfrage auch online verteilt wurde und hier nicht verifiziert werden kann, ob vielleicht auch beispielsweise als Student teilgenommen wurde. Auffallend hoch ist mit 79 Prozent der Anteil der Gymnasiasten. Somit lässt sich unsere dritte These bestätigen, dass eher an der Demonstration "Fridays for Future" teilgenommen wird, je höher der Bildungsgrad ist.

Ein Großteil der befragten Personen hat bereits politisch partizipiert, bevor sie bei "Fridays for Future" mitgemacht haben – dies geben 91 Prozent der Befragten mit Ja an, während neun Prozent der Befragten verneinen. Außerdem wurde abgefragt, wie oft schon bei "Fridays for Future" demonstriert wurde. Knapp zwei Drittel der Teilnehmer*innen haben erst einmal oder zweimal mitgemacht (jeweils 30%). 24 Prozent haben schon dreimal, zehn Prozent viermal demonstriert. Sechs Prozent haben angegeben, öfter als viermal partizipiert zu haben, jedoch muss es sich hierbei dann auch um weitere Fridays for Future Demonstrationen außerhalb von Trier handeln, da zum Zeitpunkt der Befragung in Trier selbst erst viermal die Demonstration für die Umwelt stattgefunden hat.

Als nächstes war dann das Ziel, mit einer Reihe von Aussagen, denen (mehr oder weniger) zugestimmt werden sollte, das Umweltbewusstsein der Teilnehmer*innen abzufragen. Dies soll somit die Grundlage für die erste Hypothese bieten, die besagt, dass je eher man umweltbewusst ist, desto eher engagiert man sich bei Fridays for Future in Trier. Der ersten Aussage („Ich achte darauf, dass ich meinen Müll trenne“) haben 49 Prozent zugestimmt; 43 Prozent haben sogar angegeben, voll und ganz zuzustimmen. Niemand hat angegeben, nicht oder überhaupt

nicht zuzustimmen (jeweils 0%), und acht Prozent gaben die neutrale Antwortmöglichkeit „weder noch“ an. Somit achtet die große Mehrheit der Befragten auf Mülltrennung. Die zweite Aussage („Mir ist wichtig, dass meine Eltern nachhaltige Produkte kaufen“) stimmten null Prozent überhaupt nicht zu, fünf Prozent stimmten nicht zu, 14 Prozent gaben „weder noch“ an, während wieder ein Großteil zustimmte (38%) oder sogar voll und ganz zustimmte (43%). Somit deutet auch die zweite Aussage auf ein Umweltbewusstsein der Partizipierenden hin, wenn auch nicht ganz so eindeutig wie die erste Aussage zur Mülltrennung. Die dritte Aussage („Ich finde wichtig, dass die Artenvielfalt erhalten bleibt“) hat eine sehr große Zustimmung erhalten. 90 Prozent der Befragten stimmten voll und ganz zu, sechs Prozent stimmten zu. Jeweils zwei Prozent gaben „weder noch“ und „stimme überhaupt nicht zu“ an, während null Prozent nicht zustimmen. Die vierte Aussage („Ich achte darauf, Plastikverpackungen zu vermeiden“) bekam nicht ganz so klare Zustimmung: 25 Prozent stimmten voll und ganz zu, 46 Prozent stimmten zu. Der „weder noch“ Anteil ist mit einem Viertel (25%) im Vergleich zu den anderen Aussagen verhältnismäßig hoch. Jeweils zwei Prozent stimmten nicht oder überhaupt nicht zu. Der fünften Aussage („Dass die Erde wärmer wird, halte ich für ein großes Problem“) haben mit 97 Prozent fast alle Befragten zugestimmt. Zwei Prozent stimmen ebenfalls zu; zwei Prozent gaben an, überhaupt nicht zuzustimmen. Niemand benutzte die Optionen „stimme nicht zu“ oder „weder noch“. Die letzte Aussage („Ich weise Leute darauf hin, ihren Müll nicht auf die Straße zu werfen“) hat die gemischtste Reaktion erhalten. Acht Prozent stimmen überhaupt nicht zu, 14 Prozent stimmen nicht zu. 17 Prozent gaben die Option „weder noch“ an. Nichtsdestoweniger dominiert (wenn auch knapper) die Zustimmung: 29 Prozent stimmen zu, 32 Prozent stimmen voll und ganz zu. Insgesamt lässt sich also klar sagen, dass bei den Befragten ein Umweltbewusstsein vorhanden ist und sich die Personen somit in einem gewissen Maße um die Umwelt bemühen. Es lässt sich jedoch auch anmerken, dass ein Positivtrend zu erwarten ist – wenn man bei einer Befragung zu „Fridays for Future“ teilnimmt und somit klar

ist, dass sich die Befragung um das Thema der Umwelt drehen wird, so wollen Befragte oft gefallen und geben somit ein positiveres Bild von dem ab, was sie denken, was man hören möchte. Dies wäre in dem Fall klar die Bemühung um die Umwelt. Trotz dessen kann gesagt werden, dass ein Umweltbewusstsein der Teilnehmer*innen vorhanden ist. Somit lässt sich auch die erste Hypothese bestätigen, die besagt, dass je eher eine Person sich mit Umweltbewusstseinsbelangen identifiziert, desto eher engagiert sich diese dann auch bei "Fridays for Future"

Um nun noch unsere zweite Hypothese abzufragen, die besagt, dass man eher bei Fridays for Future mitmacht, wenn man ein großes Gruppenzugehörigkeitsgefühl zur Schulklasse hat, wurde als erster Schritt das Klassenzugehörigkeitsgefühl abgefragt, was sehr divergente Ergebnisse brachte. Die erste Frage, ob man sich seiner Schulklasse zugehörig fühlt, haben die meisten Befragten mit „weder noch“ angegeben (33%). Ein recht großer Teil fühlt sich stark (15%) oder sehr stark (21%) zugehörig. Jedoch gab auch ein knappes Viertel (23%) an, sich nur ein wenig zugehörig zu fühlen; acht Prozent fühlen sich gar nicht zugehörig. Insgesamt gibt dies ein recht gemischtes Ergebnis wider, was keine klare Tendenz für die Klassenzugehörigkeit zulässt. Um dann die Verbindung vom Klassenzugehörigkeitsgefühl zu der Teilnahme der Klasse bei "Fridays for Future" herzustellen, wurde abgefragt, wie stark sich die Klasse bei „Fridays for Future“ engagiert. Hier war das Ergebnis etwas klarer. Nur zwei Prozent geben an, dass ihre Klasse sich sehr stark engagiert. 18 Prozent geben an, dass die Klasse sich stark engagiert. Jedoch auch hier ist der Teil der Personen, die keine starke oder sehr starke Teilnahme der Klasse sehen, höher: Ein Viertel (25%) gibt die Option „weder noch“ an; 16 Prozent geben an, dass die Klasse sich gar nicht engagiert. Der größte Teil gab mit 39 Prozent an, dass die Schulklasse sich nur ein wenig engagiert. Insgesamt lässt sich also sagen, dass man den Befragten kein klares Gruppenzugehörigkeitsgefühl zur Klasse attestieren kann. Somit wäre es schon schwer, von dieser nicht klaren Tendenz auf eine vermehrte Teilnahme bei „Fridays for Future“ zu schließen, wie unsere zweite These suggeriert hatte. Dies wird

dann auch noch davon untermalt, dass die Befragten zu einem größeren Teil angeben, dass das Engagement der Klasse gering oder gar nicht vorhanden ist – somit lässt sich unsere zweite Hypothese, dass man eher bei Fridays for Future teilnimmt, weil man sich zur Klasse zugehörig fühlt und somit deswegen mitmacht, nicht bestätigen. Dies bestätigt auch die nächste Frage, bei dem das Zugehörigkeitsgefühl zu Fridays for Future abgefragt wurde. Null Prozent fühlen sich gar nicht zugehörig, zehn Prozent nur ein wenig. 32 Prozent wählten die Option „weder noch“. Der positive Anteil ist hier klar größer: 35 Prozent fühlen sich stark zugehörig zu der Gruppe „Fridays for Future“; ein knappes Viertel (24%) fühlt sich sogar sehr stark zugehörig. Somit lässt sich daraus schließen, dass man sich eher zu Fridays for Future zugehörig fühlt und nicht mitmacht, weil die Gruppe der Klasse mitmacht. Dies unterstreicht ein weiteres Mal, dass die zweite Hypothese revidiert werden muss.

Die untere Grafik zeigt die Ergebnisse zu drei Aussagen, die gegeben wurden, um Tendenzen zum Schuleschwänzen abzufragen. Oft gibt es die Annahme, dass Schülerinnen und Schüler nur bei „Fridays for Future“ teilnehmen, um dem Unterricht zu entgehen. Somit würde „Fridays for Future“ zum Schuleschwänzen genutzt werden. Es wurde in der Umfrage versucht, diese Tendenzen abzufragen. Es lässt sich auf Basis der Ergebnisse sagen, dass die Befragten nicht zum Verpassen des Unterrichts bei der Demonstration mitmacht. Jedoch sind dies auch sogenannte sensitive Fragen: Kein Schüler wird gerne zugeben, dass er den Unterricht schwänzen möchte; also wird er eventuell keine wahrheitsgetreue Antwort auf die gestellten Fragen geben. Es wurde zwar versucht, die Fragen so zu stellen, dass sie eine wahrheitsgemäße Antwort unterstützen, wie zum Beispiel der Versuch, das Schuleschwänzen „normal“ und „legitim“ klingen zu lassen. Es bleibt jedoch fraglich, ob dies bei der Umfrage gelungen ist.

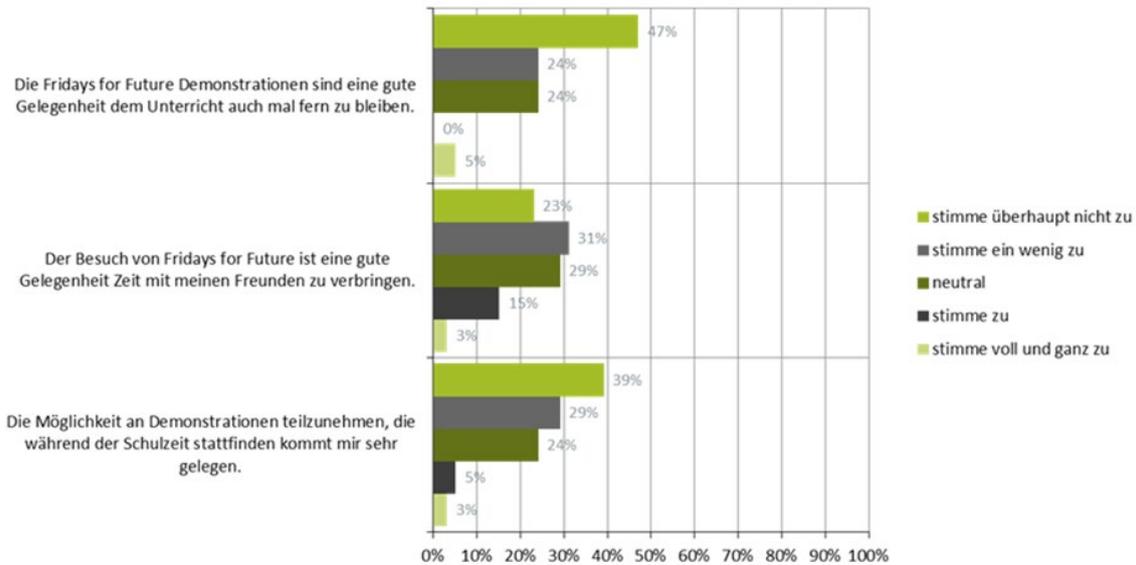


Abbildung 1: Gründe für die Teilnahme an den FFF-Demonstrationen

Quelle: Eigene Studie zu Fridays For Future

Es wurde außerdem abgefragt, ob die Befragten von ihren Eltern bei der Teilnahme bei Fridays for Future unterstützt werden. 90 Prozent gaben an unterstützt zu werden, zehn Prozent nicht.

Als letzte Frage sollte abgefragt werden, ob die Befragten das Gefühl haben, dass ihre politische Partizipation bei "Fridays for Future" einen Einfluss auf die Umweltpolitik hat. Drei Prozent sind der Meinung, dass der Einfluss sehr gering ist. 24 Prozent geben einen geringen Einfluss an, während 29 Prozent „neutral“ als Option angeben. Der größte Teil der Befragten sieht mit 38 Prozent einen großen Einfluss auf die Umweltpolitik; sechs Prozent der Teilnehmer sehen sogar einen sehr großen Einfluss.

Insgesamt lässt die Befragung also den Schluss zu, dass die erste Hypothese bestätigt werden kann: Je eher ein Schüler sich mit Umweltbewusstseinsbelangen befasst, desto eher wird er sich auch bei Demonstrationen von Fridays for Future engagieren. Auch ist das Zugehörigkeitsgefühl zu der Gruppe der Personen, die bei Fridays for Future mitmachen, recht hoch. Die zweite Hypothese kann nicht bestätigt werden: Die Umfrage zeigt, dass es keine klare Tendenz zum Klassenzugehörigkeits-

gefühl gibt, des Weiteren zeigt die Umfrage, dass das Engagement bei Fridays for Future eher weniger als ganze Klasse oder Klassengruppe geschieht, sodass daraus geschlossen werden kann, dass man nicht eher bei der Demonstration mitmacht, wenn man sich zur Klasse zugehörig fühlt. Die letzte Hypothese kann von der Umfrage jedoch wieder ganz klar bestätigt werden: Die Umfrage hat gezeigt, dass ein sehr großer Anteil der Befragten einen hohen Bildungsstand haben, da sie Gymnasien besuchen. Dies bestätigt also, dass man sich eher bei Fridays for Future engagiert, wenn man einen höheren Bildungsgrad besitzt.

4. Literatur- und Quellenverzeichnis

Bödecker, Sebastian (2011): Die soziale Frage der Demokratie: Einkommen und Bildung beeinflussen die Chancen politischer Teilhabe. WZB-Mitteilungen 134, S. 26-29

Melucci, Alberto (1988): Getting Involved: Identity and Mobilization in Social Movements. International Social Movement Research 1, S. 329-348.

Neubauer Luisa und Greta Thunberg (2019): Aufruf von Fridays for Future. Streikt mit uns! Süddeutsche Zeitung. Online verfügbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/kultur/greta-thunberg-fridays-for-future-streik-1.4459464>, 23.05.2019 (zuletzt geprüft am 2.07.2019).

Weßels, Bernhard (2018): Politische Integration und politisches Engagement. Datenreport 2018. Statistisches Bundesamt 2018, S. 350-357.

Das Für und Wider von Verkehrsprojekten

Die Einflussnahme von Bürgerinitiativen bei Straßenbauprojekten in der Region Trier

Lorenz Boßmann, Mauritius Antonius Maria te Dorsthorst, Iven Matthias Burg

Die Implementierung und Durchsetzung von Straßenbauprojekten können im politischen Prozess viele Akteure auf den unterschiedlichsten Ebenen tangieren. So sind neben der Bundes- und Landesebene oft auch die lokale Ebene, sowie diverse kleinere Akteursgruppen involviert. Zu diesen Akteuren gehören auch Bürgerinitiativen (BI). Diese setzen sich in der Regel aus engagierten Bürgern zusammen, die auf lokaler, regionaler oder gesamtgesellschaftlicher Ebene für oder gegen einen spezifischen Umstand eintreten. Anders als die normalerweise an Straßenbauprojekten beteiligten Akteure wie (Regierungs-)Parteien und Verwaltungen besitzen Bürgerinitiativen keinen offiziellen und festgelegten Platz im politischen Prozess. Trotzdem gibt es zahlreiche Beispiele dafür, dass Bürgerinitiativen ihren politischen Willen trotz ihrer prinzipiell schwachen Verhandlungsposition durchsetzen können. Dies lässt die Frage aufkommen, welche Faktoren dazu beitragen können, dass den Bürgerinitiativen genau dies gelingt. Der vorliegende Text soll sich entsprechend um folgende Forschungsfrage drehen:

Welche Faktoren lassen sich identifizieren, die die Chancen einer Einflussnahme von Bürgerinitiativen bei Straßenbauprojekten maßgeblich beeinflussen können?

Zur Klärung der Fragestellung muss zunächst die Position von Bürgerinitiativen auf der administrativen Ebene eingegangen werden. An welcher Stelle können diese Initiativen überhaupt Einfluss auf Straßenbauprojekte nehmen. Die zentrale Einsicht ist, dass es der Schwäche von Bürgerinitiativen geschuldet ist,

dass diese sich bei dem Versuch der Einflussnahme auf politische Projekte massiv auf andere Akteure verlassen müssen. Im folgenden Abschnitt wird genauer auf diesen Punkt eingegangen. Im dritten Abschnitt werden zwei Beispielfälle zur Umgehungsstraße B51 in Konz-Könen und zur 'Westumfahrung' in Igel bei Trier untersucht. Besonders hinsichtlich der Einflussnahme auf den Projektverlauf werden die gravierenden Unterschiede in den Akteurskonstellationen zwischen beiden Fällen ersichtlich. Diese Einsicht bildet die Grundlage der unter Punkt vier erarbeiteten Analyse. In diesem Abschnitt soll explizit die These überprüft werden, dass die Akteurskonstellation ein zentraler Faktor für die erfolgreiche Einflussnahme von Bürgerinitiativen auf den politischen Prozess darstellt. Der letzte Abschnitt widmet sich der Zusammenfassung der Ergebnisse.

1. Methodik und Theorie

Bürgerinitiativen sind seit den frühen 1970er Jahren verstärkt in das Forschungsinteresse gerückt. Entwickelt hat sich das Format der Bürgerinitiative aus den Entwicklungen der Studentenproteste der 68er-Bewegung, die für viele frühe Initiativen mit ihrem Fokus auf Selbsthilfe als Vorbild galten (Rucht 1982: 204). Dabei lassen Bürgerinitiativen sich definieren als:

„[...] spontan ins Leben gerufene, von einer mehr oder weniger losen Organisation getragene Gruppierungen von (Staats-) Bürgern [...], die aus einem konkreten Anlaß [sic!] oder im Zeichen einer allgemeineren Zielsetzung zu Selbsthilfeaktionen schreiten und (oder) — auf kommunaler, regionaler und überregionaler Ebene — Einfluß [sic!] auf politische Willensbildungsprozesse zu gewinnen suchen“ (Rucht 1982: 204).

Den Initiativen gemein ist das Hauptziel der Politikbeeinflussung in einem konkreten Fall. In der Regel gilt es, einen als nicht tragbar verstandenen Zustand zu verändern, sei es beispielsweise bei der Errichtung eines Kinderspielplatzes oder bei der Verhinderung spezifischer Projekte. Politikbeeinflussung erreichen Initiativen aufgrund ihrer Rolle als informelle Akteure nur über die

Beeinflussung der Öffentlichkeit und folglich auch des politischen Personals und der Verwaltung, wobei letztere oftmals den direkten Ansprechpartner darstellt (Andersen und Woyke 1992: 100). Da sie formal betrachtet kein Gewicht im politischen Prozess haben, sind sie auf organisierte und politische Akteure angewiesen, um ihren Willen effektiver durchzusetzen. Vorzugsweise finden Bürgerinitiativen dazu Verbündete in der jeweils zuständigen Verwaltung. Aber auch bei Politikern und deren Parteien, in Stadträten und Parlamenten, sowie weiteren Organisationen wie Verbänden, Kirchen und NGOs, abhängig von jeweils tangierenden Politikfeldern, können Bürgerinitiativen fündig werden (Schenk 1982: 44f.). Entsprechend wichtig ist deshalb auch die Kommunikationsstrategie der Initiative, da über das Framing des politischen Konflikts verschiedene potentielle Verbündete aktiviert werden können. Ein erfolgreiches Beispiel ist das Reframing von Straßenbaumaßnahmen als Risiko für den Arten- und Naturschutz, um entsprechende Organisationen als Verbündete zu gewinnen (vgl. ebd. 46). Jedoch weisen Bürgerinitiativen stellenweise selbst einen gewissen Grad der Organisation auf, darunter fallen oftmals die Organisationsformen der Stiftung und des Vereins (Andersen/ Woyke 1992: 100).

Es kann angenommen werden, dass die Chancen einer Initiative in aller Regel steigen, wenn ihr Vorhaben nicht das Verhindern bereits bestehender Pläne ist, sondern wenn das Ziel die Einbringung in einen noch laufenden Planungsprozess, oder das Aufwerfen eines neuen Themas ist. Grundsätzlich kann an dieser Stelle konstatiert werden, dass je weiter ein Planungsprozess bereits vorangeschritten ist, desto mehr Gegenspieler (politischer, wie auch nicht-politischer Natur) bereits in dem Prozess eingebunden sind. Diese gilt es im Extremfall politisch zu überzeugen. Allerdings ist denen gemein, dass sie durch ihren formalisierten Platz im System und im Prozess, beispielsweise als Verwaltungen und Stadtratsfraktionen sowie durch ihren hohen Grad an Organisiertheit, einen Vorteil gegenüber den informellen und gering organisierten Bürgerinitiativen haben.

Es lässt sich somit zusammenfassen, dass für eine erfolgreiche Einflussnahme seitens der Bürgerinitiativen einerseits der Zeitpunkt der Einflussnahme eine maßgebliche Rolle zu spielen scheint. Hier hat die Bürgerinitiative als möglicher Agenda Setter den Vorteil, ein Projekt als Initiator auf die politische Landkarte zu bringen. Andererseits kann die Akteurskonstellation einen, wenn nicht sogar den entscheidenden Einfluss haben, da die offiziellen Organisationen, wie beispielsweise Verwaltungen und Ministerien, letztlich die wichtigen Entscheidungen treffen.

2. Straßenbauprojekte in der Region Trier

Die beiden Straßenbauprojekte, welche im Mittelpunkt der Analyse stehen, sind die Ortsumgehung Konz-Könen und der geplante Moselaufstieg von Konz bis zur Bundesautobahn 64. Beide Straßenprojekte ähneln sich in der Tatsache, dass es sich um Bauprojekte des Bundes handelt (Bundesstraßen), welche den Verkehrsfluss in der Region Trier verbessern sollen. Auch baulich sind die beiden Bauwerke, sowohl das bereits fertiggestellte, als auch das debattierte, verwandt. So mündet die Ortsumgehung Konz-Könen an jenen Kreisel der Bundesstraße 419, an dem auch der neue Moselaufstieg Anschluss finden könnte. Hier enden jedoch die Gemeinsamkeiten der beiden Bauprojekte. Ihre Unterschiede, sowohl in der politischen Debatte als auch in der baulichen Signifikanz werden in folgenden Abschnitten erläutert.

2.1 Ortsumgehung Könen: ein einsamer Akteur

Die Ortsumgehung Konz-Könen ist nach Fertigstellung im Jahr 2017 eine vollendete Tatsache (vgl. (VG Konz 2017)). Sie ist heutzutage ein alltäglicher Teil der Pendelstrecken vieler Autofahrer geworden, jedoch ist sie das Resultat langjähriger Anstrengungen der dortigen Bürgerbewegung, welche im Jahr 1996 gegründet wurde (vgl. (TV 2011)). Diese feierte im Jahr 2010 die Bewilligung der Baumaßnahme seitens des Bundes

(vgl. ebd.). Die Bewegung setzte sich für den Bau der Ortsumgehung hauptsächlich aus Gründen des Lärmschutzes und höherer Sicherheit für Fußgänger innerhalb des Stadtteils ein. Die Bürgerbewegung, die sich für die Schaffung der Ortsumgehung engagierte, übte jahrelang Druck auf die lokale Politik aus. Hierzu griff sie auf mehrere Mittel zurück (Hartl 2017a), unter anderem auf das Betreiben eines Bürgerbüros, von dem aus Kundgebungen organisiert wurden. Ferner erfolgten ein symbolischer und medienwirksamer Spatenstich, das Verteilen von Flugblättern und letztlich, die Aufstellung von einer Vielzahl von Schildern und auch das Anbringen von Bannern und Transparenten entlang der alten Bundesstraße (vgl. ebd.). Auch die Thematisierung von zwei Verkehrstoten, die entlang der viel befahrenen Straße zu beklagen waren, war Teil der Strategie, um die notwendige Aufmerksamkeit innerhalb der vielzähligen politischen und behördlichen Instanzen zu bekommen (vgl. ebd.). Der Widerstand gegen die Baumaßnahme war gering und umfasste lediglich Fragen zum Naturschutz und dem potenziellen Einnahmeverlust einiger Geschäftsleute entlang der alten Bundesstraße innerhalb von Könen. Die oppositionelle SPD beklagte eine „gigantische Verwüstung des Landschaftsbildes“ (Sommer 2015), Kostenexplosionen und Verzögerungen (vgl. ebd.) die unter anderem der Insolvenz der mit der Realisierung beauftragten Baufirma zu Schulde kamen (Hartl 2017a). Insgesamt wurde das 24 Millionen Euro teure Bauprojekt (Hartl 2017b), jedoch nicht mit nennenswertem Widerstand aus spezifischen Parteien oder Verbänden, wirksam bekämpft.

2.2 Der Moselaufstieg: Das Straßenbauprojekt der Großregion

Der Moselaufstieg ist im Vergleich zu der Umgehungsstraße in Könen ein Projekt, welches ein deutlich größeres finanzielles und bauliches Volumen mit sich bringen würde. Chronologisch ist das Thema deutlich älter als die Ortsumfahrung in Könen, welche von der ersten Initiative bis zur Freigabe für den Straßenverkehr, wie oben beschrieben, lediglich etwas mehr als 20 Jahre dauerte. Seit den 80er Jahren wird in der Region Trier

darüber gestritten, ob das Straßenprojekt, welches Konz mit einer weiteren Moselbrücke direkt an die westliche Moselseite anbinden würde, und dann weiter Bergauf nach Trierweiler an die Autobahn 64 führen würde, realisiert werden soll (Jansen 2018; Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) 2015). Diese neue Verbindung, welche Anschluss am aktuellen Ende der Ortsumgehung Könen finden könnte, würde die langen Ausweichstrecken über Triers südlichste Brücke, die Konrad-Adenauer-Brücke zwischen Trier Süd und Euren, der anderen Strecke über Grevenmacher in Luxemburg und letztlich einer Fähre in Wasserbillig hinfällig machen (vgl. ebd.). Zwischen den 1980er Jahren und der Gegenwart wurde das Projekt immer wieder auf die Tagesordnung gestellt, nur um wiederum zu stagnieren. Aktuelle Entwicklungen haben sich jedoch als konkreter erwiesen, sodass das Vorhaben 2015 in den Bundesverkehrswegeplan mit vordringlichem Bedarf aufgenommen wurde (vgl. ebd.). Dies geschah auf Willen der CDU und an der damaligen Landesregierung vorbei, welche sich stattdessen für die Reaktivierung der Westtrasse in Trier für einen Schienenbasierten ÖPNV nach Luxemburg einsetzte (vgl. (Hammermann 2013).

Eine ähnliche Interessenslage lässt sich auf lokaler Ebene wiederfinden. So bahnte sich in Igel und dem Trierer Stadtteil Zeven Widerstand gegen die geplante Trasse zwischen den Ortschaften an, welche hauptsächlich ökologisch und aus Lärmgründen argumentiert wurde (Nein zum Moselaufstieg e.V. 2019). Die Gegner um den Verein „Nein zum Moselaufstieg e.V.“ verweisen auf die Zerstörung von Streuobstwiesen und der Rodung von Waldflächen (vgl. ebd.). Ähnlich argumentieren auch die Grünen auf kommunaler Ebene gegen den Moselaufstieg und haben diesen Widerstand auch in ihr Wahlprogramm für die Kommunalwahl 2019 aufgenommen (B90/Grüne Trier 2019).

Befürworter des Projekts lassen sich auf lokaler Ebene unter anderem in der Industrie- und Handelskammer (IHK) Trier finden (Volksfreund 2018). Viele Geschäfte und Gewerbetrei-

bende sind im Industriegebiet Zewen, unmittelbar neben der geplanten Trasse für den Moselaufstieg (vgl. ebd.), da sie hiermit eine bessere Anbindung an das Fernstraßennetz hätten.

Beide Akteursgruppen haben in den vergangenen Jahren unterschiedliche Mobilisierungs- und Partizipationsformen angewendet. So hat der Verein „Nein zum Moselaufstieg e.V.“ bereits Instrumente wie Kundgebungen, das Sammeln von Unterschriften, dem Schreiben von Leserbriefen, und letztendlich juristische Schritte zur Einflussnahme auf das Projekt verwendet (vgl. (Nein zum Moselaufstieg e.V. 2019). Die Befürworter um das Projekt, rund um die IHK Trier, haben ihre Einflussnahme grundsätzlich auf das Einwirken auf die lokale Politik, insbesondere auf bestehenden Netzwerke um den CDU Abgeordneten im Bundestag, welcher an der Landesregierung vorbei eine Aufnahme des Straßenbauprojekts in den Bundesverkehrswegeplan erreichen konnte (vgl. Thielen 2016).

Dies wird vertieft im nächsten Kapitel, „Analyse der Akteurskonstellationen“, behandelt.

3. Analyse der Akteurskonstellationen:

Der Moselaufstieg kommt?

Die Wahl der beiden Straßenbauprojekte liegt in der oberflächlich betrachteten Ähnlichkeit. In beiden Fällen geht es um kommunale Straßenbauprojekte. Auch die Akteurskonstellation ist grundsätzlich ähnlich, denn neben den politischen Parteien auf kommunaler Ebene ist auch die Landesebene von zentraler Relevanz. Daneben gibt es in beiden Fällen Bürgerbeteiligungen in Form von eingetragenen Vereinen. Ebenfalls spielt in beiden Fällen die Finanzierung der Projekte eine nachrangige Rolle, da nicht die Kommunen belastet werden sollen, sondern der Bund die Kosten übernimmt. Zudem finden sich beide Projekte im Bundesverkehrswegeplan. Ferner verlaufen beide Bundesstraßen, bzw. sollen beide Bundesstraßen, durch Waldgebiete verlaufen. Es wäre entsprechend davon auszugehen, dass in beiden Fällen ein relativ ähnliches Ergebnis, also die Realisierung

des Bauvorhabens, vorzufinden sei. Dennoch kommt es in beiden Fällen trotz der oberflächlich betrachteten Parallelen zu einem unterschiedlichen Outcome. Denn, während das Projekt der Ortsumgehung von Konz-Könen von der Initiative bis zur Realisierung etwa 20 Jahre in Anspruch genommen hat, ist der aktuelle Stand zum Projekt Moselaufstieg ein vollkommen anderer. Da auch nach rund 40 Jahren zum aktuellen Zeitpunkt nicht ersichtlich ist, wann der Moselaufstieg gebaut werden soll. Gerade diese lange Zeitspanne und der noch ungewisse Ausgang des Projekts lassen die Aussage bezüglich des divergierenden Outcomes zu. Diese Aussage wird dahingehend gestärkt, dass aktuell noch Gutachten laufen, die sich unter anderem mit dem Baurecht (Jansen 2018) und einer Prüfung zur tatsächlichen Verkehrsentlastung (Jansen 2019) befassen.

Unter Berücksichtigung der Ähnlichkeiten bleibt die Frage offen, welche Faktoren, welche Variablen, sich unterscheiden.

Als zentrale erklärende Variable muss in diesem Kontext die Parteipolitik auf Landesebene identifiziert werden. Denn für die Realisierung des Bauprojektes Konz-Könen war die inhaltliche Opposition in der damals rotgrünen Landesregierung relativ gering. Lediglich Fragen des Naturschutzes wurden thematisiert. Ebenso fand der Bau aufgrund einer befürwortenden Bürgerinitiative statt. Demgegenüber zeigen sich diverse signifikante Unterschiede zum Bau des Moselaufstiegs. So hat scheinbar 2015 die in Trier regierende CDU geführte Koalition, quasi an der Landesregierung vorbei (s.o.), den Beschluss zum Bau des Moselaufstiegs in den Bundesverkehrswegeplan 2030 aufnehmen lassen (Sommer 2016). Dies führte an sich schon zu einer Kritik des Bauvorhabens. Ferner findet der Moselaufstieg auch von Seiten der Bürgerinitiative keine Befürworter. Denn der Verein „Nein zum Moselaufstieg“ richtet sich gezielt gegen dieses Bauvorhaben und versucht, mit verschiedenen Mitteln bereits seit 1994 den Bau zu verhindern.

Somit bleibt die Frage nach der Realisierung des Moselaufstiegs bislang offen. Als sogenannten

Erfolgsfaktor lässt sich insbesondere die Haltung der Landesregierung ausmachen, die im Projekt Konz-Könen zumindest

keine Blockadehaltung eingenommen hatte. Anders ergibt es sich im Fall des Moselaufstiegs. Hier wurden weitere Gutachten in Auftrag gegeben, die einen Stillstand des Projekts bewirkt haben. Auch die lokale Parteienlandschaft ist bei dem Moselaufstieg gespalten. Ein solcher Widerstand lag im Fall Konz-Köen nicht vor und konnte dem Projekt deswegen nicht schaden. Letztlich darf auch nicht der indirekte, jedoch nicht irrelevante Einfluss von Umweltbewegungen vergessen werden. Hier gab es beim Ausbau der Umgehungsstraße in Konz-Köen zwar nur geringen und kurzfristigen Widerstand (Huckert 2016), welcher nach der Einführung von Auflagen aufgegeben wurde (vgl. ebd.). Jedoch ist im Gegensatz dazu der Widerstand zum Moselaufstieg weiterhin beständig und wird von vielen Verbänden aufrecht gehalten (vgl. Huckert et al. 2017).

4. Fazit

Es war das Ziel dieser Arbeit, Faktoren zu identifizieren, welche die Einflussnahme von Bürgerinitiativen bei Straßenbauprojekten maßgeblich beeinflussen können. In den vorangegangenen Abschnitten wurden dazu Bürgerinitiativen und ihre relative Schwäche gegenüber anderen Akteuren erläutert. Es wurde verdeutlicht, dass der Erfolg von Bürgerinitiativen vor allem von externen Akteuren und dem Kräfteverhältnis zwischen diesen abhängig und somit kaum auf den Einfluss der Bürgerinitiativen selbst zurückzuführen ist.

Jedoch lässt sich anschließen, dass vor allem in der Funktion des Agenda Setters eine Bürgerinitiative den größten Gestaltungsspielraum besitzt, da hier frühzeitig und noch bevor sich andere Akteure formiert haben ein Problem in einen passenden Frame gerückt werden kann. Die untersuchten Beispielfälle unterstützen diese Ansichten. Der Beispielfall der Umgehungsstraße B51 bei Konz-Köen zeigt vor allem, wie eine Bürgerinitiative ihr Ziel auf die Agenda anderer Akteure bringen und dieses bei einer günstigen Akteurskonstellation durch die entsprechenden Instanzen gebracht werden kann. Den bisherigen und

zukünftigen Verlauf des zweiten Beispielfalls betrachtend muss im Gegenzug gesagt werden, dass die formale Schwäche einer Bürgerinitiative die Folge haben kann, dass keine Chance auf eine erfolgreiche Einflussnahme besteht. Dies gilt vor allem dann, wenn der politische und daran angeschlossene Verwaltungsprozess bereits im vollen Gange ist. Wichtig ist hier jedoch zu erwähnen, dass diese zwei Faktoren bei weitem nicht die einzig möglichen darstellen. Verwiesen werden soll hier auf das Verhältnis zwischen der Tragweite des Projekts und den dafür zuständigen Akteuren, sowie die kommunikativen Strategien der Bürgerinitiativen, um nur zwei Beispiele zu nennen. Letztendlich wird weitere Forschung unabdingbar sein, um die eingangs gestellte Forschungsfrage hinreichend genau beantworten zu können.

5. Literatur- und Quellenverzeichnis

Andersen, Uwe; Woyke, Wichard (1992): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

B90/Grüne Trier (2019): Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2019. Bündnis 90/Die Grünen Trier (Hg.). Online verfügbar unter https://uns-gruener-trier.de/userspace/RP/kv_trier/Kommunalwahl_2019/Kommunalwahlprogramm_2019_Endstand_online__1_.pdf, zuletzt aktualisiert am 13.02.2019 (zuletzt geprüft am 20.05.2019).

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) (2015): Bundesverkehrswegeplan 2030: B 51 n Westumfahrung Trier. Online verfügbar unter http://www.bvwp-projekte.de/strasse/B51-G20RP/B51-G20-RP.html#h1_uebersicht (zuletzt geprüft am 15.07.2019).

Hammermann, Katharina (2013): Gutachten: Moselaufstieg bringt mehr als die Bahn. In: Trierischer Volksfreund (TV),

20.06.2013. Online verfügbar unter https://www.volksfreund.de/region/rheinland-pfalz/gutachten-moselaufstieg-bringt-mehr-als-die-bahn_aid-6373222 (zuletzt geprüft am 20.05.2019).

Hartl, Nathalie (2017a): 16 Jahre Kampf für die Ortsumgehung Konz-Könen. In: Trierischer Volksfreund (TV), 30.07.2017. Online verfügbar unter https://www.volksfreund.de/region/konz-saarburg-hochwald/16-jahrekampf-fuer-die-ortsumgehung-konz-koenen_aid-5131258 (zuletzt geprüft am 19.05.2019).

Hartl, Nathalie (2017b): B-51-Ortsumgehung Konz-Könen: Endspurt für ein Mammutprojekt. In: Trierischer Volksfreund (TV), 11.08.2017. Online verfügbar unter https://www.volksfreund.de/region/konz-saarburghochwald/b-51-ortsumgehung-konz-koenen-endspurt-fuer-ein-mammut-projekt-video_aid-6465523 (zuletzt geprüft am 13.05.2019).

Huckert, Frank (30.04.2016): Bundesverkehrswegeplan 2016, Veröffentlichung des Bundesverkehrswegeplans. BUND, NABU, Pollichia. Online verfügbar unter http://trier-saarburg.bund-rlp.de/fileadmin/bundgruppen/KG_Trier-Saarburg/Stellungnahmen/16-04_Stellungnahme_BUND-NABU-Pollichia_BVWP.pdf (zuletzt geprüft am 02.06.2019).

Huckert, Frank; Weishaar, Manfred; Reichert, Hans (17.04.2017): Offener Brief an Frau Basche, SGD Nord. BUND, NABU, Pollichia. Online verfügbar unter http://trier-saarburg.bund-rlp.de/fileadmin/bundgruppen/KG_Trier-Saarburg/Stellungnahmen/17-04_Stellungnahme-KV_BUND-NABU-Pollichia_MoselaufstiegSGD.pdf (zuletzt geprüft am 30.05.2019).

Jansen, Harald (2018): Moselaufstieg Trier: Neue Zahlen für alte Projekte. In: Trierischer Volksfreund (TV), 16.09.2018. Online verfügbar unter <https://www.volksfreund.de/region/trier->

trierer-land/moselaufstiegortsumgehung-zewen-natur-
schutz_aid-33018149 (zuletzt geprüft am 20.05.2019).

Jansen, Harald (2019): Der Moselaufstieg und die Frage aller Fragen. In: Trierischer Volksfreund (TV) 2019, 04.04.2019. Online verfügbar unter https://www.volksfreund.de/region/konz-saarburg-hochwald/der-moselaufstieg-und-die-frage-aller-fragen_aid-37896941.

Nein zum Moselaufstieg e.V. (2019): Nein zum Moselaufstieg e.V. Online verfügbar unter <https://www.nein-zum-moselaufstieg.de/was-steht-uns-bevor/> (zuletzt geprüft am 20.05.2019).

Rucht, Dieter (1982): Planung und Partizipation. Bürgerinitiativen als Reaktion u. Herausforderung politisch-administrativer Planung. München: tuduv-Verl. Ges (Tuduv-Buch. Reihe Politologie/Soziologie, 9).

Schenk, Michael (1982): Kommunikationsstrukturen in Bürgerinitiativen. Empirische Untersuchungen zur interpersonellen Kommunikation u. politischen Meinungsbildung. Tübingen: Mohr ((Heidelberger Sociologica, 19)).

Sommer, Egon (2015): B51 neu, Umgehung Könen – Eine Landschaft verändert ihr Gesicht – Ein Update vom 01.12.2015! SPD. Konz-Könen. Online verfügbar unter <http://www.spd-gemv-konz.de/index.php/b51neu-umgehung-koenen-eine-landschaft-veraendert-ihr-gesicht/> (zuletzt geprüft am 01.12.2015).

Sommer, Egon (2016): „Moselaufstieg“ – Mit Trickserie und Klügelwirtschaft in den Bundesverkehrswegeplan? SPD-Gemeindeverband Konz. Online verfügbar unter: <http://www.spd-gemv-konz.de/index.php/moselaufstieg-mit-trickserie-und-kluengel-wirtschaft-in-den-bundesverkehrswegeplan/> (zuletzt geprüft am 04.12.2019).

Thielen, Eric (2016): Dobrindt schenkt Kaster Moselaufstieg. In: Trier-Reporter, 17.03.2016. Online verfügbar unter <https://www.trier-reporter.de/dobrinth-schenkt-kaster-moselaufstieg-trier-trier/> (zuletzt geprüft am 30.05.2019).

TV (2011): Bürgerinitiative Könen feiert ihren Erfolg. In: Trierischer Volksfreund (TV), 23.01.2011. Online verfügbar unter https://www.volksfreund.de/region/konz-saarburg-hochwald/buergerinitiative-koenenfeiert-ihren-erfolg_aid-5223395 (zuletzt geprüft am 13.05.2019).

VG Konz (2017): Verkehrsfreigabe der B51 Ortsumgebung Konz-Könen. Online verfügbar unter https://www.konz.eu/vg_konz/VG%20Konz/de/Leben%20in%20Konz/Aktuelles/2017%20-%20Zweites%20Halbjahr/Verkehrsfreigabe%20der%20B51%20Ortsumgebung%20Konz-K%C3%B6nen/ (zuletzt geprüft am 13.05.2019).

Volksfreund (2018): Herr Minister, was ist eigentlich mit dem A1-Lückenschluss und dem Moselaufstieg? In: Trierischer Volksfreund (TV), 27.07.2018. Online verfügbar unter https://www.volksfreund.de/nachrichten/politik/herr-minister-was-ist-eigentlich-mit-dem-a1-lueckenschluss-und-dem-moselaufstieg_aid24110813 (zuletzt geprüft am 30.05.2019).

Unistadt als Lebensort

Die Relevanz der Kommunalwahl in den Augen der Studierenden

Alina Hecker, Judith Massong, Oksana Melnyk, Lydia Mischke, Amrei Pfeiffer

Im Wahljahr 2019 fanden in Rheinland-Pfalz neben der Europawahl auch landesweite Kommunalwahlen statt. In diesem Rahmen wurden in Trier der Stadtrat und die jeweiligen Ortsvorsteher der 19 Ortsbezirke gewählt. Als Universitätsstadt, mit derzeit insgesamt 12.827 Studierenden (Universität Trier 2018: 13), verfügt Trier über ein vergleichsweise junges Wählerprofil. Von den im Jahr 2018 110.170 in Trier gemeldeten Personen, waren 19,6 % zwischen 20 und 30 Jahre alt (Stadt Trier 2019).

Die Beobachtung, dass junge Menschen ein anderes Abstimmungsverhalten vorweisen als ältere, ist bereits auf bundesweiter Ebene zu erkennen (Tagesschau 2017). Die Frage, welche Auswirkungen die Beteiligung der jungen Wählergruppe auf das Wahlergebnis haben kann, ist die Grundlage dieser Arbeit. In Verbindung mit dieser Annahme, steht die Einschätzung, dass Kommunalwahlen insgesamt als weniger relevant angesehen werden, als Landtags- oder Bundestagswahlen. Dies spiegelt sich in der allgemeinen Wahlbeteiligung wider. Vor allem der jüngeren Wählergruppe wird zum Teil "[...] Politikverdrossenheit, Apathie oder Unlust auf die zähen und komplexen Prozesse demokratischer Entscheidungsfindung vorgeworfen." (Abendschön/Roßteutscher 2016: 67). Gleichzeitig ist jedoch die politische Partizipation dieser Wählergruppe, beispielsweise bei Demonstrationen wie Fridays for Future oder Demonstrationen, über die europäische Urheberrechtsreform gestiegen. Da das Ausmaß politischer Partizipation unter anderem mit dem Grad des Bildungsniveaus steigt (vgl. Weßels 2015: 72), ist das

Wahl- und generelle politische Partizipationsverhalten der Studierenden von besonderem Interesse. Aus diesem Grund soll in der vorliegenden Arbeit untersucht werden, wie die Relevanz von Kommunalwahlen von Studierenden bewertet wird. Die genaue Fragestellung hierzu lautet: *Wie und warum partizipieren Studierende an der Kommunalwahl in Trier?* Diese Forschungsfrage wird begleitet von der Annahme, dass aufgrund der oftmals nur kurzweiligen Wohndauer von Studierenden in der jeweiligen Universitätsstadt, die Relevanz von Kommunalwahl unterdurchschnittlich eingestuft wird und damit einhergehend eine geringe Partizipationsbereitschaft und Interesse an den Kommunalwahlen besteht.

Um die Fragestellung zu beantworten, wird in Kapitel 2 zunächst das Forschungsdesign erläutert, das im Rahmen des Moduls entwickelt wurde. Anschließend werden die Ergebnisse der durchgeführten Umfrage dargestellt und erläutert. Abschließend werden einige Kritikpunkte an der Umfrage aufgeführt und ein Ausblick auf mögliche weitere Forschungen gegeben.

1. Forschungsdesign

Anhand eines Onlinefragebogens, welcher mithilfe der Umfragesoftware „unipark“ erstellt wurde, sollten Erkenntnisse über die in der Einleitung vorgestellte Fragestellung gewonnen werden. Die insgesamt 21 Fragen gliederten sich in persönliche Fragen und Fragen bezüglich der Wahl selbst. Zur Generierung einer möglichst breiten Teilnehmendenzahl wurde der Fragebogen über den Verteiler der Universität und der Hochschule Trier verschickt, um so möglichst viele Studiengänge zu repräsentieren. Zudem wurden die Studierenden in den Seminaren „Vertiefung Politische Partizipation“ sowie „Vertiefung Politische Kommunikation“ zur Teilnahme an der Umfrage aufgefordert. Die Teilnahme an dem Fragebogen war für eine Dauer von zwei Wochen möglich und endete somit am 25. Mai 2019. Nach der Beendigung der Umfrage begann die Phase der Auswertung. Insgesamt belief sich die Teilnehmendenzahl auf 316, welche

allerdings aufgrund falscher oder fehlender Angaben bereinigt werden musste. Die Bereinigung des Samples lässt sich wie folgt nachvollziehen:

1. V_1 Bist du Student/in?

- Hier haben drei Personen keine Angabe gemacht und sieben Personen studieren nicht.

2. V_2 Wenn du studierst, wo studierst du?

- Eine Person studiert nicht in Trier.

3. V_82 Bist du berechtigt, am 26. Mai bei den Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz zu wählen?

- 22 Personen sind nicht in Rheinland-Pfalz wahlberechtigt und vier Personen haben keine Angabe gemacht.

4. V_83 Wo bist du wahlberechtigt?

- Drei Personen sind nicht in Rheinland-Pfalz wahlberechtigt und eine Person hat keine Angabe gemacht.

5. Person lfdn 260:

- Diese Person wurde aufgrund widersprüchlicher Angaben nicht in die Auswertung miteinbezogen.

Nach der Bereinigung belief sich die Anzahl der Teilnehmenden auf 274 und die Fragen wurden zur separaten Auswertung aufgeteilt. Für die Präsentation sowie der Darstellung der Ergebnisse wurden die Daten anhand unterschiedlicher Diagramme festgehalten. Ferner wurde versucht, zwischen einigen Daten einen Zusammenhang festzustellen, der für das Erkenntnisinteresse als relevant erachtet wurde.

2. Ergebnisse

Die Befragten wurden nach ihrer Wahlabsicht gefragt. 15% haben bei dieser Frage keine Angabe getätigt, 8% „Weiß nicht“ angegeben 1% meinten, sie seien Nichtwähler und 0,4% gaben die Kategorie „Sonstige“ an. Die häufigste Angabe war mit 32%

die Wahlabsicht „Bündnis 90/Die Grünen“, danach folgte mit 12% der Antworten „Die Linke“ und mit 8% die „SPD“. 7% machten die Angabe „Die Partei“ und 6% gaben an, die „FDP“ zu wählen und 5%, die „CDU“ zu wählen. Weitere Angaben waren mit 3% die „AfD“, mit 1% „Freie Wähler“ und mit 0,4% die „Unabhängige Bürgervertretung Trier“.

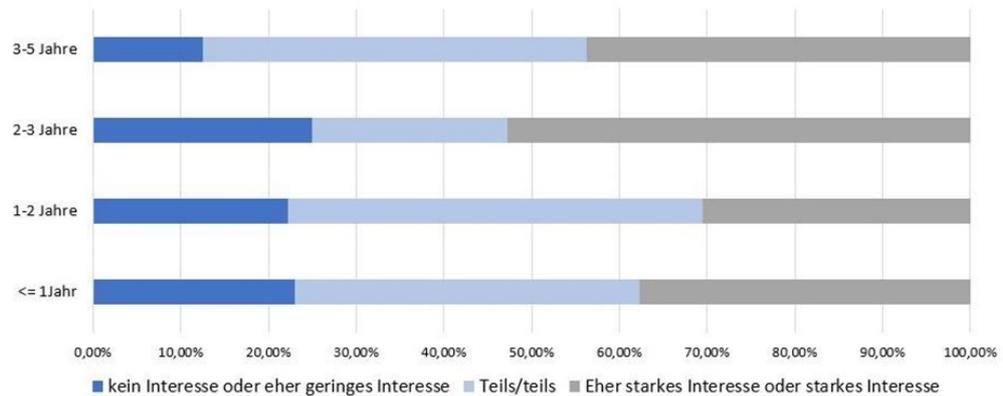
Zudem wurden die Teilnehmenden gefragt, welche Themen ihnen bei dieser Kommunalwahl wichtig sind. Hierbei wurden den Befragten neun Kategorien vorgegeben. Am häufigsten wurde mit 196 Antworten die Kategorie „Umwelt“ angegeben, gefolgt von 185 Mal „Bildung“, 182 Mal „Infrastruktur“ und 172 Mal „Soziales“. Weniger häufig ausgewählt wurden mit 104 und 103 Stimmen die Themen „Gesundheit“ und „Kommunale Politik“. Des Weiteren wurde 97 Mal das Thema „Digitales“ genannt und 65 Mal das Thema „Wirtschaft“. 18 Personen wählten die Kategorie „Sonstiges“ aus. Anschließend wurde eine offene Frage nach konkreten lokalen Themen gestellt, die bei den Wahlen wichtig sind. Die offenen Antworten wurden vom Forschungsteam ebenfalls kategorisiert. Mit Abstand am Häufigsten wurde mit 27 Antworten der Themenbereich „Verkehrspolitik/ÖPNV/Fahrrad“ genannt. Darauf folgten mit sechs Angaben der „Globus Supermarkt“ und mit jeweils fünf Angaben „Wohnungsmarkt/sozialer Wohnungsbau“ und „Internetausbau und Digitalisierung“. Vier gaben Themen aus dem Bereich „Nachhaltigkeit und Umweltthemen“ an, drei Personen das „Exhaus“ und zwei den „Brubacher Hof“. Zudem gab es je eine Antwort zu den Bereichen „Moselaufstieg“, „Moselstadion“, „Attraktivität der Innenstadt“, „Schulsanierung“, „Theaterrenovierung stoppen“ und die „Flüchtlingsproblematik“.

Die Teilnehmenden wurden anhand von fünf Kategorien gefragt, wie lange sie bereits in Trier wohnen. 61 Personen gaben an, dass die Wohndauer weniger als ein Jahr beträgt. Je 36 Personen wählten die Kategorie „1-2 Jahre“ und „2-3 Jahre“ aus. 48 Teilnehmende gaben die Kategorie „3-5 Jahre“ an und 64 Teilnehmende eine Wohndauer von mehr als fünf Jahren.

Eine Zielsetzung der Umfrage war es unter anderem herauszufinden, ob sich das politische Interesse der Befragten verändert,

je länger diese in Trier wohnhaft sind. Abbildung 1 bildet das politische Interesse der Befragten sowie deren Wohndauer in Trier ab.

Abbildung 1: Interesse an der Kommunalwahl und Wohndauer in Trier



Quelle: Eigene Darstellung

52.78% der Teilnehmenden die „2-3 Jahre“ in Trier leben gaben an, „eher starkes Interesse“ oder „starkes Interesse“ an den Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz zu haben. Von den Teilnehmenden, die „3-5 Jahre“ in Trier leben, gaben 43.75% „eher starkes“ oder „starkes Interesse“ an den Kommunalwahlen zu haben. Von den Befragten, die kürzer als ein Jahr in Trier leben, gaben dies 37.7% an. Am wenigsten „eher starkes“ oder „starkes Interesse“ an den Kommunalwahlen zu haben, gaben mit 30.56% diejenigen an, die „1-2 Jahre“ in Trier leben. Gleichzeitig sind in dieser Gruppe die Angaben des „Teils/teils“-Interesses an den Kommunalwahlen mit 47.22% am höchsten. Gefolgt wird dieses „Teils/teils“-Interesse mit 43.75% von denen, die „3-5 Jahre“ in Trier leben. 39.34% derer, die kürzer als ein Jahr in Trier leben, gaben „teils/teils“ Interesse an. Von den Befragten, die „2-3 Jahre“ in Trier leben, gaben 22.22% an, „teils/teils“ Interesse an den Kommunalwahlen zu besitzen. „Kein Interesse“ oder „eher geringes Interesse“ an den Kommunalwahlen zu haben, gaben 25% derer an, die „2-3 Jahre“ in Trier leben. Von denen, die weniger als ein Jahr in Trier leben, gaben dies

22.95% an. Von den Befragten, die „1-2 Jahre“ in Trier leben, gaben 22.22% an, „kein Interesse“ oder eher „geringes Interesse“ an den Kommunalwahlen zu haben. Am geringsten war dieser Wert mit 12.5% bei denen, die „3-5 Jahre“ in Trier leben. Des Weiteren wurde die politische Aktivität der Teilnehmenden in Parteien/Verbänden/Hochschulgruppen oder anderen Organisationen abgefragt. Die Selbsteinschätzung wurde an fünf Kategorien festgemacht. Der Großteil mit 169 gab an, „gar nicht“ aktiv zu sein. 43 gaben an, „weniger“ und 17 „gelegentlich“ aktiv zu sein. Lediglich 27 meinten, sie seien „oft“ oder 18 „sehr oft“ aktiv.

Außerdem wurde das Interesse der Teilnehmenden an der Kommunalwahl abgefragt. Ein Großteil der Befragten, 101 von 244, gaben „teils/teils“ an und 87 Personen ein „eher starkes Interesse“. Von den Teilnehmenden gaben 47 an, dass sie ein „eher geringes Interesse“ an der Kommunalwahl haben, acht Personen gaben „kein Interesse“ an und eine Person gab „keine Angabe“ an. Deutlich mehr Personen – 216 Personen – hatten sich zum Zeitpunkt der Abfrage bereits über die Kommunalwahlen informiert, nur 57 haben dies zu dem Zeitpunkt noch nicht getan und eine Person hat keine Angabe gegeben. Der häufigste Informationskanal war dabei mit 65,7% das Internet, gefolgt von 47,1%, die sich über die Wahlplakate und 41,6%, die sich über Gespräche mit Freunden/der Familie informiert hatten. Des Weiteren wurden zu 35,8% Flyer, zu 24,8% eine Zeitung und zu 17,2% direkte Gespräche mit politischen Akteuren als Informationskanäle genannt. 12,8% waren bei einer Wahlkampfveranstaltung, 12,4% haben sich über das Fernsehen und 10,6% über das Radio informiert. Zudem gaben 4,4% E-Mails als Informationsquelle an und 5,5% wählten die Antwortmöglichkeit „Sonstiges“.

In Bezug auf das generelle politische Interesse gaben 37% der Befragten an, dass sie ein „eher starkes Interesse“ haben. Am zweithäufigsten wurde „teils/teils“ angegeben mit 29% und 25% gaben ein „starkes Interesse“ an. Ein „eher geringes Interesse“ wurde von 8% der Befragten geantwortet und 1% gab „kein Interesse“ an.

Mit Frage neun wurde abgefragt, wie hoch Studierende die Relevanz der Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz für ihren Lebensalltag einschätzen. 38% der insgesamt 274 Befragten schätzten die Relevanz für ihren Lebensalltag „teils/teils“ ein. Jeweils 26% schätzten die Auswirkungen der Kommunalwahlen auf ihren Lebensalltag als „eher stark“ und „eher gering“ ein. 7% der Befragten gaben an, dass die Kommunalwahl „starke Relevanz“ und 3% gaben an, dass die Kommunalwahl „keine Relevanz“ für ihren Lebensalltag hätte.

Eine weitere Frage lautete: „Hast du bei den letzten Wahlen gewählt?“ Dabei wurden Kommunalwahlen, Landtagswahlen, die Bundestagswahl und die letzte Europawahl berücksichtigt. Die höchste Wahlbeteiligung unter den Befragten lag mit 89% bei der letzten Bundestagswahl. 5% gaben an, bei der Bundestagswahl 2017 nicht gewählt zu haben und 6% gaben „Es war mir nicht möglich“ an. 76% der Befragten wählten bei einer Landtagswahl, sechs Prozent gaben an bei der letzten Landtagswahl nicht gewählt zu haben und 18% gaben „Es war mir nicht möglich“ an. Bei einer Kommunalwahl wählten 63% der Befragten. 9% gaben an, nicht gewählt zu haben und 28% wählten die Antwortmöglichkeit „Es war mir nicht möglich“. 54% der Befragten wählten bei der letzten Europawahl. Sieben Prozent gingen bei der letzten Europawahl nicht wählen und 39% gaben „Es war mir nicht möglich“ an.

Des Weiteren wurde abgefragt, ob die Befragten gedenken, am 26. Mai 2019 an den Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz und der Europawahl teilzunehmen. 96% aller Befragten gaben an, dass sie voraussichtlich bei der Europawahl wählen werden. Jeweils 2% gaben an, nicht zu wählen oder es noch nicht zu wissen. 95% aller Befragten gaben an, voraussichtlich bei den Kommunalwahlen zu wählen. 3% gaben an, noch nicht zu wissen, ob sie bei den Kommunalwahlen wählen werden und 2% gaben an, voraussichtlich bei den Kommunalwahlen nicht zu wählen. Verglichen zu der Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2014, die unter den Befragten bei 54% lag, stieg die Wahlbeteiligung 2019 voraussichtlich um 35%. Auch bei den Kommunal-

wahlen stieg die Wahlbeteiligung von ca. 63% auf wahrscheinlich 93% im Jahr 2019. Dabei ist zu berücksichtigen, dass 2014 noch nicht alle Befragten berechtigt waren, bei der Europawahl zu wählen. Werden die Ergebnisse im Hinblick auf verschiedene Altersgruppen betrachtet, ist zu erkennen, dass die Wahlbeteiligung in den Altersgruppen ab 26 Jahren, sowohl bei den Kommunal-, als auch bei den Europawahlen bei 100% liegt. In der Altersgruppe der 22 bis 25-Jährigen liegt die Wahlbeteiligung bei den Kommunalwahlen bei 94% und bei den Europawahlen bei 95%. In der Altersgruppe der 18 bis 21-Jährigen liegt die voraussichtliche Wahlbeteiligung bei den Kommunalwahlen bei 91% und bei den Europawahlen bei 95%.

Eine weitere Frage lautete: „Auf welche Art und Weise wählst du?“

59% der Befragten gaben an, im Wahllokal zu wählen. 39% gaben an, über die Briefwahl ihre Stimme abzugeben und 2% wählten die Option „Ich werde nicht wählen“. Zusätzlich wurde die Motivation der Befragten ermittelt, weshalb sie bei der Kommunalwahl wählen werden. Es gab sechs vorgegebene Antwortmöglichkeiten, wobei eine Mehrfachauswahl möglich war. 212 Teilnehmende (30%) gaben den Motivationsgrund „Einflussnahme auf die Politik“ an. 171 der Befragten (24%) gaben an, bei der Kommunalwahl aus Gründen der „Bürgerpflicht“ zu wählen. 109 Personen (15%) gaben die „Europawahl“ als Grund an, weshalb sie auch bei den Kommunalwahlen wählen werden. 98 Personen (14%) gaben an, aus „Interesse an Politik“ zu wählen. 95 Personen (13%) gaben den Motivationsgrund „Gutes Gewissen“ an und 20 Personen (3%) wählten die Antwortmöglichkeit „Sonstiges“.

3. Fazit und Kritik

In Bezug auf die einleitende Fragestellung lässt sich sagen, dass die durchgeführte Umfrage zeigt, dass zumindest die Wahlabsicht bei den Studierenden sehr hoch ist und sowohl das politische Interesse der Befragten als auch das Interesse an den

Kommunalwahlen stark ausgeprägt ist. Die Hypothese, dass sich eine längere Wohndauer in einem verstärkten Interesse an der Kommunalwahl widerspiegelt, konnte jedoch nicht bestätigt werden. Die Relevanz der Kommunalwahlen für den persönlichen Alltag konnte ebenfalls nicht mit der Wohndauer in Verbindung gebracht werden.

Für die durchgeführte Umfrage lassen sich jedoch einige Kritikpunkte festhalten, die zeigen, dass die Ergebnisse nicht als repräsentativ angesehen werden können. Aus diesem Grund können keine Schlussfolgerungen über das Partizipationsverhalten junger Menschen sowohl in Trier als auch in Deutschland gemacht werden. Eine repräsentative Stichprobe hätte ausschließlich per Zufallsauswahl gesichert werden müssen. Die Umfrage wurde per Hochschulmitteilung verbreitet. Somit ist es wahrscheinlich, dass die Befragten, die schon die Bereitschaft zeigen bei einer Umfrage zu einem politischen Thema mitzumachen, ein ohnehin verstärktes politisches Interesse und Partizipationsverhalten aufweisen. Zudem haben vermehrt Studierende aus den Fächern Politikwissenschaft und Wirtschaftswissenschaft an der Umfrage teilgenommen. Der Anteil der Studierenden, die Politikwissenschaft an der Universität Trier im Jahr 2018 studierten, betrug 4,3 Prozent (Universität Trier 18: 18). In der Umfrage haben 13,9 Prozent der Befragten „Politik“ als Studiengang angegeben, was zu einer Überrepräsentation der Studierenden aus diesem Fach und dementsprechend zu einer Verzerrung der Ergebnisse führt.

Aufgrund der genannten Kritikpunkte werden die Ergebnisse der Umfrage nicht auf die Gesamtmasse Studierender in Deutschland projiziert. Zudem gibt es Unterschiede in der politischen Partizipation und in der politischen Kultur zwischen verschiedenen Bundesländern (z.B. Niedermayer und Beyme: 1996).

Eine weitere Begrenzung liegt in dem Design des Fragebogens. Hauptziel des Forschungsprojektes war es, die Einstellung Studierender zu den Kommunalwahlen 2019 in Trier und Rheinland-Pfalz zu untersuchen. Es wurden keine Fragen über die

Einstellung zur Demokratie oder beispielsweise unkonventionellem Partizipationsverhalten gestellt. Diese Informationen, und beispielsweise Erkenntnisse über das Einkommen der Befragten, hätten eine tiefere Analyse der Struktur der Wählerschaft und des Partizipationsverhaltens ermöglichen können.

4. Literatur- und Quellenverzeichnis

Abendschön, S./ Roßteutscher, S. (2016): Wahlbeteiligung junger Erwachsener - Steigt die soziale und politische Ungleichheit? In: Roßteutscher, S./ Faas, T./ Rosar, U. (Hg.): Bürgerinnen und Bürger im Wandel der Zeit. 25 Jahre Wahl- und Einstellungsforschung in Deutschland. Wiesbaden: Springer VS.

Niedermayer, O./ Beyme, K. (1996): Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland. KSPW: Vol. 3. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. Online verfügbar unter: <https://doi.org/10.1007/978-3-663-11085-9>.

Stadt Trier (2019). Bevölkerung. Online verfügbar unter: <https://www.trier.de/rathaus-buerger-in/trier-in-zahlen/bevoelkerung-uebersicht> (zuletzt geprüft am 18.07.2019).

Tagesschau (2017). Umfragen Wähler nach Altersgruppen. Online verfügbar unter: <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-09-24-BT-DE/umfrage-alter.shtml> (zuletzt geprüft am 18.07.2019).

Universität Trier (2018). Universität Trier in Zahlen. Online verfügbar unter: https://www.uni-trier.de/fileadmin/organisation/Presse/Bilder_2018/Kacheln/20180711_UIZkomplett.pdf (zuletzt geprüft am 16.07.2019).

Weßels, B. (2015): Politische Ungleichheit beim Wählen. In: Merkel, W (Hg.): Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie. Wiesbaden: Springer VS.